

NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

DEZEMBER 1977

50

TAG DER
MENSCHENRECHTE

*

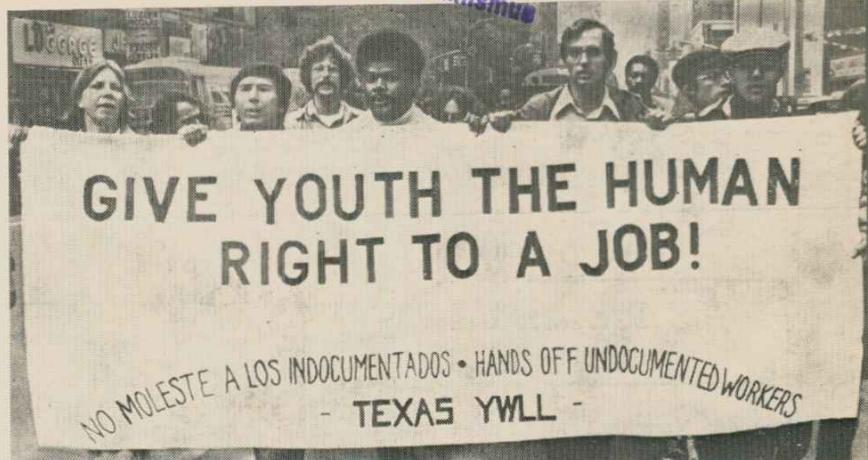
*Wer hemmt
den Fortschritt
in Belgrad?*

*

PRÜFUNGSZEIT
FÜR ÄTHIOPIEN

*

MENSCHENEXPERIMENTE
DER CIA – Bericht aus New York





SOWJETUNION IM BILD

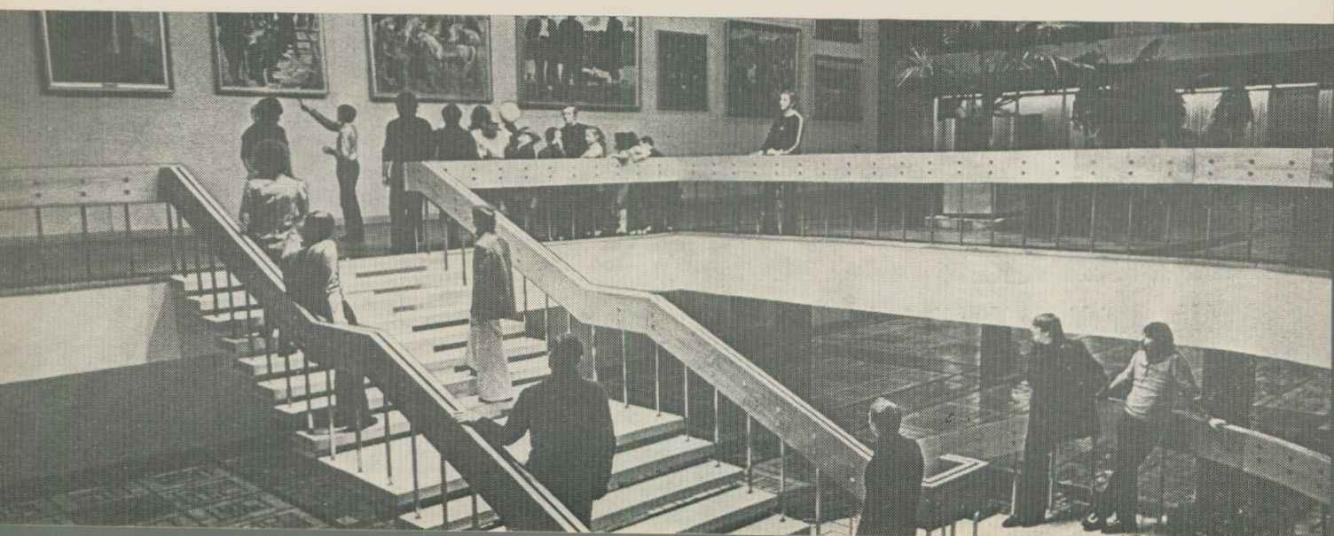
Von der Vorortstadt Mytitschi bis nach Moskau fährt man eine halbe Stunde. Viele ihrer Einwohner kommen abends in die Hauptstadt, um ins Theater oder Konzert zu gehen. Aber natürlich bleiben auch die Betriebsklubs nicht leer. Kürzlich kam ein weiterer hinzu: Das großartige Kulturhaus, erbauf von der Vereinigung „Stroplastmas“.

Die ersten Arbeiter- und Dorfclubs in den Städten und Dörfern entstanden gleich nach der Oktoberrevolution. Inzwischen sind sowohl die wirtschaftlichen Möglichkeiten unseres Landes wie sein „geistiges Potential“ gewachsen. Heute kümmert sich die soziali-

stische Gesellschaft nicht nur um den wirtschaftlichen Effekt von Kenntnissen, sondern auch um günstige Voraussetzungen für eine allseitige Entwicklung der Persönlichkeit. Volksuniversitäten, verschiedenartige Klubs und Kulturhäuser bieten dem arbeitenden Menschen vielfältige Möglichkeit für seine kulturelle Entwicklung und für eine interessante und inhaltsreiche Freizeitgestaltung. Gegenwärtig gibt es in unserem Land 135 000 Klubeinrichtungen, die jährlich etwa eine Milliarde Besucher haben.

Unsere Bilder: Das Kulturhaus „60 Jahre Oktober“ in Mytitschi ◆ Jugendball im neuen Kulturhaus ◆ Die Gemäldegalerie des Werkes für synthetischen Kautschuk in Sterlitamak (Baschkirien) stellt in den Wandelgängen des neuen Betrieb-Kulturhauses aus.

Fotos W. Slawin



WORT DES REDAKTEURS

DAS RECHT AUF LEBEN

Ein italienischer Publizist, der sich ein Europa nach einem Konflikt mit Neutronenwaffen auszumalen versuchte, erinnerte an Pompeji. Eine grauenhafte Vision, aber sie trifft es nicht ganz.

„So ein Sprengkopf, einmal abgeschossen, bringt viel weniger Schaden durch Wärmestrahlung und Explosionswelle als eine gewöhnliche Kernwaffe, besitzt aber eine sehr viel stärkere nukleare Strahlung. Dadurch wird es den Soldaten der befreundeten Armeen“ (gemeint ist die NATO) „ermöglicht, in den betroffenen Raum bereits nach wenigen Stunden und nicht nach einigen Monaten einzudringen.“ So gibt die *New York Times* Argumente westlicher Militärkreise für die „Wunderwaffe“ wider.

Wie das in der Welt des Business ist, überschlägt man dort sachlich die „Vorteile“ der neuen Waffe. Materielle Werte lässt sie unangetastet. Liegenschaften, stehendes Kapital, alles, was man in der Konsumgesellschaft so liebt, ohne das man sich seine Existenz nicht denken kann. In einer Gesellschaft, in der das Maß aller Dinge die Dinge selbst sind. Von diesem Standpunkt aus ist die Neutronenbombe ein typisches und ausgemacht praktisches Produkt. Soll man sich darüber wundern, daß man in dieser Gesellschaft von ihr spricht wie von der neuen Marke eines Elektrorasierers oder einem verbesserten Waschpulver? Nein, für die da ist sie ebenso ein Produkt des Fortschritts wie alles andere. Die Sache geht so weit, daß man sich dort noch darüber wundert, die Neutronenbombe als eine „kapitalistische“ Waffe kritisiert zu sehen, die materielle Werte erhält und Menschen umbringt.

Wirklich hat es der Militarismus auf das höchste Gut unserer Zivilisation, auf den Menschen, abgesehen. Auf das wichtigste aller menschlichen Rechte, das Recht auf Leben. Pompeji geht nicht unter, bleibt aber menschenleer. Schon hat man im Pentagon kalkuliert: „Bei einem totalen Schlagabtausch mit Kernwaffen wird in Westeuropa mit 100 Millionen Toten gerechnet.“ Beachten Sie: In Westeuropa. Für dieses Westeuropa will man die Neutronenbombe herstellen. Dieses Westeuropa soll dem Schlag ausgesetzt werden. Die europäischen Teilnehmer der Winter-NATO-Ratstagung in Brüssel haben da etwas zum Nachdenken.

Das gleiche gilt auch für die Kalkulatoren in Übersee. Wenn sich etwa jemand als Sieger vorstellt, hoch zu Roß in ein menschenleeres

europeisches Pompeji oder — in der Sprache des Pentagon — „in den betroffenen Raum“ einziehend, so kann man das nur als Wahnsvorstellung bezeichnen. Einen Sieger, sofern er auf die Neutronenbombe rechnet, wird es nicht geben. Wer das nukleare Schwert erhebt, wird an ihm umkommen. Denn dieses Schwert kann leicht die Grenze zerhauen, die einen „lokalen“ Konflikt vor einem globalen trennt.

Die Advokaten der Neutronenbombe im Pentagon behaupten, diese Waffe werde eine neue Stütze für die „Abschreckungsdoktrin“ der NATO, und manch einer in Westeuropa nickt ihnen Zustimmung. Wer aber soll da „abgeschreckt“ werden? Ein Land, das niemanden angreifen will. Ein Land, das keine Furcht kannte, als die imperialistische Entente darüber herfiel, als Hitlers Militärmaschinerie mit ganzer Wucht dagegen ainging.

In den heftigen Diskussionen um die Neutronenbombe vernimmt man im Westen hier und da doch auch eine realistische, warnende Stimme: Ein Monopol auf die neue Waffe existiert nicht, man darf die andere Seite nicht provozieren, sie nicht zu Gegenmaßnahmen veranlassen und die ganze Welt immer wieder zu einer verstärkten militärischen Rivalität drängen. Die Sowjetunion hat nicht vor, mit irgend jemandem in der Entwicklung barbarischer Mittel der Kriegsführung zu wetteifern. Wenn aber die Fließbänder des Pentagon Neutronenbombe ausspucken, wenn diese — mit oder ohne Zustimmung der Regierungen der NATO-Länder, die gegenwärtig aufgefordert werden, die Verantwortung für einen verantwortungslosen Schritt zu „teilen“ — auf europäischem Boden gelagert werden, entsteht eine neue Situation. Und hier könnten sich jene Leute erneut verrechnen, die in den ersten Nachkriegsjahren vergeblich bemüht waren, das Kernwaffenmonopol zu behalten. Die Sowjetunion wird zum Schutz ihrer Sicherheit und der Sicherheit ihrer Verbündeten sehr wohl etwas finden, was sie der neuen „Wunderwaffe“ entgegensetzen kann.

Leonid Breschnew hat am 2. November im Namen der Sowjetunion erklärt, sie schlage vor, das Jagen von einem Waffentyp zum anderen, den nutzlosen Wettlauf um militärische Überlegenheit zu beenden. Moskau ist für eine radikale, wahrhaft historische Lösung: eine gleichzeitige Einstellung der Produktion von Nuklearwaffen durch alle Staaten zu vereinbaren. Egal, ob es sich um Atom-, Wasserstoff- oder Neutronenbomben handelt. In diesem Falle brauchte die Menschheit nicht um ihr Recht auf Leben zu bangen. Das Los von Pompeji bliebe ihr erspart.

WOCHENSCHAU

Vom 28. bis 30. November hielt sich das Führungsmitglied der Baath-Partei, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats und Außenminister der SAR A. H. Khaddam zu einem Freundschaftsbesuch in der UdSSR auf. Er wurde am 30. November von Leonid Breshnew und Andrej Gromyko empfangen. Während der Gespräche wurde die Entschlossenheit der Sowjetunion und Syriens zum Ausdruck gebracht, eine allumfassende Nahostregelung unter Bedingungen zu erzielen, die die Möglichkeit von Separatabmachungen ausschließen und die gleichberechtigte Teilnahme der PLO als legitimen Vertreter des arabischen Volkes von Palästina sichern. Khaddam überreichte Leonid Breshnew eine persönliche Botschaft des Generalsekretärs der Baath-Partei und syrischen Präsidenten Assad.

Am 1. und 2. Dezember weilte der Sondervertreter des Präsidenten der Republik Irak, das Führungsmitglied der Baath-Partei und Mitglied des Revolutionären Kommandorats des Irak Tareq Aziz zu einem Besuch in der UdSSR. Er wurde am 2. Dezember von Leonid Breshnew und Andrej Gromyko empfangen. Während des Gesprächs unterstrich Leonid Breshnew, die Sowjetunion werde sich auch künftig konsequent für den gerechten Kampf der arabischen Völker, für die vollständige Befreiung der von Israel okkupierten arabischen Gebiete, gegen die Anschläge von Imperialismus und Reaktion, für einen dauerhaften demokratischen Frieden im Nahen Osten einsetzen. Aziz überreichte Leonid Breshnew eine persönliche Botschaft des Präsidenten der Republik Irak A. H. al Bakr.

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin gratulierten dem Generalsekretär des ZK der Vereinigten politischen Organisation Nationalfront der VDR Jemen Abdel Fattah Ismail, dem Vorsitzenden des Präsidialrats der VDRJ Salem Rubayyi Ali und dem Ministerpräsidenten der VDRJ Ali Nasir Muhammad zum 10. Jahrestag der nationalen Unabhängigkeit des Landes. In der Botschaft wurde die Gewißheit ausgedrückt, daß die zwischen beiden Parteien und Völkern entstandenen engen Beziehungen der Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit auch weiterhin verbessert und entwickelt werden.

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an den Generalsekretär des ZK der Laotischen Revolutionären Volkspartei, den Ministerpräsidenten Kaysone Phomvihan sowie an den Präsidenten und Vorsitzenden der Obersten Volksversammlung von Laos Sufanuwong ein Gruß- und Glückwunschschreiben zum Nationalfeiertag, dem zweiten Jahrestag der Volksdemokratischen Republik Laos. Darin heißt es, die KPdSU und die Sowjetregierung werden auch künftig die brüderliche Freundschaft und Solidarität mit der Laotischen Revolutionären Volkspartei und der VDR Laos allseitig stärken.

Finnland beging am 6. Dezember feierlich den 60. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Präsident Urho Kekkonen sowie an Regierung und Volk der befreundeten Republik Finnland herzliche Glückwünsche. Den Feierlichkeiten wohnte eine sowjetische Regierungsdelegation unter Alexej Kossygin bei. (Siehe S. 6.)

Leonid Breshnew richtete ein Grußschreiben an die Teilnehmer der wissenschaftlichen Unionskonferenz der ausländischen Studenten in der UdSSR „Der Große Oktober und die Welt von heute“, die am 2. Dezember zu Ende ging. Er wünschte allen ausländischen Studenten in der Sowjetunion weitere Erfolge beim Studium und äußerte seine Gewißheit, daß sie ihr Leben in den Dienst der Ideale der Menschheit, der Festigung von Frieden und Völkerfreundschaft stellen werden.

Am 2. Dezember verstarb in Kopenhagen die namhafte Persönlichkeit der dänischen und internationalen Arbeiterbewegung, der Vorsitzende der KP Dänemarks, Knud Jespersen. Das ZK der KPdSU richtete an das ZK der KP Dänemarks ein Beileidsschreiben zum unerwarteten Ableben Jespersens.

Vom 1. bis 4. Dezember hielt sich eine Partei- und Staatsdelegation der DDR unter dem Generalsekretär des ZK der SED, Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zu einem Freundschaftsbesuch in Vietnam auf. Es wurden ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der SRV und der

DDR sowie eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

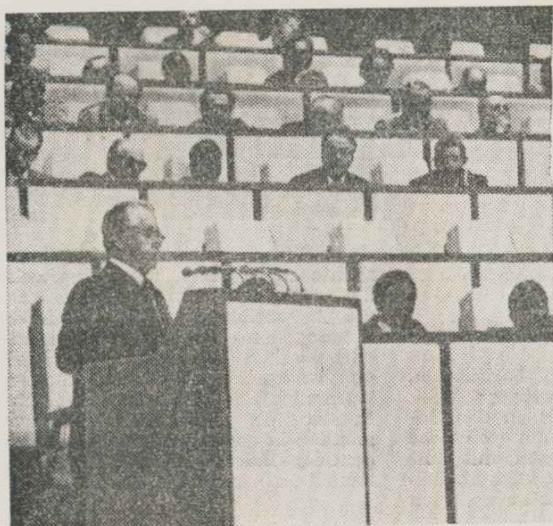
Der 1. Dezember war in Frankreich ein Kampftag gegen Inflation und Arbeitslosigkeit. Auf Aufruf der Allgemeinen Arbeitskonföderation, der Französischen Demokratischen Arbeitskonföderation und des Lehrerverbands wurde in den meisten Betrieben und Institutionen ein 24stündiger Generalstreik abgehalten. In Paris sowie weiteren etwa 200 Städten und Arbeitersiedlungen gab es Massenkundgebungen und -demonstrationen der Werktäglichen.

Am 2. Dezember führten in Italien 1,5 Millionen Beschäftigte der Hütten- und Maschinenbauindustrie einen Generalstreik durch. Die Streikenden forderten von der Regierung eine Politik zur Erhöhung der Investitionen und zum Produktionsaufschwung sowie den sofortigen Abschluß der Tarifverträge.

Die UNO-Vollversammlung billigte am 29. November mit Stimmenmehrheit mehrere Resolutionen zur Entkolonialisierung, die das unveräußerliche Recht der Bevölkerung von Guam, Osttimor, Brunei, Belize und anderen Kolonialgebieten auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigen. Am 2. Dezember billigte die Vollversammlung eine Resolution zu Palästinafrage, die bekräftigt, daß ein stabiler Frieden im Nahen Osten ohne die gerechte Lösung des Palästinaproblems nicht zustande kommen kann. Die Vollversammlung billigte ferner eine Empfehlung des UNO-Ausschusses zur Durchsetzung der unveräußerlichen Rechte des Volkes von Palästina.

Am 30. November verlängerte der UNO-Sicherheitsrat das Mandat der UNO-Streitkräfte zur Beobachtung der Truppenentflechtung im syrisch-israelischen Sektor auf weitere sechs Monate, bis zum 31. Mai 1978.

In Tripolis (Libyen) konferierten vom 2. bis 5. Dezember die Staatschefs und Führungsmitglieder Libyens, Syriens, Iraks, Algeriens, der VDRJ sowie der PLO. (Siehe S. 12.)



Am 4. Dezember wurde in Luanda der I. Parteitag der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) feierlich eröffnet. Das Referat hielt der MPLA-Vorsitzende und Präsident der Volksrepublik Angola Agostinho Neto. Das ZK der KPdSU riefte ein Grusschreiben an den Parteitag, in dem der Gewißheit Ausdruck verliehen wird, die Freundschaft und Solidarität zwischen beiden Parteien und Ländern werde sich auch künftig auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus, Rassismus und Neokolonialismus, für Frieden und sozialen Fortschritt entwickeln. Dem Parteitag wohnte eine Delegation der KPdSU unter dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU Kirilenko bei. Unsere Bilder: Ansprache Andrej Kirilenko; das Präsidium des Parteitags der MPLA

Fotos TASS

NEUE ZEIT

WOCHEBLATT FÜR POLITIK

Nr. 50 DEZEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
V. Gustchin, A. Ignatow, G. Kaschojan
(Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow,
B. Pitschik (Stellv. Chefredakteur),
I. Trofimowa, V. Tschernjawska (Stellv.
Chefredakteur für die fremdsprachigen
Ausgaben), D. Wolski

Verantwortlicher Redakteur der
deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, eng-
lischer, französischer, spanischer, polni-
scher, tschechischer und arabischer
Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Das Recht auf Leben	1
L. Besymenski — Die Aktionsplattform und die Taktik des Nichtstuns	4
J. Goloschubow — Finnland: Gute Nachbarn feiern	6
Frei und gleich	7
K. Karagesian — BRD: Warum die Studenten streiken	8
J. Krasnojarow — Eigentor	9
B. Kotow — Portugal: Die Zeit ist reif	10
J. Zaplin — Somalia: Mangelnder Realitätssinn	12
A. Uswatow — Der Nahostknoten	12
W. Scheljepin — Libanon: Schwierige Normalisierung	14
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare	16
T. Jemeljanow — Das Elend der bürgerlichen Moralisten	18
G. Ustinov — ČSSR: Seiten des Goldenen Buches	20
W. Schubin — Äthiopien: Der Revolutionsplatz	22
A. Wladimirow, V. Antonow — Nord-Süd-Dialog: In der Sackgasse	24
V. Lewin — Lateinamerika: Schriftweise Integration	26
Biographisches: Panayolis Papaligouras	27
J. Gudkow — USA: Experimente an Menschen	28
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

Die kapitalistische Welt ist von Klassenkämpfen erschüttert. Immer neue Formationen der Arbeiterklasse schließen sich dem Kampf für ihre Rechte an. Titelbild: Demonstranten in New York fordern Arbeit; Polizei vertreibt Streikposten vor dem Grunwick-Werk in Großbritannien; japanische Werktätige protestieren gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit

Fotos TASS

DIE AKTIONSPLATTFORM UND DIE TAKTIK DES NICHTSTUNS

Von unserem Sonderberichterstatter
Lew BESYMENSKI

Die Tafel im Foyer des Sava-Palastes gab diesmal bekannt, die folgende Sitzung werde in vier Tagen stattfinden. Eine solche Pause, die sich infolge der jugoslawischen Feiertage ergab, hatten die Teilnehmer des Belgrader Folgetreffens in den acht Wochen intensiver Arbeit noch nicht erlebt. Dafür stand ihnen in der neunten Woche eine sehr viel beschleunigtere Arbeitsweise bevor.

Arbeitsmechanismus

Jede diplomatische Konferenz hat ihre Arbeitsmethoden, manchmal sogar ihre spezifische Sprache. Das hat sich auch in Belgrad so ergeben. Nach den Eröffnungserklärungen verlief die Arbeit auf zwei Gleisen: in den Plenarsitzungen und in den Arbeitsorganen, von denen es fünf gibt. Dann kam die Zeit für die Anträge.

Hier nun kam es zur „Belgrader Sprache“. Jeder Antrag erhielt seinen Code, und zwar abhängig davon, ob er auf dem Plenum oder im Arbeitsorgan gestellt wurde. Ferner bekam er seine Ziffer. Die von der sowjetischen Delegation auf dem Plenum vorgeschlagene Aktionsplattform zur Verankerung der militärischen Entspannung in Europa trägt z. B. den Code BM/5 (BM ist die englische Abkürzung für Belgrader Treffen). Die in den Arbeitsorganen eingebrachten Anträge enthielten ebenfalls entsprechenden Code. E steht für ökonomische Probleme, S für Probleme der Sicherheit usw.

Diese Codesprache erleichtert die Arbeit, weil fast 90 Anträge diskutiert werden müssen. Einige Delegationen brachten mehrere Anträge ein, und verschiedene Dokumente kamen von Ländergruppen.

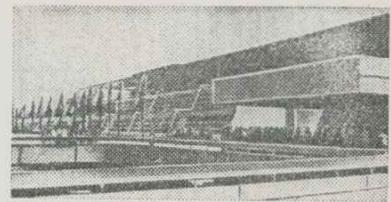
In der polnischen Delegation wurde mir gesagt, die VR Polen habe vier Anträge gestellt. Besondere Bedeutung mißt Polen dem zusammen mit der UdSSR eingebrachten Vorschlag bei, alle 35 Länder sollten in der einen oder anderen Form die Prinzipien von Helsinki gesetzlich verankern. Polen war auch der Urheber eines weitreichenden Vorschlags zur Entwicklung der Wirtschaftszusammenarbeit und zweier ausschlossen, und manch einer ver-

ausführlicher Dokumente über Bildung und Kultur.

Die DDR-Delegierten berichteten, sie hätten sieben Anträge gestellt, darunter mit der CSSR, in den Beziehungen der 35 Länder politische Konsultationen zu pflegen; mit Bulgarien über die Notwendigkeit, daß alle Länder sich den Konventionen über die Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Frau anschließen; mit Ungarn über die Erweiterung des internationalen Arzneimittelhandels. Natürlich machte auch die Sowjetunion zu dem gesamten Problemkreis ihre Vorschläge. Die sozialistische Diplomatie ist also mit großem Verantwortungsgefühl in diese wichtige Etappe des Treffens eingetreten.

Obwohl das Belgrader Treffen eine Konferenz von 35 gleichberechtigten Staaten darstellt, sind die westeuropäischen Neun demonstrativ nur mit kollektiven Anträgen (ganz oder teilweise) aufgetreten. Ein Höhepunkt der Blockpolitik war der von der USA-Delegation schon vorher angekündigte und am 2. Dezember kurz vor Torschluß eingebrachte Vorschlag zum VII. Prinzip (Menschenrechte), der von 16 NATO- und EWG-Ländern unterzeichnet war. Zu anderen Prinzipien aus dem Dokument von Helsinki reichte es der Gruppe offenbar nicht, obwohl die Schlüsselelemente auf dem Gedanken der Gleichwertigkeit aller Prinzipien basiert. Bei der USA-Delegation mußte man feststellen, daß ihre Produktivität dem Wortschwall ihrer Redner wesentlich nachstand. Zu den Schlüsselproblemen der Sicherheit waren seitens der Vereinigten Staaten überhaupt keine Initiativen zu verzeichnen.

Selbstverständlich trugen die eingebrachten Anträge recht unterschiedlichen Charakter, was das Herangehen, die Ziele und die Dimension betrifft. Viele wiesen Gemeinsamkeiten auf, obwohl sie von ganz verschiedenen Ländern kamen. Zu dieser Aktivität sagte mir der Leiter der österreichischen Delegation, Botschafter Liedermann, er betrachte sie als Anzeichen dafür, wie ernst die Aufgaben des Folgetreffens genommen werden. Es gab allerdings auch Vorschläge, die sich gegenseitig ausschlossen, und manch einer ver-



suchte sogar Ideen wiederzuerwecken, die schon seit langem ad acta gelegt worden waren und bei den vergangenen Etappen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit keine Zustimmung gefunden hatten. Doch nicht sie bestimmten die Diskussion, die entscheiden soll, was letztlich in das Schlußdokument eingeht. In Belgrad herrscht das bekannte Prinzip des Konsenses.

Dokument BM/5

Während des Treffens wird häufig und mit Recht von der Gleichwertigkeit und der Wichtigkeit aller Abschnitte der Schlüsselelemente gesprochen. Das heißt aber nicht, daß alle auf dem Treffen behandelten Initiativen gleiche Beachtung verdienen. Mögen die Urheber des Antrags BM/28 mir verzeihen, der von den westeuropäischen Neun plus USA gestellt wurde, wenn ich bezweifle, daß die bevollmächtigten Vertreter von 35 Ländern nach Belgrad gekommen sind, um derartige Probleme zu besprechen wie das Vorhandensein von genügend Antragsvordrucken zur Heirat von Ausländern. Hochzeiten sind natürlich wichtig, aber damit sollten sich doch besser die dafür zuständigen Stellen befassen. Für Belgrad gibt es wesentlich bedeutsamere Themen, unter ihnen die Ausweitung der Entspannung und die Festigung der Sicherheit. Auf sie möchte ich ausführlicher eingehen. Bei der Debatte dieser Fragen war ein interessanter Wandel zu beobachten. Während einige Delegationen, voran die USA, anfangs versucht hatten, sie von der Tagesordnung zu streichen, so bietet sich jetzt eine andere Situation. Man braucht nur die von der Gruppe neutraler und blockfreier Länder eingebrachten Anträge zu betrachten, um die reale und begründete Sorge der Europäer um den Entspannungsprozeß und die Gefährlichkeit des Wettrüsts zu empfinden.

Deshalb ist das am 26. Oktober unter BM/5 eingebrachte Dokument der Sowjetunion, das den Vorschlag Leonid Breshnevs für eine Aktionsplattform zur Verankerung der militärischen Entspannung enthält, eine Initiative, die den grundlegenden Interessen ganz Europas entspricht. Dieses Dokument impliziert Aktionen aller Staaten, unabhängig

von deren sozialer Natur oder militärischer Orientierung.

Diese Aktionen werden gleichsam auf vier Ebenen vorgeschlagen. Die erste wäre ein Vertrag, nicht als erste Kernwaffen gegeneinander einzusetzen. Die zweite eine Übereinkunft, die bestehenden Blöcke nicht zu erweitern. Die dritte kontinuierliche Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens und Übereinkünfte zu einem Limit für Militärmanöver. Die vierte eine Festlegung des Konsultationsmodus zu diesen Aktionen. Die Diskussion von BM/5 ist noch nicht beendet, doch zeichnet sich bereits jetzt ein bestimmtes Bild ab. Klar erkennbar ist, daß die von der Aktionsplattform berührten Themen weitgehend für wichtig gehalten werden. Einige westliche, besonders neutrale und blockfreie Staaten haben sich dahingehend geäußert, daß die Annahme dieser Plattform neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit für Europa biete. Ein Delegierter bezeichnete das als „Ideallösung“. Einfach aber wird die Sache nicht sein. Die sowjetische Plattform verlangt die Überwindung vieler ziemlich etablierter politischer Denkschablonen in Westeuropa. Insbesondere verlangt sie den Verzicht auf das Blockdenken, das zur Verhaltensnorm der NATO geworden ist.

Manche Diplomaten aus NATO-Staaten diskutieren die UdSSR-Initiativen recht gern und selbst in positivem Sinne, jedoch nur in Kulissengesprächen und nicht auf dem Forum selbst. Sie berufen sich dabei auf die NATO-Disziplin, die sie offenbar an der von den atlantischen Propagandisten so geprägten Freiheit des Wortes hindert.

Die in Belgrad vertretenen NATO-Länder haben es sich bislang nicht besonders schwer gemacht, ihr Nein zu irgendwelchen Dingen zu argumentieren. Übrigens ging gerade von ihnen der Versuch aus, dieses Thema in Belgrad überhaupt nicht anzuschnüren und so eine Plattform des Nichtstuns zu beziehen. Als ihnen das nicht gelang, wurde das atlantische Nein zu den sowjetischen Vorschlägen mit der einfachen Erklärung begründet, sie seien vom NATO-Rat bereits abgelehnt worden.

Sicher ist leicht zu begreifen, weshalb die NATO z. B. den Vertrag nicht unterzeichnen will, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen. Würde ein solcher Schritt unternommen, was würde dann aus den Plänen der Nuklearumrüstung und der Ausrüstung der NATO-Truppen in Europa mit der Neutronenbombe und anderen Massenvernichtungswaffen? Was würde dann aus den Plänen zur Aufstockung des Kernpotentials? In die militärische Konzeption

dieser Organisation passen eindeutig keine Aktionen zur Minderung der nuklearen Gefahr. Deshalb werden Gedanken abgelehnt, die diesen Plänen zuwiderlaufen. Der Delegierte eines NATO-Landes drückte das so aus, daß die militärische Situation in Europa für eine Minderung der militärischen Konfrontation noch nicht reif sei. Darum braucht es keinerlei entschiedene Schritte. Es genügten lediglich Teilmaßnahmen zur Festigung des Vertrauens.

Wohin führt eine solche Unbeweglichkeit? Sie ist angesichts des forcierten Wettrüstens und der Entwicklung neuer Rüstungsprogramme sehr gefährlich. Das Heranreifen der militärischen Situation abzuwarten, wäre riskant. Ebendeshalb schlägt das Dokument BM/5 Aktionen vor, und zwar in einer so wichtigen Richtung wie die Abwendung der Gefahr eines Kernkriegs, wozu der angebotene Vertrag dienen soll.

In diesem Zusammenhang entstand in den Sälen und Wandelgängen in Belgrad die Frage, ob sich einem solchen Vertrag auch Länder anschließen sollten, die nicht über Kernwaffen verfügen. Vielleicht sollten nur Kernmächte diese Verpflichtung eingehen? Derartige Zweifel werden von verschiedenen Delegationen, darunter von Vertretern Schwedens, der Schweiz und Österreichs angemeldet.

Dazu sagte mir der polnische Delegierte Adam Rotfeld: „Das Argument verdient Beachtung, da diese Länder wirklich keine Kernwaffen besitzen und sie auch nicht besitzen wollen. Aber beschäftigen wir uns mit dem Wesen der Sache. Erstens sind sie, obwohl ohne Kernwaffen, nicht minder von der nuklearen Gefahr bedroht. Somit wäre der Abschluß eines Vertrages im Interesse auch dieser Länder. Ganz zu schweigen davon, daß der Vertrag um so gewichtiger wird, je mehr Teilnehmer er bekommt. Deshalb ist die Sowjetunion der Ansicht, daß es logisch wäre, wenn alle 35 Länder sich verpflichteten, nicht als erste Kernwaffen gegeneinander einzusetzen.“

Der Delegationsleiter der DDR Ernst Krabatsch hatte während der Diskussion sehr richtig bemerkt, es gehe hier nicht darum, daß der Westen den sozialistischen Ländern Liebesgaben erweise, denn die brauchten sie nicht. Ist es aber nicht im Interesse aller Völker, Gewißheit zu erlangen, daß auf unserem Kontinent keine Kernwaffen eingesetzt werden?

Als in Belgrad darüber diskutiert wurde, die Militärböcke nicht zu erweitern, wurde deutlich, von welcher Seite Widerstand zu erwarten ist. Wer Augen hat zu sehen, der sieht die vielen Meldungen in der

Westpresse über Pläne, neue Mitglieder in die NATO aufzunehmen. Es läßt sich heute kaum noch feststellen, wer als erster den Gedanken ausgesprochen hat, die Verpflichtung, die Blöcke nicht zu erweitern, widerspreche dem in Helsinki fixierten Prinzip der Souveränität der Staaten. Es stelle sich die Frage, ob denn nicht jedes Land souverän über den Beitritt zu einer Gruppierung entscheiden könne.

Im Sinne von Helsinki

In Belgrad wird die Methode der Fragen und Gegenfragen weitgehend angewendet. Und deshalb begann die Diskussion mit der Gegenfrage: erlauben Sie, entspräche denn die Erweiterung der Blöcke dem Geist von Helsinki, wäre es denn im Geist von Helsinki, die durch Europa gehende Kluft zu erweitern? Offenbar doch nicht. Wenn dagegen beide Blöcke freiwillig keine neuen Mitglieder aufnehmen, wäre das ein großer Beitrag zur europäischen Entspannung.

Was nun die Souveränität angeht, so will sie natürlich niemand anstreben, da die Entscheidung vollständig freiwillig sein muß. Übrigens setzt die Beteiligung an jedem internationalen Vertrag oder Abkommen eine gewisse freiwillige, aber eine äußerst geringe Beschränkung der Souveränität voraus, und bislang wurde diese Praxis nicht in Zweifel gezogen.

Interessant ist jedoch: Als es um den Aufbau und die Erweiterung der NATO ging, haben weder die Führer dieser Organisation noch die Führer der Mitgliedsländer Besognis darüber gezeigt, daß die diesem Block beitretenen Staaten tatsächlich und sehr spürbar ihre Souveränität beschneiden. Jetzt geht es um etwas anderes. Darum, daß 33 europäische Länder, die USA und Kanada die weitere Vertiefung der militärischen Spaltung Europas beenden könnten. Darin ließe sich der höchste Ausdruck des souveränen Willens der europäischen Länder sehen, die nach Frieden und Zusammenarbeit streben. Das wäre im Sinne von Helsinki, wie auch der Punkt der Aktionsplattform, der vorschlägt, die in Helsinki geplanten Vertrauensmaßnahmen konsequent zu verwirklichen und im einzelnen ein Limit von 50 000 bis 60 000 Mann bei Militärmanövern festzusetzen. Dieser sowjetische Gedanke hat bereits positiven Widerhall bei einigen Ländern gefunden. Jedenfalls haben viele Staaten ihr Interesse an der Fortsetzung der Konsultationen zu dem gesamten Komplex der Aktionsplattform geäußert, die nach Meinung des Delegierten eines neutralen Landes, ein notwendiger Schritt

in die notwendige Richtung wäre.

Nach Ablauf von neun Wochen ist es in Belgrad deutlich geworden, daß sich hier eine Aktionsplattform und eine Plattform des Nichtstuns gegenüberstehen, die so mancher für Europa durchsetzen will. Ich bin lediglich auf einige Aspekte nur eines Problems eingegangen — wieviel aber werden in Belgrad diskutiert! Unter anderem gab es einen interessanten und inhaltsreichen Meinungsaustausch zu Problemen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit, von dem gesondert zu reden sein wird.

Die Taktik jener Delegierten, die bestimmte Fragen künstlich hochspielen und sie anderen entgegensetzen, muß als Hemmschuh für konstruktive Diskussionen betrachtet werden.

Nur so läßt sich die breitgetretene Frage der Menschenrechte sehen, zu der ich in einem kürzlich in Belgrad erschienenen Buch des Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesversammlung der SFRJ Bogdan Osolnik folgende treffende Definition fand: „Ein echtes Paradox ist die Tatsache, daß gerade die Frage über Durchsetzung der Menschenrechte dazu benutzt wird, den Prozeß der Annäherung der europäischen Völker und die Schaffung von Bedingungen für Frieden und Sicherheit zu verzögern.“

Mit solchen, von den Vertretern einiger westlicher Länder entwickelten Paradoxen wurde Zeit verloren und das Vertrauenspotential untergraben, mit dem die Delegationen nach Belgrad gereist waren. Jetzt aber ist diese Taktik doppelt gefährlich. Die Verfahrensregeln des Treffens sehen vor, daß alle Arbeitsorgane ihre Tätigkeit mit dem 16. Dezember einstellen. Bislang jedoch ist erst eines (für Wirtschaftsfragen) an die Aufstellung allgemeiner Empfehlungen gegangen, die in das Schlußdokument Eingang finden könnten. Die Verfahrensregeln sehen ferner vor, daß dieses Dokument möglichst bis zum 22. Dezember formuliert ist, wogegen die Arbeit daran praktisch eben erst beginnt. Das bedeutet: den Teilnehmern des Treffens stehen noch angespanntere Tage bevor.

Belgrad, am 5. Dezember

FINNLAND



Gespräch zwischen Alexej Kossygin und Urho Kekkonen

Foto: TASS

GUTE NACHBARN FEIERN

Am 6. Dezember konnte Finnland den 60. Jahrestag seiner Unabhängigkeit begehen.

Zu den Feierlichkeiten waren in Helsinki auf Einladung des finnischen Präsidenten Kekkonen und der Regierung Finnlands eine sowjetische Regierungsdelegation unter dem Ministerratsvorsitzenden der UdSSR Alexej Kossygin sowie weitere Delegationen aus Nordeuropa und vielen anderen Staaten eingetroffen. Das beweist das hohe Ansehen dieses kleinen nördlichen Landes in der Welt und die Anerkennung seines Beitrags zur Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Völkern.

Die Finnen sehen ihr Jubiläum in engem Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution, die den Weg zur Selbständigkeit ihrer Heimat freilegte. Sie verbinden es auch mit dem Namen Lenins, der das Dekret über die Gewährung der Unabhängigkeit an Finnland unterzeichnete.

Von der hohen Achtung des finnischen Volkes vor dem Führer des ersten sozialistischen Staates der Welt konnten wir uns erneut in Turku überzeugen, wo wir vor kurzem den Feierlichkeiten zur Einweihung eines Lenin-Denkmales bewohnt. Es wurde im Zentrum von Turku errichtet, das der Führer der proletarischen Revolution mehrmals aufgesucht hatte. Die Repräsentanten der städtischen Öffentlichkeit sprachen von den tiefen Wurzeln der sowjetisch-finnischen Freundschaft, die von dem Leninschen De-

kret ausgingen, und von den heutigen guten Beziehungen unserer beiden Länder.

Die Feierlichkeiten fielen mit dem Abschluß des Monats der sowjetisch-finnischen Freundschaft zusammen. In diesen Tagen gab es überall im Lande viele Veranstaltungen, auf denen die Öffentlichkeit die Leistungen der Sowjetunion in Wirtschaft und Kultur und die friedliche Außenpolitik ihres Nachbarn weitgehend kennenlernen konnte. Die Gesellschaft Finnland—Sowjetunion hatte viel dazu beigetragen, daß der Monat großen Anklang fand. Ihr Generalsekretär Kristina Porkkala sagte uns:

„In diesem für die Sowjetunion wie für Finnland denkwürdigen Jubiläumsjahr kommt die aufrichtige Freundschaft unserer Völker sichtbar zum Ausdruck. Diese Freundschaft wird von Jahr zu Jahr enger. Unsere gutnachbarlichen Beziehungen, die ein gutes Beispiel für die friedliche Koexistenz sind, haben ein klares Ziel und klare Perspektiven und deshalb eine sichere Zukunft.“

Diese Zukunft ist durch ein so stabiles Fundament wie den sowjetisch-finnischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand des Jahres 1948 gesichert. Auf seiner Grundlage entwickeln sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in den unterschiedlichsten Bereichen.

Während der Jubiläumstage hörte man hier viele Beispiele für die guten Beziehungen zwischen der

UdSSR und Finnland und die zunehmenden Geschäftskontakte. Ende November wurde in Helsinki ein Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen unterzeichnet, das eine Zunahme des Handels zwischen unseren beiden Ländern für 1978 vor sieht.

In seiner Begrüßungsansprache für die sowjetischen Gäste äußerte Urho Kekkonen: „Ich bin überzeugt: Wenn man später die Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion beurteilen wird, dann wird das Wort ‚Vertrauen‘ eines der wichtigsten sein. Von Vertrauen sind nicht nur persönliche Beziehungen zwischen Menschen und zwischenstaatliche Beziehungen im politischen Bereich getragen. Es bezieht sich auch weitgehend auf die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.“

Am 5. Dezember besuchte die sowjetische Regierungsdelegation eine Werft in der Hauptstadt, die der staatlichen Gesellschaft Valmet gehört. Die Firma unterhält starke Geschäftskontakte zur UdSSR. Ihre Werft in Helsinki ist noch relativ jung, hat jedoch bereits enge Verbindungen zu sowjetischen Auftraggebern. Gegenwärtig liegen hier zwei leistungsfähige Leichter für die Sowjetunion auf Helling. Handelsdirektor V. Koskivirta erzählte uns, diese Schiffe seien zur Beförderung von Sperrgut bestimmt und in ihrer Klasse die größten in der Welt. Ihr Bau erfolgt in Kooperation mit sowjetischen Fachleuten und Organisationen.

Vom Nutzen der Geschäftskontakte zwischen unseren Ländern sprach auch der Chef der Valmet Olavi Mattila. Er betonte die große Bedeutung des langfristigen Programms für Entwicklung und Vertiefung der Handels-, Wirtschafts-, Industrie- und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Finnland. Weiter äußerte er, angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise im Westen seien stabile Geschäftskontakte zur UdSSR besonders wertvoll.

Das finnische Volk und die Staatsmänner des Landes sprechen sich in diesen Tagen sehr entschieden für die weitere Festigung der Freundschaft, der guten Nachbarschaft und des Vertrauens aus, die die sowjetisch-finnischen Beziehungen kennzeichnen und unwiderstehlich geworden sind.

J. GOLOSCHUBOW

Helsinki, am 6. Dezember

„NEUE ZEIT“ 50-77

10. DEZEMBER—TAG DER MENSCHENRECHTE

FREI UND GLEICH

Immer mehr Länder schließen sich heute der schönen Tradition an, den Tag der Menschenrechte zu begehen. Er wurde bekanntlich auf den Jahrestag des 10. Dezember 1948 gelegt, an dem die UNO in ihrer Deklaration die Menschenrechte als Aufgabe bezeichnete, nach deren Erfüllung alle Völker und Staaten streben sollten.

Die UNO war bei der Definition des Entwicklungswegs der menschlichen Beziehungen in den ersten Nachkriegsjahren bemüht, auch die Erfahrungen der fortschrittlichsten Länder und die Wünsche aller Menschen in dieses wichtige Dokument einfließen zu lassen. Dort heißt es, daß alle Menschen frei und gleich in Würde und Rechten geboren sind.

Die Völker, die eben den entsetzlichen antifaschistischen Krieg durchgemacht hatten, gaben einmütig ein hohes Urteil über den Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über den Hitlerfascismus ab. Die fortschrittlichen Menschen wußten auch unsere sozialen Erfolge zu schätzen. Unter dem Einfluß der sowjetischen Erfahrungen wurden in die Menschenrechtsdeklaration Artikel über so unveräußerliche Rechte wie das Recht auf Arbeit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf Erholung, Freizeit und auf Bildung aufgenommen. Das, was der erste sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern in der Welt bereits erreicht hatte, stellte die Weltgemeinschaft als Perspektiven für die anderen Staaten und Völker auf.

In den darauffolgenden fast dreißig Jahren dauerle, trotz aller Komplikationen in den internationalen Beziehungen, trotz des kalten Krieges die geduldige Arbeit zur Anerkennung und Verankerung der Grundrechte des Menschen in internationalen Konventionen und Abkommen an. Auf Initiative und unter höchster aktiver Beteiligung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder wurden wichtige internationale Dokumente ausgearbeitet und beschlossen, z. B. die Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte. Schließlich waren wir alle vor zwei Jahren Zeugen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die von 35 Staatsmännern Europas, der USA und Kanadas in Helsinki unterzeichnete Schlußakte markiert einen weiteren Fortschritt des Prinzips der Achtung der Menschenrechte und legt Maßnahmen für dessen Verwirklichung fest.

Diesmal ist der Tag der Menschenrechte ein besonderer Tag, denn er

wird in einem Jahr begangen, in dem die Sowjetbürger und die ganze fortschrittliche Menschheit den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution feierten und in dem die UdSSR ihre neue Verfassung verkündete. Die Ausarbeitung, die Volksdiskussion und die Annahme des neuen Grundgesetzes eines Staates des entwickelten Sozialismus wurde von der Öffentlichkeit als ein bedeutender Beitrag zum sozialen Fortschritt der Gegenwart gewürdigt. Jeder Staatsmann und jeder Politiker, jede Regierung und gesellschaftliche Bewegung, die die Ideale tatsächlich verwirklicht sehen möchten, finden in den Artikeln der neuen Sowjetischen Verfassung ein gutes inspirierendes Beispiel zur Herbeiführung von Lebensbedingungen, unter denen die realen Rechte und Freiheiten des Menschen garantiert sind.

Wie alle anderen Bemühungen, um den sozialen Fortschritt stößt der Kampf für die Menschenrechte auf den Widerstand internationaler reaktionärer Kreise. Sie wollen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von den zahlreichen Verstößen gegen die Menschenrechte in den kapitalistischen Ländern ablenken und machen vor nichts halt, damit das Beispiel der sozialistischen Länder weniger anziehend wirkt. Diese Kreise wollen die verzerrte Interpretierung des Begriffs Menschenrechte zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen und Entwicklungsländer ausnutzen. Doch selbst in der Hochburg des Imperialismus, in den USA, haben die bürgerlichen Propagandisten mit diesem Trick immer weniger Erfolg. Sehr richtig sagte Ewart Guinier, Professor an der Harvard-Universität, in einer Diskussion: „Die Vereinigten Staaten sollten anderen Menschen und Ländern nicht erklären wollen, was Menschenrechte sind, solange die Grundlagen dafür in den USA fehlen.“ Die USA halten sich aus vielen internationalen Verpflichtungen in diesem Bereich heraus. Sie haben bis heute mindestens 30 Verträge über die Menschenrechte nicht ratifiziert.

Die Sowjetbürger verurteilen am Tag der Menschenrechte verstärkt deren bewußte Fehlinterpretation durch die reaktionären Kreise, die dem Entspannungsprozeß schadet. Gemeinsam mit der ganzen fortschrittlichen Öffentlichkeit stehen sie dafür ein, daß die Menschheit auf dem Weg zur internationalen verbindlichen Verbriefung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte weiter vorankommt.

WARUM DIE STUDENTEN STREIKEN

Am Montag, dem 28. November 1977, tauchten auf einmal Ritter in Mainz auf. Sie trugen ein Spruchband, auf dem sie fragten, ob das Mittelalter wieder an die Hochschulen kommen solle... Es waren Geschichtsstudierende der Universität Mainz, die im Rahmen des größten Studentenstreiks in der BRD demonstrierten. Bereits am ersten Tag, dem 28. November, hatte er 125 Hochschulen erfaßt. Am Vorlesungsboykott nahm eine halbe Million Studenten teil.

Warum haben die angehenden Akademiker gestreikt? Sie verlangen, das kürzlich verabschiedete Hochschulrahmengebot aufzuheben. Dieses Rahmengebot (als Grundlage für präzisierende Gesetze in jedem der zehn Bundesländer) sieht die Einführung eines neuen Ordnungsrechtes vor, das u. a. den Allgemeinen Studentenausschüssen verbietet, Politik zu machen. Ferner wird eine Regelstudienzeit von drei, höchstens

vier Jahren vorgeschrieben.

Die bürgerlichen Massenmedien behaupten, diese Gesetze brächten nichts sensationell Neues. Denn die erste Pflicht der Studenten sei es zu lernen, nicht aber in der Politik mitzumischen. Eine Verkürzung der Studienzeiten werde die Kosten der Universitäten verringern, deren Unterhalt auch ohnedies dem Steuerzahler teuer zu stehen komme. Ein Fernsehkommentator beschuldigte sogar die Studenten, sie würden nur auf ihren „vom Feudalismus übernommenen Privilegien“ beharren. Diese und ähnliche Äußerungen sollen einen Keil zwischen die Studenten und die Bevölkerung, vor allem die Arbeiter, treiben: Die Studenten seien ja bekannt für ihr Nichtstun, nur streiken — das könnten sie.

In Wirklichkeit sieht alles anders aus. Seit den schon legendären Studentenunruhen von 1967/68 haben die demo-

krafischen Jugendorganisationen, u. a. der MSB „Spartakus“ und der Sozialistische Hochschulbund, feste Positionen bezogen. Die meisten Studenten begannen, sich immer mehr für eine wahre Demokratisierung der Hochschule einzusetzen. Das neue Ordnungsrecht soll gerade damit aufräumen: Es erlaubt dem Rektor und den Behörden, „unliebsame“ Aktivisten bis hin zur Exmatrifikation zu drangsäubern. Nicht weniger heftig wird auch die Regelstudienzeit diskutiert. Bislang war die Studiendauer fast unbegrenzt, und durchschnittlich brauchte ein bundesdeutscher Student 13 Semester bis zum Abschluß.

Diese verhältnismäßig lange Zeit erklärt sich keineswegs durch Faulheit, sondern dadurch, daß nach offiziellen Angaben nur 42 Prozent der 800 000 bundesdeutschen Studenten staatliche Zuwendungen erhalten — 26 Prozent Vollförderung und 16 Prozent Teillförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Doch nach Meinung der Studenten reicht das Vollstipendium nicht einmal zum nackten Leben, ganz zu schweigen vom Kauf teurer Bücher. Deshalb müssen sehr viele nicht nur in den Ferien, sondern auch im

EIGENTOR

Kürzlich verhängte der bayrische Verwaltungsgerichtshof ein Berufsverbot gegen die junge Juristin Charlotte Nieß, die nicht als Richterin tätig werden darf. Ein solches Urteil ist für die heutige Bundesrepublik leider keine große Sensation. Berufsverbote stehen auf der Tagesordnung. Die bundesdeutschen Behörden, die sich nicht laut genug über Bürgerrechte, Demokratie und Verfassungstreue auslassen, entziehen Andersdenkenden systematisch die Existenzgrundlage.

Viel Aufheben wird dabei nicht gemacht: Wer in den Chor der offiziellen Politik nicht einstimmen will, hat selber schuld. So werden die „Radikalen“ bekämpft. Obgleich die Handlungsweise der Behörden ganz eindeutig verfassungswidrig ist, sind alle Bundestagsparteien damit einverstanden. Was Wunder! Der Berufsverbotsknüppel soll, wie die BRD-Politiker vereinbarten, ein Instrument gegen die Linken, vor allem die Kommunisten, sein. Hier zeigt sich eine rührende „Solidarität“ aller gutbürgerlichen Par-

teien — von den Tiefschwarzen bis zu den rosa Angehauchten. Trotzdem ist aus dem Fall der Charlotte Nieß ein Skandal geworden. Wäre Frau Nieß Kommunistin, dann hätte keine bürgerliche Zeitung viel Tinte vergossen. Doch die junge Juristin ist Mitglied der SPD, und das bayrische Justizministerium, in dem Strauß' CSU das Sagen hat, verweigerte ihr die Einstellung. Ein derartig unverschämtes Gebaren der Opposition brachte die Regierungsparteien und selbst die Bundesregierung in Rage. Aus Bonn wurde verlangt, Frau Nieß in den Staatsdienst zu übernehmen. Doch die Bajuwaren waren dazu nicht zu bewegen. Ein Prozeß begann. Bonn ließ Frau Nieß durch bekannte Rechtsanwälte vertreten. Doch auch das fruchtete nichts. Die bayrische Justitia zeigte sich störrisch: Frau Nieß darf nicht in den Staatsdienst treten.

Warum? Weil Frau Nieß in der Vereinigung Demokratischer Juristen mitwirkte, wo es „auch“ DKP-Mitglieder gibt. Da Frau Nieß mit ihnen Kontakte pflegte, gäbe es,

so meinten die bayrischen Richter, keine Gewähr dafür, daß sie stets für die Verfassung eintreten wird. Diese Logik hätte der Heiligen Inquisition alle Ehre gemacht, für die der Umgang mit einem schwarzen Kater manchmal ausreichte, um jemanden als Satansknecht auf den Scheiterhaufen zu schicken. Nur all das geschieht nicht in den Kellern der Inquisition und nicht zu Zeiten des seligen Ignatius von Loyola, sondern heute — in einem Staat, der den Anspruch erhebt, eine bürgerliche Musterdemokratie zu sein. Derartige Urteile fällen Leute, die sich dieser Tage nach Belgrad begaben, um andere zu lehren, wie man die Menschenrechte verstehen und verwirklichen solle. Die CDU/CSU, die kürzlich ein „Weißbuch“ zur Lage der Deutschen in Osteuropa „verfaßt“ hat, zeigt so anschaulich, wie man mit Deutschen bei sich zu Hause verfährt.

Die liberale bundesdeutsche Presse ist empört. Sie läßt sich sarkastisch aus über die bajuwarischen Dickschädel, die den Bogen überspannen hätten. Viele Argumente dafür werden angeführt, daß Frau Nieß weiß Gott keine Kommunistin

Semester jobben. So bedeutet die Regelsstudienzeit u. U. für sie — vor allem für Arbeiterkinder, die man sowieso recht selten an den Unis antrifft —, das Studium aufzugeben zu müssen.

Die bürgerliche Presse wollte die Öffentlichkeit irreleiten, indem sie vom angeblichen Scheitern des Studentenstreiks berichtete, seine wahren Ziele verschwieg und die studentischen Forderungen abkanzelte. Doch der Vorlesungsboykott wurde so stark befolgt, daß letzten Endes auch die Behörden offiziell eingestehen mußten, daß die Studenten allen Grund zur Besorgnis haben.

Doch vor allem ist es den Rechtskräften nicht gelungen, die Studenten zu isolieren. Solidarität mit ihnen be-

kundeten nicht nur viele Professoren, sondern auch zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen. Die SDAJ rief zu gemeinsamen Aktionen der jungen Arbeiter, der Schüler und Studenten für das Recht auf Arbeit und auf Hochschulbildung auf. Die größte gemeinsame Demonstration findet am 10. Dezember in Essen statt. Die DKP hat ihre Solidarität mit den Studenten erklärt.

K. KARAGESIAN Eigenbericht

Bonn

Düsseldorf. Eine Demonstration gegen die Berufsverbote

Foto TASS



ist. Man erinnert daran, daß für ein Berufsverbot „Tatsachen und Äußerungen“ vorliegen müssen, nach denen der vor das Anhörungstribunal Gezerrte das Grundgesetz ablehnt oder es bekämpft.

Doch alle diese „Argumente“ gehen am Ziel vorbei. Die Verantwortlichen für die Berufsverbote haben ein Eigentor geschossen. Die Praxis der Berufsverbote ist ungesetzlich. Sie schafft Menschen erster und zweiter Klasse, ist mit den Bürgerrechten unvereinbar und bedeutet offene Diskriminierung wegen der politischen Überzeugung. Diese Praxis öffnet also Tür und Tor für Willkür und Exzesse der reaktionären Rechtskräfte.

Davor hatte die demokratische Öffentlichkeit gewarnt. Die Berufsverbote leiteten eine großangelegte Offensive der Rechtskräfte um die CDU/CSU ein. Diese Offensive hält an. Und zu Unrecht meinen manche, die Berufsverbote würden „nur Kommunisten“ betreffen. Diejenigen, die sich für den „Radikalen-

erlaß“ einsetzen, hatten von Anfang an nicht nur die Kommunisten im Visier. Sie wollten einen Rechtsruck im politischen Leben der BRD herbeiführen. Sie wollten alle, die gegen die „traditionellen Werte der deutschen Politik“ auftreten, als deren Gralshüter sich die rechten Führer der CDU/CSU präsentieren, einschüchtern.

Man begann mit den Kommunisten. Jetzt sind die Sozialdemokraten dran. Fälle, daß übelste Neofaschisten, Revanchisten und Chauvinisten in der BRD aus dem Staatsdienst entfernt wurden, sind aber merkwürdigerweise nicht bekannt. Die Berufsverbote gelten offensichtlich nicht für sie, die revanchistische Erklärungen abgeben und ungeniert Anspruch auf die Staatsmacht erheben. Hemmungen haben sie dabei keine. Das geht so weit, daß sie — wie Strauß — dazu aufrufen, Pinochets „Erfahrungen“ zu übernehmen...

J. Krasnojarow

NZ STREIFLICHTER

■ POLEN—ITALIEN

Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, stattete vom 28. November bis 1. Dezember Italien einen offiziellen Besuch ab. Zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates Italiens, Giulio Andreotti, und Edward Gierek fanden Gespräche statt. Es wurde betont, daß sich die polnisch-italienischen Beziehungen in letzter Zeit positiv entwickeln. Die Seiten bekundeten ihre Entschlossenheit, auch in Zukunft alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Freundschaft zwischen beiden Völkern und die Zusammenarbeit der beiden Länder zu vertiefen. Eine gemeinsame polnisch-italienische Erklärung und eine Reihe von Dokumenten über einen Ausbau der Zusammenarbeit in verschiedenen Wirtschaftsbereichen wurden unterzeichnet.

Am 30. November traf Edward Gierek in Rom mit dem Generalsekretär der IKP, Enrico Berlinguer, zusammen. Ein Meinungs- und Informationsaustausch über die Lage in beiden Ländern, die Politik beider Parteien und zu einigen internationalen Fragen fand statt. Das Streben der PVAP und der IKP, zur Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses und der Zusammenarbeit in Europa und der übrigen Welt beizutragen, wurde unterstrichen.

Am letzten Tag seines Aufenthaltes besuchte Edward Gierek den Vatikan. In dem Gespräch mit Papst Paul VI., sagte Edward Gierek, wurde eine weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung der Probleme, die heute die Völker bewegen, als auch der bilateralen Beziehungen deutlich, deren Entwicklung sich optimistisch darstellt.

■ OAS

In Washington fand eine Sondertagung des ständigen Rates der Organisation Amerikanischer Staaten statt. Sie befaßte sich mit dem Beschuß der USA, die Importzölle für Zucker um 50% zu erhöhen. Diese Maßnahme wurde ohne vorhergehende Absprache mit dem zuständigen OAS-Komitee getroffen. Diktiert von dem Streben, den US-Zuckerproduzenten Privilegien zuzuschanzen, berührt sie spürbar die Interessen von 13 lateinamerikanischen Staaten, auf die 56%

DIE ZEIT IST REIF

Boris KOTOW

Es weihnachtet sehr, und weißbärtige Weihnachtsmänner stehen von morgens bis abends vor den Lissabonner Warenhäusern. Die Kinder sind wie immer begeistert und erwarten einen reich gedeckten Gabentisch.

Die Erwachsenen haben andere Sorgen. Sie rätseln, welche weiteren Überraschungen wohl die politischen Weihnachtsmänner aus der regierenden Sozialistischen Partei für das Land parat haben. Sie, die anfangs mit Versprechungen nicht geizten, haben dann Portugal „Geschenke“ beschert, die durch die Verschlechterung der schweren Wirtschaftslage das Land in eine akute politische Krise gestürzt haben.

Das Herumraten wird übrigens bald ein Ende haben. Die Debatten zur Vertrauensfrage und die Abstimmung werden die Situation weitgehend klären und festlegen, welchen Weg das Land weiter gehen wird. Doch schon besteht kein Zweifel, daß aus der jetzigen Krise eine neue Regierung mit einer neuen Politik hervorgehen wird. Die Zeit ist reif für eine Alternative, meinen die hiesigen politischen Beobachter. Ob sie aber reaktionär oder demokratisch sein wird?

Das ist die Bilanz der fast anderthalbjährigen Amtszeit der Minderheitsregierung, die nach den Parlamentswahlen 1976 von der Sozialistischen Partei gebildet wurde.

Die ganze Tätigkeit dieses Einparteienkabinetts wurde von großtönenden Erklärungen begleitet, ein finanzieller und wirtschaftlicher Wiederaufschwung des Landes sei erforderlich. Der Öffentlichkeit wurde eingeredet, gerade hierfür seien zwei Pakete von Sparmaßnahmen und eine Reihe unpopulärer Gesetze im Parlament durchgepeitscht worden — wahre Schläge gegen die Errungenschaften der Revolution vom 25. April 1974: das Gesetz „Über die Grundlagen einer neuen Bodenreform“, das den Großgrundbesitz in der Bodenreformzone restauriert; das Gesetz über die Grundprinzipien für die Abgrenzung des gesellschaftlichen und des privaten Wirtschafts-

sektors, das gegen die verstaatlichten und selbstverwalteten Betriebe gerichtet ist; das Gesetz über Entschädigungen an die Kapitalisten und Großgrundbesitzer für die enteigneten Vermögenswerte, das dem Volk eine finanzielle Last von Milliarden Eskudo aufbürdet.

Der Eskudo wurde bereits einmal abgewertet, und die nächste Abwertung kommt bestimmt. Infolgedessen sind die Preise allein 1977 um fast 30% gestiegen, und entsprechend verloren die von der Regierung „eingefrorenen“ Löhne an Kaufkraft. In Portugal gibt es über 500 000 Arbeitslose. Die legislativen Eingriffe haben den Weg zu neuen Massenentlassungen eingeleitet. Auf dem Lande werden die Genossenschaftsbauern von ihrem Boden vertrieben, und die ausgedehnten fruchtbaren Ländereien, die an Großgrundbesitzer zurückgegeben werden, liegen wieder brach. Und das, obwohl die Hälfte der Lebensmittel importiert wird. Der große Strom ausländischer Waren, die den Binnenmarkt überschwemmt haben, wirkt sich störend auf die Entwicklung der nationalen Industrie aus und läßt das Handelsbilanzdefizit, das in den ersten neun Monaten d. J. 80,4 Md. Eskudo betrug, nie dagewesene Dimensionen annehmen. Die unzähligen ausländischen Kredite und Subventionen haben dazu geführt, daß der staatliche Goldvorrat stark geschmolzen ist.

Unterdes behaupteten die Führer der Sozialistischen Partei weiterhin, zur Überwindung der Schwierigkeiten müsse man sich vom „Kollektivismus“ in der Wirtschaft trennen und die kapitalistische Privatinitiative in Stadt und Land weitgehend beleben. Sie behaupteten, daß Portugal ohne enge Bindungen zum Gemeinsamen Markt und zur NATO keine Perspektiven habe. Deshalb müsse man die sozialökonomischen Strukturen des Landes den anderen westlichen Staaten „angleichen“.

Mit Hilfe der sozialistischen Führung wurde somit ein politischer Kurs verfolgt, der die Interessen der Kapitalistenklasse zum Ausdruck bringt, den werktätigen Massen aber zutiefst fremd ist, u. a. auch den ein-

fachen Mitgliedern der SP selbst, und in eklatantem Widerspruch zu ihrem eigenen Parteiprogramm steht. Nicht von ungefähr wurden alle wichtigen sozialökonomischen Maßnahmen nur dank den bürgerlichen Oppositionsparteien — den Sozialdemokraten und dem Demokratisch-Sozialen Zentrum — im Parlament gebilligt. Das Einparteienkabinett regierte das Land de facto zusammen mit den Rechtskräften.



Die Werktätigen Portugals bekunden ihre entschiedene Unterstützung für das PKP-Programm, das einen konkreten Ausweg aus der tiefen Krise weist. Unser Bild: Lissabon. Kundgebung für die PKP

Foto TASS

Die Bilanz fiel nicht unerwartet aus. Die Politik der Zugeständnisse an die Reaktion und der Offensive auf den Lebensstandard des werktätigen Volkes hat die breiten Volksmassen weitgehend der Regierung entfremdet und äußerste soziale Spannungen hervorgerufen. Und wenn die tiefe Unzufriedenheit, die sich an der Basis angesammelt hat und in den verschiedensten Streiks und Massendemonstrationen zum Ausdruck kommt, noch nicht eine allgemeine soziale Explosion zur Folge hat, dann nur dank der bremenden Rolle der Führung der Gewerkschaften und der KP, die die soziale und politische Stabilität im Lande bewahren wollen.

Andererseits haben derartige Zugeständnisse und die Kapitalantenallianz der Regierung mit den Rechten dazu geführt, daß die provokatorischen Umtreiber der Reaktion merklich intensiver wurden. Die Reaktionäre sind der Meinung, die Zeit sei gekommen, den offe-

nen Kampf um die politische Macht zu beginnen — um die Revision der demokratischen Verfassung, eine Umgestaltung der staatlichen Institute und um vorfristige Präsidentenwahlen. Gerade das verfolgten die in den letzten Wochen abgegebenen Erklärungen rechter Politiker. Faschistoider Rowdys, die sich dieser Tage in Porto und Lissabon auf die Straße wagten, riefen zur Rache an Kommunisten und Demokraten auf.

Auch die amerikanischen „Freunde“ der Regierung Soares bezogen eine härtere Position. Der Internationale Währungsfonds (IWF), der mit einem großen Dollar-Kredit als Zuckerbrot winkt, hat nach der ersten Reihe seiner „Empfehlungen“ an Portugal, die bereits weitgehend erfüllt wurden, zwei neue Bedingungen gestellt: die jährliche Zuwachsraten der Industrieproduktion zu reduzieren und alle Begrenzungen für den Import ausländischer Waren aufzuheben. Portugal wurde also von jetzt an die Rolle eines wirtschaftlichen Appendix zugewiesen, eines Absatzmarktes für die Monopole.

Kein Wunder, daß es die SP-Regierung bei aller Geldnot nicht wagte, allein eine solche Bescherung anzunehmen. Um so mehr, da auch die IWF-Führung die Kreditverhandlungen unterbrochen und breitere, solidere Garantien verlangte. Die SP-Führer mußten das Spiel aufgeben. Mitte November unterbreitete die Regierung allen Parteien und den „Sozialpartnern“ den Vorschlag, Gespräche zur Erarbeitung einer gemeinsamen politischen und sozialökonomischen Plattform zu beginnen auf der Grundlage des von ihr vorgelegten Memorandums. Allein ein solches Einvernehmen — das zum 30. November erreicht wurde — könnte nach Meinung der SP-Führung eine Fortführung des angesteuerten Kurses, die Billigung der Gesetzesvorlagen über den Staatshaushalt und des Wirtschaftsplans für 1978 im Parlament sicherstellen sowie gewährleisten, daß die erforderlichen Valutakredite rechtzeitig vom IWF eintreffen.

Andernfalls, drohte die Regierung, werde sie im Parlament die Vertrauensfrage stellen und bei einer Abstimmungsniederlage zurücktreten. Zudem gaben die SP-Führer, die offen mit den Rechten im Parlament anbändeln, zu verstehen, sie würden keineswegs danach streben, eine „linke Mehrheit“ (d. h. mit Unterstützung der PKP) anstreben, da das angeblich die Gefahr eines Staats-

streiks seitens konservativer Offiziere in sich berge.

Die Ereignisse der letzten beiden Wochen haben sie jedoch gezwungen, die Lage realistischer zu sehen. Die beiden rechten Oppositionsparteien sowie die Unternehmer- und Großgrundbesitzerverbände haben das Regierungsmemorandum rundweg abgelehnt. Keinerlei Unterstützung für das jetzige Kabinett, keinerlei Verhandlungen unter Teilnahme der Kommunisten, erklärten sie und verlangten die Bildung einer Dreiparteienregierung unter Einbeziehung der Sozialdemokratischen Partei und des Demokratisch-Sozialen Zentrums. Die Rechten legten ihre Vorschläge zur Beschleunigung der kapitalistischen Restauration sowie für eine härtere Sozialgesetzgebung vor.

Die PKP hat sich bereit erklärt, das Memorandum als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren, obwohl es teilweise scharf kritisiert und konkrete Vorschläge zur Revision einiger wichtiger Aspekte der Regierungspolitik vorgelegt hat. Eine konkrete Absprache wurde aber nicht erreicht.

Dieser Tage fand ein Plenum des ZK der PKP statt, das die entstandene Situation analysierte. Es bekräftigte die Überzeugung der Partei, daß ein demokratischer Ausweg aus der Krise möglich ist. Das Plenum beauftragte die politische Kommission des ZK, eine Entscheidung zum Vertrauensvotum erst „im letzten Moment“ zu treffen. Das ZK der PKP äußerte die Bereitschaft, die unterbrochenen Gespräche jederzeit wieder aufzunehmen — vor der Abstimmung wie auch danach, unabhängig von ihrem Ausgang. Zugleich betonte die PKP, sie stimme einer Fortführung der bisherigen Politik der kapitalistischen Restauration unter der SP-Regierung nicht zu und gebe der Einparteienregierung der Sozialisten keinen Freibrief für eine solche Politik. Das ZK der PKP schlägt zwei Auswege aus der politischen Krise vor: entweder eine Regierungsbildung auf demokratischer Plattform oder die Bildung einer Interimsregierung und vorfristige Parlamentswahlen. Jedenfalls wird ein gemeinsames Programm unter Teilnahme aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte erarbeitet werden müssen, denen an einer Verteidigung der demokratischen Ordnung und der nationalen Unabhängigkeit Portugals gelegen ist.

Lissabon, am 6. Dezember

NZ STREIFLICHTER

des in die USA eingeführten Zuckers entfallen. OAS-Generalsekretär Alejandro Orfila erklärte auf der Tagung, daß die Anhebung der Zölle den USA für etwa 500 Mio Dollar zusätzliche Profite auf Kosten der Zuckererzeuger in Lateinamerika einbringt.

Die Vertreter lateinamerikanischer Länder in der OAS, die so vor eine vollendete Tatsache gestellt worden sind, nahmen eine Deklaration, an, in der betont wurde, dieser Schritt der US-Regierung füge der wirtschaftlichen Entwicklung der OAS-Staaten, die Zucker ausführen, schweren Schaden zu. Der Rat verlangte von den USA, die Verpflichtungen des OAS-Statuts einzuhalten, und sprach sich für eine Aufhebung der neuen Zuckerimportzölle aus.

■ BERMUDAS

Nach Agenturmeldungen fanden kürzlich auf den Bermudas Massendemonstrationen statt. In Hamilton, dem Verwaltungszentrum einer der ältesten Kolonien Großbritanniens (seit 1684), gingen Hunderte Einwohner auf die Straße. Sie protestierten entschieden gegen die Hinrichtung zweier Inselbewohner. Eins dieser Justizopfer, E. Barrows, war, wie gemeldet wird, Führer der antikolonialistischen Bewegung auf den Inseln.

Gegen die Demonstranten wurden Truppen und Polizei eingesetzt, die von Tränengasgranaten Gebrauch machte. Ein Ausgangsverbot wurde verhängt. Die Behörden der Kolonie, die von einem englischen Gouverneur verwaltet wird, baten das „Mutterland“ um Hilfe. Nach Meldungen aus London hat die britische Regierung, beunruhigt über den zunehmenden Kampf der Inselbevölkerung für die nationale Unabhängigkeit, gegen die Rassendiskriminierung, Truppen dorthin entsandt.

■ ISRAEL

Jüdische Siedler von der chauvinistischen Organisation Gush Emunim zogen am 1. Dezember in Wehrdörfer im Westjordanland — nach Givon und Bejt Horon. Das geschah entsprechend einem von der Regierung Begin genebilligten Plan zur Besiedlung besetzter arabischer Gebiete. In zehn Jahren hat

MANGELNDER REALITÄTSSINN

Am 13. November gab Radio Mogadischu bekannt, daß die Regierung den weiteren Aufenthalt sowjetischer Spezialisten in Somalia nicht für erforderlich hält sowie den somalisch-sowjetischen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit einseitig aufkündigt. Ihre unfreundlichen Akte versuchte die somalische Regierung dadurch zu erklären, daß sich die UdSSR durch ihre Unterstützung für das revolutionäre Äthiopien bei der Verteidigung seiner territorialen Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität in die Angelegenheiten der Länder des Horns von Afrika „einmischt“.

Die Absurdität derartiger Hirngespinste liegt auf der Hand. Das Sowjetvolk hegt Gefühle der Freundschaft zum somalischen Volk ebenso wie zu den Völkern Äthiopiens und der anderen afrikanischen Länder, die das Joch des Kolonialismus abgeschüttelt haben. Nach wie vor wird es sich von der prinzipiellen Linie zur Unterstützung des gerechten Kampfes der afrikanischen Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus leiten lassen, zur Entwicklung freundlicher und gegenseitig nützlicher Beziehungen zu ihnen. Gerade deshalb

wurden auf Bitte der somalischen Regierung sowjetische Fachleute in dieses afrikanische Land geschickt. Ihre selbstlose Arbeit hat wesentlich zu einer effektiven und schnellen Verwirklichung der sozialökonomischen Umgestaltungen in diesem Staat beigetragen. Die somalische Führung dankte den sowjetischen Experten wiederholt für ihre wirksame Hilfe in fast allen Lebensbereichen. So befonte der Präsident Somalias, Mohammad Siad Barre, in einer Rede: „Die brüderliche Hilfe der UdSSR für Somalia ist eine anschauliche Manifestation des Leninschen Prinzips der proletarischen Internationalismus in Aktion.“

Die sowjetische Hilfe für das revolutionäre Äthiopien stellt keineswegs auch nur die geringste Gefahr für alle Nachbarstaaten dar, einschließlich Somalias. Trotzdem wurden Hirngespinste über die Art und die Ziele der sowjetischen Hilfe für die äthiopischen Patrioten von gewissen Kreisen in Somalia ausgenutzt, um chauvinistische und antisowjetische Stimmungen zu schüren.

Reguläre somalische Einheiten führen im Grunde einen nicht erklären Krieg gegen Äthiopien. Der Konflikt verschärft sich vor dem Hintergrund einer Akti-

vierung der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion in Afrika und in der arabischen Welt. Wem ist nicht klar, daß sie auf jede Art bemüht sind, die Einheit der Afrikaner zu schwächen, sie aufeinander loszuhetzen und insbesondere die Positionen der Länder sozialistischer Orientierung zu untergraben? Nur Blinde sehen nicht, daß die Reaktion eine Revision der OAU-Satzung inspiriert, in erster Linie des Prinzips der Achtung der in Afrika bestehenden Grenzen. Unter diesen Bedingungen ist es besonders wichtig, daß die Bemühungen der wahren Verfechter der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten darauf gerichtet sind, nicht zuzulassen, daß die schwelenden Konfliktberde angefacht werden, und darauf hinzuwirken, daß die Streitfragen, die vom Kolonialismus als Erbe übernommen wurden, friedlich gelöst werden, nach den Prinzipien der guten Nachbarschaft und der antiimperialistischen Solidarität.

Die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft haben wiederholt die somalische Führung aufgefordert, die Streitfragen mit Äthiopien nicht militärisch, sondern friedlich, politisch beizulegen. Doch muß konstatiert werden, daß die Schritte der Sowjetunion sowie die Demarchen afrikanischer Länder und der OAU erfolglos blieben. Somalia setzt den Krieg fort und beharrt auf seinen Gebietsansprüchen.

Natürlich kann die Sowjetunion Ag-

DER NAHOSTKNOTEN

Der Empörungssturm in der arabischen Welt über Sadats Jerusälem-Canossagang hat die Karten jener durcheinandergebracht, die das Drehbuch der, wie die westliche Presse schreibt, „sensationellen, dramatischen Wende“ der Ereignisse im Nahen Osten sorgsam und von langer Hand vorbereitet haben. Am 5. Dezember ging in der libyschen Hauptstadt Tripolis eine Gipfelkonferenz von fünf arabischen Staaten (Syrien, Algerien, dem Irak, der Volksdemokratischen Republik Jemen und Libyen) und der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu Ende, die den Israelbesuch des ägyptischen Präsidenten als eine Dolchstoß gegen alle arabischen Völker, vor allem gegen das arabische Volk von Palästina, einschätzten. Natürlich deckten sich nicht alle Ansichten der Teilnehmer der Tripolis-Konferenz, doch trotzdem kamen vier Staaten — Syrien, Algerien, die VDRJ und Libyen — sowie die PLO

darin überein, eine gesamtarabische Einheitsfront gegen die Verschwörungen des Imperialismus und Zionismus, gegen jegliche Versuche einer Kapitulantenelösung des Nahostproblems auf Kosten der arabischen Völker zu bilden. Sie beschlossen ferner, ihre diplomatischen Beziehungen zu Ägypten einzuführen. Daraufhin brach Kairo die diplomatischen Beziehungen zu allen Konferenzteilnehmern ab. Auf der Tripolis-Konferenz gaben verschiedene Organisationen des palästinensischen Widerstands die Bildung einer gemeinsamen national-revolutionären palästinensischen Führung bekannt.

Unterdes nahmen nur Tel Aviv und Washington die Einladung Sadats zum Kairoer Treffen an, das angeblich als Vorbereitung auf die Genfer Konferenz einberufen wird. In der arabischen Welt wurde diese geplante Konferenz zu Recht als Deckmantel für die Fortsetzung der

ägyptisch-israelischen Separatgespräche gewertet, die eine umfassende, gerechte Nahostlösung im Rahmen der Genfer Konferenz verieten.

Um das Image des Kairoer Trefens aufzupolieren und andere Teilnehmer zu gewinnen, wurde es auf Initiative Washingtons mindestens bis Mitte Dezember verlegt. In dieser Absicht tritt US-Außenminister Cyrus Vance eine Reise durch eine Reihe von Hauptstädten im Nahen Osten an.

Wie Nachrichtenagenturen melden, beabsichtigt die israelische Delegation, den „Entwurf eines Friedensvertrages in aller Form“ nach Kairo mitzubringen, zudem basierend auf dem Prinzip des Verzichts auf eine Rückkehr zu den Grenzen vor dem Junikrieg von 1967. Das läuft bekanntlich einem existentiellen Prinzip des Völkerrechtes und von Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates zuwider — territoriale Erwerbungen im Ergebnis einer Aggression nicht zuzulassen.

Es liegt also auf der Hand, daß

gressionsakte nicht unterstützen, kann nicht dazu beitragen, den Bruderkrieg zu schüren. Denn wenn man in Afrika darangeht, die Grenzen mit Waffengewalt zu verändern, dann würden auf dem ganzen Kontinent Kriegsbrände auflodern. Das ist unsere Position, und sie entspricht voll und ganz der UNO- und der OAU-Charta. Es sei betont, daß auch Somalia noch kürzlich feierlich erklärte, es lasse sich von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz leiten und werde unermüdlich für die Abwendung der Gefahr neuer Kriege, für eine friedliche Lösung von Streitfragen kämpfen. Die somalische Führung erklärte, sie strebe keineswegs nach territorialer Expansion. Die Demokratische Republik Somalia habe ein großes Territorium. Und was ist jetzt? Besteht nicht der Grund für die Aggression gegen ein Nachbarland darin, daß in der somalischen Führung chauvinistische und expansionistische Stimmungen die Oberhand gewannen oder gewinnen?

Die anfisowjetischen Aktionen der somalischen Regierung fanden die Billigung imperialistischer und anderer reaktionärer Kräfte, die nur zu gern mit einem Schlag alles Positive ausräumen möchten, was in vielen Jahren in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Somalia erreicht worden ist. Die Infrigen des Imperialismus haben einen fruchtbaren Boden gefunden. Wie die amerikanische Presse schrieb, gefällt eine solche Wendung der Dinge besonders den konservativen

arabischen Regimes. Sie versuchen schon seit langem Somalia davon zu überzeugen, der proimperialistischen Ländergruppierung am Roten Meer beizutreten. Nicht ohne Grund wird auch genug davon gesprochen, Saudi-Arabien sei bereit, Somalia Petrodollars für den Ankauf amerikanischer Waffen zur Verfügung zu stellen. Peking hat gleichfalls die somalische Aktion mit lautem Beifall begrüßt und schnurstracks eine Delegation nach Mogadischu entsandt. Auch die Reaktion aus den USA ließ nicht auf sich warten. Kürzlich traf in Somalia eine Delegation des Verteidigungsausschusses des Repräsentantenhauses des US-Kongresses unter Melvin Price ein.

Noch eine weitere bedauernswerte Tatsache sollte beachtet werden. In Somalia wurde eine schmutzige Verleumdungskampagne gegen das sozialistische Kuba entfesselt, die in offiziellen Erklärungen der Regierungen Äthiopiens und Kubas entlarvt wurde.

Die sowjetische Seite hat die Handlungen der Regierung Somalias zur Kenntnis genommen. Die Verantwortung hierfür liegt voll und ganz bei der somalischen Seite. Die Zeit wird zeigen, was Somalia seine unüberlegte Aktion kosten wird. Doch steht außer Zweifel, daß sie den Feinden des somalischen Volkes und der anderen afrikanischen Völker, den Kräften des Imperialismus und der Weltreaktion nützen wird.

J. ZAPLIN

Tel Aviv nicht von seinem Annexionskurs abgehen will. Nichtsdestoweniger gibt Sadat unzweideutig zu verstehen (so z. B. in einem Interview für *Paris Match* vom 2. Dezember), er sei trotzdem bereit, ein zweiseitiges Abkommen mit Israel zu unterzeichnen, zudem außerhalb jeglichen Rahmens der Genfer Konferenz, bereits bei dem von ihm gemeinsam mit Washington anberaumten Kairoer Separattreffen.

Umfassende Nahostregelung oder ägyptisch-israelische Separatabsprache — so steht die Frage jetzt, schrieb die Pariser *Humanité*. Allein die Genfer Nahostkonferenz, an der auch die UdSSR teilnehmen muß, kann zu einem allgemeinen Frieden führen, betonte der *Figaro*.

Die Nahosthaltung der Sowjetunion ist konsequent und prinzipiell und keinen vorübergehenden Veränderungen ausgesetzt. Bei den kürzlichen Moskauer Treffen mit hohen Vertretern Syriens und des Irak, die in einer Atmosphäre der Freundschaft und des gegenseitigen Ver-

ständnisses verliefen, bekräftigte Leonid Breschnew offiziell mit allem Nachdruck, daß die Sowjetunion, geleitet von den Leninschen Prinzipien der internationalen Solidarität, nach wie vor auf Seiten der Kräfte der Freiheit und des Fortschritts in der arabischen Welt in deren Kampf gegen die Umtreiber des Imperialismus und der Reaktion, für die Beendigung der Folgen der israelischen Aggression und für einen dauerhaften demokratischen Frieden im Nahen Osten steht.

Bei den Moskauer Gesprächen wurde die Entschlossenheit bekundet, eine umfassende Nahostregelung unter Bedingungen anzustreben, die Separatmachungen ausschließen, und bei gleichberechtigter Teilnahme der PLO als legitimen Vertreters des arabischen Volkes von Palästina. Ein ernstes internationales Echo rief die gerade zur rechten Zeit kommende Warnung hervor, daß bei einem Platzen der Genfer Konferenz auf jene, die daran schuld wären, eine schwere Verantwortung fallen würde.

A. USWATOW

Israel dort 83 Wehrdörfer geschaffen. Das israelische Kabinett hat, wie Agenturen berichten, für die Erhöhung der Rüstungsausgaben im neuen Haushalt, der der Knesset vorgelegt wird, um 1,2 Md. israelische Pfund (80 Mio. Dollar) gestimmt. So werden die israelischen Rüstungsausgaben etwa 55 Md. israelische Pfund (ca. 30% des Budgets) ausmachen. Das State Department empfahl, im Rahmen des US-Haushalts für 1978/79 1,8 Md. Dollar für die Militär- und Wirtschaftshilfe an Israel bereitzustellen. Allein in den Jahren 1976—1977 haben die USA Israel etwa 3 Md. Dollar für Waffenankäufe zur Verfügung gestellt.

■ OAU

Am 2. Dezember ging in Daressalam ein Treffen der ständigen Ausschüsse des OAU-Befreiungskomitees zu Ende. Die Vertreter von 20 afrikanischen Staaten und nationalen Befreiungsbewegungen aus dem Süden des Kontinents riefen die Staaten Afrikas und die Fortschrittskräfte der Welt auf, die fiktive Unabhängigkeit eines neuen Bantustans — Bophuthatswanas, das vom RSA-Rassistenregime geschaffen wurde, nicht anzuerkennen und zu verurteilen. Die Teilnehmer des Treffens äußerten Genugtuung über die Ausweitung des bewaffneten Kampfes in Simbabwe und Namibia. Der Vorsitzende des ständigen Ausschusses für politische Fragen und Information, Tahar Gaid (Algerien), hob die Patriotische Front von Simbabwe als Avantgarde im Kampf für den Sturz des unrechtmäßigen rassistischen Smithregimes, für die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes hervor. Die Teilnehmer des Treffens appellierten an die afrikanischen Länder, Gelder an den Befreiungsfonds Simbabwes zu überweisen.

Auf das Namibiaproblem eingehend, kritisierte Gaid scharf die Versuche der Vertreter westlicher Länder — der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der BRD und Kanadas —, zusammen mit dem Führer des RSA-Rassistenregimes, Vorster, dem Volk von Namibia ein neokolonialistisches Regime durch Abhaltung „allgemeiner Wahlen“ unter der Kontrolle der Okkupanten aufzuzwingen. Von Wahlen kann nicht die Rede sein, betonte er, solange die unrechtmäßige Okkupation des Landes durch RSA-Truppen entgegen Völkerrecht und UNO-Beschlüssen andauert.

SCHWIERIGE NORMALISIERUNG

Von unserem Sonderberichterstatter
Wladimir SCHELEPIN

Der internationale Flughafen von Beirut galt früher mit je 400 Linienflügen als der belebteste im Nahen Osten. Als ich in diesem Herbst dort ankam, war im Flughafen gähnende Leere. Die Telefonverbindung zur Stadt war, wie mir einer der wenigen Leute vom Personal erklärte, außer Betrieb. „Was wollen Sie“, zuckte er die Achseln, „Kriegsfolgen.“ In der Tat trifft man sie hier überall. Eines Nachts hörte ich neben meinem Hotel eine starke Detonation und eines Abends MPi-Garben in der Straße; geschossen wurde etwa in der Höhe des vierten Stockes zwischen zwei einander gegenüberliegenden Häusern, und dies nicht etwa in einem Vorort, sondern in einer belebten Beiruter Geschäftsstraße. Schüsse fallen und Blut fließt also nicht nur im Landessüden, wo die israelische Soldateska den noch schwelenden Herd des Bürgerkrieges schürt.

In Beirut ist besonders das Stadtzentrum arg in Mitleidenschaft gezogen. Von den Vierteln, in denen sich früher das Nachtleben abspielte und Tag und Nacht ein schwunghafter Handel im Gang war, sind jetzt nur noch verunstaltete Mauern mit eingeschlagenen Fensterscheiben übriggeblieben. Nach 8 Uhr abends sieht man in der Hauptstadt kaum noch Menschen auf der Straße. Kein Wunder auch, denn alle Geschäfte sind geschlossen, nur hier und da sind die Fenster eines Kaffeehauses beleuchtet, und in den zwei oder drei Kinos in der Hamra-Straße, die es früher mit dem Boulevard Clichy in Paris aufnehmen konnte, laufen alte Streifen. Die Straßenbeleuchtung ist spärlich, die Werbung minimal. Dutzende moderne Hotels haben so gut wie keine Gäste. Der Verkehr wird im Westen der Stadt von MPi-beherrschten Polizisten geregelt, im Osten gibt es fast keine Polizisten, dort beherrschen junge Burschen, ebenfalls mit MPi, aber in Zivil, das Straßenbild: Mitglieder der Kataeb (Phalange-Partei).

An allen neuralgischen Punkten der Stadt befinden sich, wie übri-

gens überall in Libanon mit Ausnahme der Südgebiete, Posten der interarabischen Kräfte zur Erhaltung des Friedens (ADF). Sie setzen sich meist aus Syriern, aber auch



Ein Posten der interarabischen Entflechtungskräfte in Beirut bei der Pkw-Kontrolle

Foto des Verfassers

Sudanesen, Jemenitern und Saudi-arabieren zusammen. Es ist geboten, an den Posten langsam vorbeizufahren und seine Papiere bereitzuhalten. Die meisten Wagen werden unbehelligt vorbeigelassen, einige aber zur Seite gewinkt und gründlich kontrolliert.

Nach Kriegsschluß und mit der Einführung der ADF-Trupps besteht die Teilung des Landes in Gebiete, die entsprechend von den einander gegenüberstehenden Seiten — den christlichen Rechtskräften bzw. den nationalpatriotischen Kräften — kontrolliert wurden, nicht mehr. Und doch meidet der Einwohner des westlichen Teils von Beirut, wo sich die Hauptquartiere der Palästinenser und der fortschrittlichen Parteien befinden, besonders nach Anbruch der Dunkelheit, nach Möglichkeit den Ostteil und erst recht das benachbarte Seebad Jouniyya, das Zentrum der christlichen Rechtskräfte.

Folgen der Kampfhandlungen

Sie sind schlimm. Der Krieg hat der Industrie einen schweren Schaden zugefügt: Ausrüstungen wurden

außer Betrieb gesetzt, Werkhallen zerstört, Straßen beschädigt; der Fremdenverkehr, der Handel und die gesamte Dienstleistungssphäre schwer mitgenommen. Die Verluste an Bankkapital sind dagegen relativ gering. In der Landwirtschaft hat sich der Krieg vor allem auf die Viehhaltung ausgewirkt. Sie ist zu 80% im Gebirgsgebiet Bekaa konzentriert, und dort wurde mehrere Monate hart gekämpft.

Hier einige Zahlen aus verschiedenen Quellen. In den anderthalb Kriegsjahren wurden 40 000 Personen getötet, etwa 80 Dörfer völlig bzw. teilweise zerstört. Von den 3 Millionen Landeseinwohnern reisten

700 000 aus, und von diesen ist in letzter Zeit nur die Hälfte zurückgekehrt. Von den 125 000 Arbeitern (1975) sind heute nur 65 000 beschäftigt. Viele qualifizierte Fachkräfte haben sich in anderen arabischen Ländern niedergelassen. Berücksichtigt man den Schaden, den die Stilllegung von Betrieben bereits angerichtet hat und bis 1980 noch anrichten wird, so beläuft sich der Gesamtverlust, wie mir Farid Raafä, Minister für Finanzen, Justiz und Nachrichtenwesen, sagte, auf 7–8 Md. Dollar.

Am schwersten sind die Kriegsfolgen für die unbemittelten Bevölkerungsschichten. Nach Angaben des Beratungs- und Forschungszentrums, denen alle Gewerkschaften des Landes beipflichten, sind die Preise in Libanon von März 1975 bis März 1977 um 58,6% gestiegen und haben die Kaufkraft der Bevölkerung um 40% sinken lassen. Dabei

können viele Menschen überhaupt nichts kaufen. Zehntausende haben keine Beschäftigung und also keine Existenzmittel. Bisher erhalten sie vom Staat praktisch keine Hilfe. So nimmt es nicht wunder, daß Diebstähle und Banditismus — früher recht selten im Lande — nunmehr wuchern.

Wie weiter?

Diese Frage stellt heute in Libanon jeder jedem. Auch ich konnte mich ihrer nicht enthalten und befragte darüber Georges Khaoui, stellvertretenden Generalsekretär des ZK der Libanesischen KP.

„Es liegt nicht in der Tradition des libanesischen Volkes und erst recht nicht seiner Fortschrittskräfte, soziale, wirtschaftliche oder politische Probleme des Landes durch blutige Bruderkriege zu lösen“, sagte er. „Der Krieg wurde uns aufgezwungen, und wir führten ihn unter Verteidigungslosungen. Deshalb streben wir nach wie vor eine friedliche Regelung der jetzigen kritischen Situation an. Eine allgemeine Gesundung der Nahostlage würde das begünstigen, doch gibt es auch einen rein libanesischen Aspekt. Es gilt, das innere gegenseitige Mißtrauen zu überwinden und einen wirklich demokratischen weltlichen Staat zu errichten, in dem sich niemand in die Glaubensangelegenheiten des anderen einmischt und in dem es ein Parlament, eine Regierung und einen Präsidenten geben wird, die sämtlich dem Volk rechenschaftspflichtig sind.“

Die KP schlägt vor, sich diesem Ziel schrittweise zu nähern, indem man nach und nach die verankerten Vorurteile überwindet und in einem Amt nach dem anderen statt der von Glaubensgemeinden geprägten Einrichtungen moderne demokratische Zustände herbeiführt. Es handelt sich nicht um sozialistische Umgestaltungen, sondern nur darum, daß sich der libanesische Kapitalismus in diesem Stadium im Rahmen eines bürgerlich-demokratischen Staates entwickeln soll. Wirtschaftlich würde das folgendes bedeuten: Stützung und Festigung des staatlichen Sektors und zugleich der nationalen Bourgeoisie sowie Entwicklung der Industriezweige, die stets durch die örtliche Handels- und Finanzoligarchie gemeinsam mit Auslandsmonopolen künstlich gebremst wurde.

Dazu braucht das Land aber einen dauerhaften Frieden. Leider besteht

keine Sicherheit, daß alle in Libanon einen solchen Frieden auf gerechter, demokratischer Grundlage wollen. Zwar behaupten jetzt alle Führer der christlichen Rechtskräfte, angefangen mit Camille Chamoun von der Nationalliberalen Partei, sie seien gegen eine Spaltung des Landes. Aber das sind eben Worte...

Die Gefahr der Spaltung besteht, und die Linkskräfte sehen das. Zugleich hat die Idee eines einheitlichen demokratischen Libanon viele Anhänger. Davon zeugt z. B. der Umstand, daß die Öffentlichkeit die ersten Schritte zur Wiederherstellung der kriegszerstörten Wirtschaft und der Landeseinheit begrüßt.

Bei der Regierung wurde ein Rat für Rekonstruktion und Entwicklung gegründet. Sein Leiter Muhammad Atallah meint, bald werde man einen 6- bis 7jährigen Plan für die Wiederherstellung und Entwicklung Libanons ausarbeiten und bestätigen können. Der Plan erfordert Investitionen von 3—3,5 Md. Dollar. Die **Time** schätzt die erforderliche Summe auf mindestens 5 Md. und der Vorsitzende des Arabischen Fonds für sozialökonomische Entwicklung Saeb Jaroudi auf 10 Md. Dollar. An Berechnungen aller Art fehlt es nicht, aber an Geld. In Beirut ist man jedoch zuversichtlich, nur müsse das Vertrauen zwischen den Moslems und den Christen wiederhergestellt, die Integrität und der Frieden aufrechterhalten werden. Eine solche Möglichkeit ist selbst bei der gegenwärtigen komplizierten Nahostlage gegeben. Allerdings hängt sehr viel von den Libanesen selbst ab.

Dr. Housseini und andere

Die Rückseite einer für Touristen bestimmten Landkarte von Libanon zeigt ein aufschlußreiches Schema: Um Libanon als Zentrum sind auf der Weltkarte konzentrische Kreise mit einem Radius von 1500, 3000 km usw. gezogen. Schon innerhalb des ersten, kleinsten Kreises liegen neben Damaskus, Kairo, Bagdad und Ankara auch die Krim und der Kaukasus. Wie man sieht, ist Libanon von der Sowjetunion nicht gar so weit entfernt.

In der zweitwichtigsten libanesischen Stadt Tripolis im Norden des Landes, die unter dem Krieg wohl am wenigsten gelitten hat, fragte ich mich mühevoll zur therapeutischen Klinik von Dr. Housseini durch. Ihren Besitzer und Chefarzt kennen

hier fast alle. Er wurde schon mehrmals vom Kreis Tripoli ins Parlament gewählt und steht seit Jahren der Gesellschaft für Libanesisch-Sowjetische Freundschaft vor.

Dr. Housseini sagte mir viele herzliche Worte über das Jubiläum der Oktoberrevolution, die internationale Bedeutung der neuen Verfassung der UdSSR und ihren Einfluß auf die Menschen in anderen Ländern. Auch betonte er das Traditionelle der freundschaftlichen Verbindungen zwischen der UdSSR und Libanon, die unseren beiden Völkern zum Nutzen gereichen.

Dafür sah ich viele konkrete Beispiele.

In dem noch halbzerstörten Hafen von Beirut erfuhr ich, daß sowjetische Schiffe hier häufig anlegen. Sie bringen Nutzholz und Stahl, beides für den Wiederaufbau gleich nötig. Die UdSSR liefert Baumwollasen, aus denen Öl produziert wird. Libanon kauft sowjetische Nahrungsmittel, Werkzeugmaschinen, Schmieden und Pressen. Auf libanesischen Feldern sieht man sowjetische Traktoren. Der sowjetische Pkw „Lada“ hat sich hier gut bewährt.

Die UdSSR importiert aus Libanon ihrerseits Obst, Wolle, Häute und einige Massenbedarfsartikel. Die Aeroflot sorgt für die regelmäßige Verbindung Moskau—Beirut.

Der Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Libanon Oleg Koshevnikow sagte mir, der beiderseitige Handel habe selbst in den für Libanon schwierigsten Zeiten nie aufgehört, wenn der Umfang auch etwas zurückgegangen sei. Gegenwärtig beleben sich die Geschäftskontakte rasch wieder.

Anfang November sprachen auf der Festveranstaltung in Moskau die Führer der beiden wichtigsten Parteien der Nationalpatriotischen Front Libanons: der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Fortschrittspartei. Nicolas Chaoui und Kamal Joumblatt hoben dankbar die Unterstützung hervor, die die UdSSR dem libanesischen Volk in der Zeit schwerer Prüfungen erwiesen hat. „Wir rechnen auch heute mit dieser Unterstützung“, sagte Joumblatt, „sie spielt eine sehr große Rolle beim Zusammenschluß der Fortschrittskräfte aller Länder im gesamtarabischen Maßstab.“ Diesen Standpunkt teilen viele Libanesen.

Beirut—Kairo

KABINETTSWECHSEL

Am 28. November wurde im japanischen Funk und Fernsehen bekanntgegeben, daß Ministerpräsident Takeo Fukuda eine neue Regierung gebildet habe. Die politischen Kommentatoren hier waren nicht überrascht, sie hatten das schon seit einigen Wochen erwartet.

Die Ursache ist ein Komplex schwieriger Probleme, vor die sich jetzt die regierende Liberal-Demokratische Partei gestellt sieht. Die Ergebnisse der am 25. November aufgehobenen 82. Sonderfassung des Parlaments haben gezeigt, daß die Konservativen zur Zeit außerstande sind, mit den politischen und wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden. Die Regierung hat die festgefahrenen japanisch-amerikanischen Valuta- und Handelsbeziehungen nicht flottmachen können. Seit einigen Wochen sinkt der Dollar gegenüber dem Yen und verliert sich das Mißverhältnis im japanisch-amerikanischen Handel. Selbst bei den größten japanischen Konzernen, die nach Übersee exportieren, wächst der Unrat — ihre Waren werden nämlich mit entwerteten Dollars bezahlt, und ihre Gewinne sinken.

Unter diesen Umständen sah sich der Ministerpräsident und Vorsitzende der Regierungspartei gezwungen, fast alle Minister seines Kabinetts auszuwechseln. Außer ihm selbst sind nur drei Minister geblieben. Außenminister Hayayama ist von Sonoda, dem früheren Generalsekretär im Kabinett und Mitglied der Fraktion Fukudas in der LDP, abgelöst worden. Ein Mitglied der Fraktion Ohiras, das zu den Regierungen Ikeda, Sato und Miki gehörte, Miyazawa, ist zum Staatsminister, Ressortchef für Wirtschaftsplanung bestellt, und der neue Minister für Außenhandel und Industrie ist Komoto, ein namhafter LDP-Mann, Mitglied der Fraktion Mikis.

Kurz vor dem Kabinettwechsel hatte Fukuda auch die leitenden Posten in der Regierungspartei umbesetzt.

Der japanischen Presse zufolge hatte der Ministerpräsident nicht nur wegen der verschlechterten Wirtschaftslage Schwierigkeiten. Obwohl vor etwa einem Jahr die LDP-Fraktion formal aufgelöst wurde, gehen die heftigen Machtkämpfe ihrer einflußreichen Politiker weiter. Besonders gespannt sei — so

die Beobachter — das Verhältnis zwischen Fukuda und dem Generalsekretär der Partei, Ohira. In politischen Kreisen Tokios heißt es, Ohira beanspruche die führende Rolle in Partei und Regierung.

Bald wird die nächste ordentliche Parlamentstagung eröffnet. Außer den Vorlagen, die u. a. zum Kabinettwechsel führen, wird der Staatsetat für 1978/79 auf der Tagesordnung stehen. Nach Ansicht der LDP-Führung soll der neue Etat zu einer besseren Wirtschaftslage beitragen, wofür zusätzlich rund eine Billion Yen aus der Staatskasse beantragt werden.

Wie die Parteien der Opposition wohl den Etat und die neuen Minister, längst bekannte LDP-Politiker, aufnehmen werden? Gewiß wird das neu zusammengesetzte Kabinett kein leichtes Leben haben.

S. LEWTSCHENKO
Eigenbericht

Tokio

AUF DER STELLE

Wenn der rhodesische Premier Ian Smith ein politisches Lehrbuch schreiben sollte, so ironisierte der *Christian Science Monitor*, dann gäbe es darin bestimmt ein Kapitel: „Wie man so tun kann, als käme man vorwärts, während man tatsächlich auf der Stelle tritt“. Ein hübsches Beispiel dafür wäre die jüngste Tat des rhodesischen Ultras-Chefs. Dieser Tage erklärte er nämlich, er sei nun mit dem Prinzip „ein Mann — eine Stimme“ einverstanden, das er vorher grundsätzlich abgelehnt hatte. Sollte da ein riesiger Schritt getan worden sein? Das jedenfalls meinte die westliche Presse.

Was aber war wirklich? Smiths Erklärung paßt ganz und gar in das Schema „innere Regelung“ der Rhodesien-Frage, die der Herr nach dem Scheitern der Genfer Konferenz Ende vergangenen Jahres verkündet hatte. Der Sinn dieses Manövers besteht darin, gestützt auf einen gigantischen Repressionsapparat, afrikanischen Kollaborateuren die Macht zuzuspielen, die zur Zusammenarbeit mit den Rassisten bereit sind, und damit die Patriotische Front zu isolieren, die die wahren Wünsche des Volkes von Simbabwe vertritt. Deshalb eben drängen Smith & Co. auf Wahlen vor

Verkündung der Unabhängigkeit, das heißt praktisch unter ihrer Kontrolle, womit sie sich einen günstigen Wahlausgang sichern wollen. Ist es nicht klar, daß es sich unter solchen Voraussetzungen nicht um einen Schritt vorwärts, sondern um ein Auf-der-Stelle-Treten handelt?

Auch die wütende Haltung gegenüber den Patrioten dürfte kein Beweis dafür sein, daß die Rassisten von der Macht Abschied nehmen wollen. Die ganze Welt war von der Nachricht über eine neue Provokation der rhodesischen Rassisten erschüttert, die während eines Überfalls auf Moçambique Ende November mehr als 1200 Rhodesienflüchtlinge getötet hätten. Die Rassisten stocken ihr Militärpotential, gestützt auf die Hilfe der RSA und westlicher Länder, weiter auf, erhöhen ihre Militärausgaben und werben neue Söldner.

Die gleiche wütende Haltung nimmt nach wie vor auch das Rassistenregime des Herrn Vorster in der RSA ein, das auch nicht die Spur eines Wunsches zeigt, die Forderungen der afrikanischen und der Weltöffentlichkeit zu beachten, der rassistischen Willkür in der RSA ein Ende zu machen. „Das traurigste Ereignis des vergangenen Jahres“ nannte die *New York Times* die außerordentlichen Parlamentswahlen in der RSA am 30. November. Diese Wahlen, an denen sich nur 2,2 Millionen der 26-Millionen-Bevölkerung des Landes beteiligten, verankerten die herrschende Position der rassistischen Nationalpartei. Sie wurden unter verschärften Repressalien gegen die Apartheidgegner abgehalten und führen nach Ansicht der meisten Beobachter zu einer Verhärtung der Rassenpolitik, zu noch drakonischeren Gesetzen im Süden des Kontinents.

Wenn also Ian Smith und Johannes Vorster wirklich vorwärtskommen sollten, dann nur in einer Richtung, in der Eskalation von Zwangsmaßnahmen gegen die patriotischen Kräfte. In jeder anderen Hinsicht treten sie auf der Stelle.

V. SIDENKO

„NEUE ZEIT“ 50-77

Wessen Wortschatz?

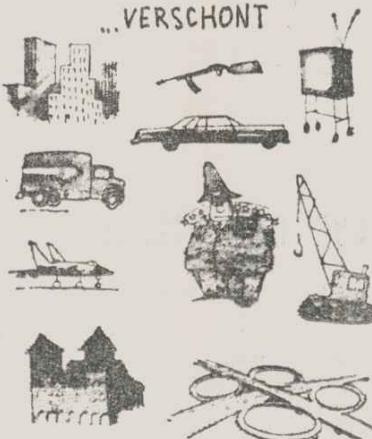
„Das Sowjetimperium könnte in der Zeit von 1980 bis 1985 einen Prozeß der Beschleunigung seines Expansionismus einleiten, der unmittelbar zum Krieg führt.“ Dieses wenig originelle Märchen wurde diesmal im französischen Komitee der Mitglieder des Hörerverbandes des Instituts für Landesverteidigungsstudien, das dem Generalsekretariat der nationalen Verteidigung untersteht, erdacht. Der in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift *Défense* veröffentlichte Bericht strotzt von Sentenzen dieser Art.

Vielleicht möchte da jemand, wenn

er von der „Aggressivität der Sowjetunion“ faselt, die theoretische Basis für die neue Militärdoktrin von der „Vorneverteidigung“ schaffen; laut dieser Doktrin kann Frankreich außerhalb seines Territoriums in einem bewaffneten Konflikt einbezogen werden. Und noch etwas ist bemerkenswert. Das Vokabular der französischen Militärzeitschrift erinnert irgendwie an das der Maoisten. Möglicherweise haben sich die Redakteure im September angestellt, als hochgestellte chinesische Militärs an den Seine-Ufern gastierten. Damals wurde ihnen modernste Militärtechnik vorgeführt.

O. MAKSIMENKO

DIE NEUTRONENBOMBE



Dieses Flugblatt der amerikanischen Organisation „Frauen, kämpft für Frieden!“ ruft Präsident Carter auf, sofort auf die Pläne zur Herstellung der Neutronenbombe zu verzichten.

DAS SCHÖNE URUGUAY

Der Wirtschafts- und Finanzminister Uruguays Valentín Arismendi hat dieser Tage Finanzleute aus den USA, der Bundesrepublik und anderen kapitalistischen Industrieländern aufgefordert, die Investitionen in die uruguayische Wirtschaft zu erhöhen. Dabei vergaß er nicht, den Monopolen alle möglichen Vorteile zu versprechen: ungehinderten Devisenimport und -export, eigenmächtige Lohnregelung. Sein Kollege, der Minister für Industrie und Energiewesen, untermauerte das noch durch das Versprechen, Kapitalgebern einen „Burgfrieden“ zu garantieren, wobei er betonte, gerade der mache

das Land so „anziehend“ für das Auslandskapital.

Was die Vorteile angeht, da ist alles einfach. Ein paar Erlasse, und die Richtung stimmt. Hinsichtlich des „Burgfriedens“ aber rackern sich die Herrschaften in Montevideo ganz schön ab. *France Nouvelle* meldet dazu, auf je 36 Einwohner kommt in Uruguay ein Soldat oder Polizist.

Das Land wird heute als Folterkammer bezeichnet. Und so was sollte „anziehend“ sein? Höchstens für jene, die Profit über alles stellen.

W. TSCHIRKOW

TIGER UND DOMPEURE

Im Dreieck USA—Westeuropa—Japan ist der Handelskrieg in schönstem Gange. In Peking sieht man sich das Schauspiel, das die drei Tiger bieten, hochnäsig an. Je mehr sie sich im Konkurrenzkampf auffressen, desto leichter könnte es werden, sie am Schwanz zu ziehen.

Manchen Leuten gefällt das sogar. Das Pariser *Echos*, Organ der Geschäftskreise, freut sich darüber, daß der Gemeinsame Markt der VR China den Meistbegünstigungsstatus einräumen will. Das ist eine normale und darüber hinaus wünschenswerte Erscheinung im Welthandel, wenn sie nicht schmutzigen Zielen dient.

Die EWG, so kommentiert *Echos*, würdige damit die proeuropäische Politik, die die Pekinger Führer seit langem verfolgen. Erstaunlich, seit wann eine Politik, die die Ergebnisse der KSZE und positive Wandlungen auf dem Kontinent überhaupt ablehnt, als proeuropäisch gilt.

Außerdem entsteht die Frage, was man wohl im Brüsseler EWG-Sitz „meistbegünstigen“ will. Sollten es etwa die Pekinger Ankäufe von Ausrüstungen für Rüstungsfabriken und sogar Raketen sein? Oder die Modernisierung der Armee eines Staates, dessen Führung auf das Anheizen von Spannungen setzt?

In Peking hat man die imperialistische Taktik des Teile und Herrsche gut begriffen. Und man überträgt sie auf den interimperialistischen Kampf. Jeder Tiger wird mit der „sowjetischen Gefahr“ erschreckt. Obendrein werden alle drei mit dem Ringen um einen „Markt für 850 bis 900 Millionen Konsumenten“ gereizt. *Echos* meint, für den Westen ergäbe sich die Aussicht auf eine „reiche Ernte“ auf diesem Markt. Doch leichtgläubige Geschäftsmacher und Politiker werden, so wagen wir zu versichern, eine Enttäuschung erleben. Die Pekinger Dompteure haben keineswegs vor, ihre Köpfe in den Rachen der Tiger zu stecken. Sie werden sie lieber am Schwanz ziehen. Und wenn es geht, sie für ihre Großmachtpolitik einspannen.

W. KUSNEZOW

DAS ELEND DER BÜRGERLICHEN MORALISTEN

Tom JEMELJANOW

Das Wort von der Moral und den Menschenrechten war bei den bürgerlichen Massenmedien wohl noch nie so beliebt wie in den letzten beiden Jahren. Die größten Blätter der kapitalistischen Länder leihen im Wechselgesang, die hohen Prinzipien von Humanität, Moral und Demokratie, also all das, was die „westliche Zivilisation“ verkörpere, seien vom „asiatischen Bolschewismus“ und von der „kollektivistischen Sklaverei des Ostens“ bedroht. Um welche Werte ist es denn den westlichen Moralpredigern so schade?

Brillanten für den Präsidenten

Noch hat sich die öffentliche Entrüstung über die Machenschaften der Lockheed, die Politiker vieler kapitalistischer Länder ein gros und en détail kaufte, nicht gelegt, und schon ist in den USA ein neuer Eklat fällig. Diesmal hat er nicht dieses Format und bleibt in der amerikanischen Familie, ist jedoch vom Standpunkt der Moral mindestens ebenso aufschlußreich. Richard Nixon, den die Watergate-Affäre seinen Präsidentenposten kostete, hatte beim Verlassen des Weißen Hauses Werte von insgesamt 2 Mio Dollar, darunter Damenschmuck mit Brillanten, seltene Teppiche und Golduhren, mitgehen lassen.

Die Moralisten der kapitalistischen Welt sollen bloß nicht sagen, das sei eine Ausnahme. Ohne sich besonders anzustrengen, kann man genügend andere Politiker der „freien Welt“ nennen, die es in puncto Privateinkünfte gelinde gesagt nicht so genau nehmen: den japanischen Ex-Premier Tanaka, der wegen Finanzmachenschaften vor Gericht kam; den CSU-Vorsitzenden und Ex-Finanzminister der BRD Strauß, der in ein gutes Dutzend von Finanzaffären verwickelt war; ein etwas älterer Fall wäre Heinrich Himmler, der vom millionenschweren „Industriekapitän“ Friedrich Flick alljährlich

Hunderttausende Mark Schmiergelder „für seine Privatausgaben“ erhielt. Unlängst beging die BRD das 100jährige Jubiläum des „Deutschen Reiches“. Sein Begründer Fürst Otto von Bismarck wurde eigens für die BRD-Zeitgenossen als eine in jeder Hinsicht außerordentliche Persönlichkeit, natürlich mit lupenreiner Moral, aufgeimaged. Solche Imagepflege ist zwar fein, aber der namhafte Wissenschaftler und Publizist Bernt Engelmann beweist anhand authentischer, bisher kaum bekannter Dokumente in seinem Buch „Das Reich zerfiel, die Reichen blieben“: Bismarck, den die bürgerlichen

Schicht des Großkapitals, einmal ins Rampenlicht gerückt, präsentiert, findet man in Jean Zieglers neuem Buch „Eine Schweiz — über jeden Verdacht erhaben“, das viel Staub aufgewirbelt hat. Darin werden die Transaktionen der Schweizer Banken enthüllt, die in der kapitalistischen Welt seit jeher als die zuverlässigsten und solidesten gelten.

Die eifrige Wahrung des Bankgeheimnisses sicherte den Schweizer Banken einen beispiellosen Zustrom des sogenannten flüchtigen Kapitals. Amerikanische Gangsterbosse, mit dem Leben davongekommene Chefs gestürzter volksfeindlicher Regimes überwiesen ihre „Ersparnisse“ schon immer in die Schweiz. Sie ist der Hort von Milliarden des äthiopischen Negus Haile Selassie; von über 500 Mio Dollar des ehemaligen dominikanischen Diktators Trujillo; von Hunderten Millionen Dollars der Saigoner Marionetten und noch immer von Unsummen, die die Rädelshörer des dritten Reiches aus dem Blut und Leid der europäischen Völker gemünzt hatten.

Man darf nicht denken, daß diese Riesenreichtümer da Patina ansetzen. Geld heckt Geld, auch bei den Schweizer Banken und selbst während der Krisen, wenn die Währungssysteme der kapitalistischen Welt in allen Fugen krachen, Konzerne pleite gehen, die Inflation galoppiert und Millionen Werkstätte vor die Tore gesetzt werden. Mehr noch, gerade solche Zustände verhelfen den Schweizer Banken zu Profiten von 20–30%, die auch die größten Industriegesellschaften und Monopole nicht immer ausweisen können! Die „respektabelsten“ Banken der kapitalistischen Welt machen demnach ein Bombengeschäft mit einem Geld, an dem Verbrechen, Schmutz und Blut kleben.

Diese Banken verstößen vom Standpunkt der kapitalistischen Welt weder gegen juridische noch gegen moralische Gesetze; laut schweizerischem Recht schulden sie niemandem Auskunft über Herkunft und Verwendung der Kapitale.

Noch etwas gibt zu denken. Das Finanzkapital benutzt die zusammengerafften Unsummen zu Wuchergeschäften in einem der „ehrenwertesten“ kapitalistischen Länder Westeuropas. Für die bürgerlichen Propagandisten ist die Schweiz seit langem der Inbegriff des Burgfriedens und der sozialen Eintracht, ja das Schlaraffenland



Historiker nach wie vor als den „angesehensten Staatsmann Europas“ verkaufen, war nicht nur der Politiker, der Deutschland „mit Blut und Eisen“ vereinigte. Unter verbrecherischem Mißbrauch seines hohen Amtes hatte er durch Bestechungen, Rafferei und Schieberei ein Riesenvermögen gemacht. So ist der durch Jahrzehnte kultivierte Mythos vom „eisernen Kanzler“ zerfallen.

Engelmans Dokumente fällen ein vernichtendes Urteil nicht nur über Bismarck, sondern auch über die ganze herrschende Klasse des Kapitalismus: Wenn schon der „angesehenste“ Mann ein Schieber und Schmiergeldempfänger war, was ist da von anderen Reichen und anderen Machthabern zu erwarten?

Paradies für „flüchtiges Kapital“

Das frischeste und markanteste Beispiel dafür, wie wenig attraktiv sich auch die „respektabelste“

schlechthin. In Wirklichkeit stellt sich heraus, wie die **Volksstimme** (Wien) schreibt, daß die unerbittlichen und allgegenwärtigen Fangarme des Finanzkapitalismus das schöne Gebirgsland in tödlicher Umklammerung halten und die fleißigen Eidgenossen nicht schlechter als die schonungslosen Industriemonopole auspressen.

Blumen für die Braut

Die Siemens A. G. hat 304 000 Beschäftigte, meist weibliche. Im Siemens-Werk Gladbeck arbeiten z. B. 4000 Werkätige, davon 3300 Frauen. Sie werden schlechter bezahlt als die Männer, die die gleichen Arbeitsgänge ausführen. Aufs Jahr umgerechnet, beträgt die Differenz etwa 1234 DM. Multipliziert man sie mit der Anzahl der Arbeiterinnen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Siemens in Gladbeck allein und an dieser Unterbezahlung



allein über 4 Mio DM im Jahr verdient.

Pier Caminecci, einer der jungen Konzerngewaltigen, ließ aus Südfrankreich 6500 blaßrosa Nelken und 8500 Rosen für seine daraufhin glückstrahlende Braut kommen. Die Dame hätte nie einen Gedanken darauf verschwendet, daß die ihr erwiesene kleine Aufmerksamkeit in gewisser Hinsicht von jenen Frauen bezahlt wurde, die der Konzern ihres jungen Gatten ständig auspowert. Stellen wir die alte Frage wieder: Ist Glück durch fremdes Leid moralisch?

Der Siemens-Umsatz übersteigt 20 Md. DM im Jahr, der Reingewinn beträgt nach den offenkundig frisierten Angaben des Vorstands 506 Mio DM. Experten dagegen schätzen die tatsächliche Gewinnsumme auf 3 Md. DM. Jaja, die Rationalisierung! Sie holt aus Hunderttausenden das Letzte heraus. Hunderttausende andere haben nicht einmal die Möglichkeit zu arbeiten. Trotzdem verkündet

Springers **Hör zu**: „So paradox das klingt: Die“ (zahlreichen Arbeitslosen) „sind eher gut für die Börse. Arbeitslose zeigen, daß die Betriebe rationalisieren. Sie werden produktiver und können besser auf dem Weltmarkt konkurrieren: bessere Geschäfte — höhere Aktienkurse.“

Welch sozialer Zynismus, sich öffentlich über die Arbeitslosigkeit zu freuen, die höhere Aktienkurse ermöglicht! Auch die Redakteure von **Hör zu** sollten sich ein paar Fakten durch den Kopf gehen lassen. In Neuerhede hat eine 27jährige alleinstehende Frau, nachdem sie Arbeit und Existenzmittel verloren hatte, sich und ihren vier Kindern das Leben genommen. In Essen veranstaltete der 38jährige Walter Franke nach 100 Wochen Arbeitslosigkeit einen einwöchigen Hungerstreik auf der Straße, um „auf die verzweifelte Lage der Mehrzahl alter längerfristig Arbeitslosen aufmerksam zu machen“.

Viele Massenmedien der kapitalistischen Industrieländer versichern, an ihrer Arbeitslosigkeit seien die Arbeitslosen selbst schuld: Wer werde entlassen? Doch nur der Faule, der Unqualifizierte, einer, der dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht Rechnung tragen und sich nicht auf einen neuen Beruf umstellen wolle. Stimmt das?

Jean Bodin, ein französischer Buchdrucker, ging aus dem Wettbewerb um den Titel „Der beste Arbeiter Frankreichs“ als Sieger hervor. Präsident Giscard d'Estaing überreichte ihm ein Diplom, in dem Bodin „ein Beispiel für Zuverlässigkeit und berufliches Können für das ganze Land“ genannt wird. Traurig genug: Selbst dieses Zeugnis konnte Jean Bodin keinen Arbeitsplatz verschaffen. Die Unternehmer scheren sich nicht um berufliches Können, sie haben Bodin und Hunderte andere Arbeiter ohne Skrupel entlassen, sobald es ihnen vorteilhaft erschien.

Lüge für alle

Der große Dichter und Freiheitssänger Byron schrieb 1822 voll Bitternis und Schmerz: „Es gab einen Dreißigjährigen und einen Siebzigjährigen Krieg — gab es aber je einen siebzigjährigen oder dreißigjährigen Frieden? Ja auch nur einen eintägigen allgemeinen Frieden?“

Die Erfüllung dieses Traumes ist

erst im 20. Jahrhundert, nachdem sich der Sozialismus in Europa behauptet hat, möglich geworden. Seit mehr als 30 Jahren leben die Völker Europas in Frieden, über den das sowjetische Volk, die Völker der anderen sozialistischen Länder und alle friedliebenden Kräfte Europas wachen. Aber die Kriegsgefahr ist nicht endgültig gebannt. Noch immer geht sie von denselben Kräften aus: von der Großbourgeoisie, die jetzt den Militär- und Industriekomplex gebaute. Dessen aggressive NATO verschlingt Unsummen für die Aufrüstung. Die BRD, das wichtigste militärische und wirtschaftliche Kettenglied der NATO in Europa, hatte besonders in den 70er Jahren rasch ansteigende Rüstungsausgaben: Sie erhöhten sich zwischen 1970 und 1977 von 25,5 Md. auf 50 Md. DM. Insgesamt hat die BRD in der relativ kurzen Zeit ihres Bestehens für Rüstungen die horrende Summe von 598 Md. DM verausgabt.



Zeichnungen D. Agajew

Wäre es nicht humaner, nicht vernünftiger gewesen, wenigstens einen Teil dieser Milliarden dazu zu verwenden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, Schulen und Universitäten zu bauen, Stipendien und Renten zu erhöhen oder Wohnungen für 600 000 Obdachlose zu bauen? Wäre es nicht moralischer gewesen, mit diesem Geld die Inflation und den Preisauftrieb zu stoppen? Das hätte die BRD weiß der Himmel nötig, aber dafür ist kein Geld da: Ihr Militär- und Industriekomplex ist unersättlich. Wie hält sich dieses schmarotzende Ungeheuer? Es ist ja für den Kapitalismus nichts Fremdes, vielmehr gehört es organisch zu ihm.

Es hält sich durch die pathologische Angst vor dem Kommunismus. Sie wird tagaus, tagin, jahraus, jahrein im Westen entfacht, geschürt und kultiviert. Der An-

tikommunismus ist nicht nur die „Grundtorheit unserer Epoche“ (Thomas Mann). Er ist auch ein besonders amoralisches Produkt des Kapitalismus. Der Antikommunismus steht dem jahrhundertealten Traum der Menschen von einer gerechten Gesellschaft unverhohlen feindlich gegenüber, er lügt, er verleumdet, falsifiziert und verzerrt die Ideen und Realitäten des Sozialismus. Seine größte Hoffnung ist Stärke: in Form von unzähligen Panzern, von Atom-, von Wasserstoff- und schließlich von Neutronenbomben.

Dieser Schmarotzer beschmutzt alles, was er auch berührt und für sich einspannt — Bücher zum Beispiel. Sie sind eine der größten Erfindungen des Menschen. Sie dienen den besten Absichten der Menschen und sind der erste Bote von Freundschaft und Verständigung zwischen den Völkern. Viele Bücher erfüllen diese Mission. Davon zeugt u. a. die kürzliche Internationale Buchmesse in Moskau. Doch daneben gibt es Ausgaben wie etwa die heute in der BRD verbreitete Veröffentlichung unter dem Reißertitel „Botschaft aus Moskau“. Solche und ähnliche Machwerke säen vorsätzlich Feindschaft und Mißtrauen zwischen Ländern und Völkern.

Was zuerst auffällt: Das Buch hat keinen Autor, dieser zog es vor, anonym zu bleiben. Aus naheliegenden Gründen, denn wie jeder Schmierfink hat er nur negative und amrale Ziele. Dieser Anonymus schmäht das sowjetische Volk und dessen Errungenschaften

Er will von den Leistungen des sowjetischen Volkes in den 60 Jahren der Sowjetmacht, durch Tatsachen, Zahlen, Dokumente und Zeugnisse realer Personen belegt, gar nichts wissen. Seine „Fakten“ bezieht er aus den Mülltonnen der Hinterhöfe und von gleich lichtscheuen Elementen, die er bei zweifelhaften Tafelrunden auflas: Bei dem Mann von Moral zu sprechen, ist gegenstandslos. Man kann auf verschiedenen ideologischen Positionen stehen, die Lebensweise eines anderen Volkes unannehmbar finden, aber die grundsätzliche Voraussetzung für einen Dialog oder Monolog, erst recht einen gedruckten, ist elementarer Anstand.

Jeder sowjetische Leser hätte für dieses Elaborat höchstens ein

ironisches Lächeln gehabt. Der westliche Leser aber, auf den der Autor es abgesehen hat, ist schlecht informiert. Das weiß unser Anonymus.

Sein Ziel ist unverkennbar. Nach solchen „Botschaften aus Moskau“, wo Urmenschen leben, die im Wachen oder Träumen nur auf die Eroberung der BRD oder auf deren „Sozialisierung“ sinnen, um mal mit Franz Josef Strauß zu reden (siehe oben: „Herstellung der kollektivistischen Sklaverei des Ostens“), ist es unvergleichlich leichter, den Spießer im Zustand permanenter Angst zu halten. Ein auf diese Weise eingeschüchterter Bundesdeutscher wird bei den nächsten Wahlen bereitwilliger gegen die Ostpolitik der heutigen Regierung, aber für die CDU/CSU, für den bajuwarischen „starken Mann“ von der CSU stimmen, der „Großdeutschland“ wiedererstehen lassen will. Das Ziel ist, wie wir sehen, durch und durch pragmatisch.

Dabei fällt es in der BRD, ebenso wie in der Schweiz, in Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan, ja in allen kapitalistischen Ländern immer schwerer, das Unbeweisbare zu beweisen: daß nämlich der Kapitalismus „moralischer“ als der Sozialismus wäre und der Kapitalismus noch Perspektiven hätte. Leonid Breschnew sagte auf der Festsetzung in Moskau zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution: „Die skandalösen Enthüllungen dunkler politischer Machenschaften hochgestellter Persönlichkeiten, ihrer Käuflichkeit, ihres Amtsmißbrauchs und ihrer groben Gesetzesübertretungen schlagen wie Bomben bald in dem einen, bald in dem anderen Land ein und machen die Degeneration der herrschenden Klasse deutlich.“

Die moralische Krise des Kapitalismus ist nichts weniger als zufällig oder eine Anomalie, vielmehr ist sie ein Bestandteil der allgemeinen Krise des Systems, das auf Privateigentum und Ausbeutung basiert. Das kann kein Propagandarummel um Moral und Menschenrechte wegzaubern.

CSSR

Herzliche Aufnahme für eine sowjetische Schriftstellerdelegation in Städten und Dörfern der CSSR... Einer Gruppe von tschechoslowakischen und sowjetischen Wissenschaftlern wurden gemeinsame Preise der sowjetischen und der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften zuerkannt... Die Festspiele der russischen und sowjetischen Dramatik in der ČSSR waren ein großer Erfolg...

Das sind nur ein paar Tatsachen, herausgegriffen aus der Novemberchronik. Nach alter Tradition beginnt zur Zeit des Jubiläums des Roten Oktober in der ČSSR ein Monat der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft. Sie hat tiefe Wurzeln. Im Frühjahr 1925 entstand in Prag eine „Gesellschaft für kulturelle und wirtschaftliche Annäherung an das Neue Rußland“. Ihr stand der bekannte Wissenschaftler und Vertreter der Öffentlichkeit Zdeněk Nejedlý vor. Zusammen mit ihm wirkten die Schriftsteller Marie Pujmanová und Ivan Olbracht sowie der Journalist Julius Fičík. Freunde des jungen Sowjetstaates berichteten die Wahrheit über den Aufbau des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde und halfen, unsere Völker einander näherzubringen.

Fruchtbar ist der Einfluß dieser Freundschaft auf alle Lebensbereiche der heutigen Tschechoslowakei. Davon überzeugt man sich schon an der Grenze, in Čierne Nad Tisou, Trebišov und Humenné. Jahrhundertelang lebte die hiesige Bevölkerung in Armut. Erst der Sozialismus brachte der Ostslowakei ein neues Leben, in Sicherheit und voll Optimismus. Die Zusammenarbeit mit der UdSSR spielte dabei eine ganz besondere Rolle.

Tag und Nacht fahren in Čierne Züge mit verschiedensten Frachten für die ČSSR ein. Von hier aus befördern die für die westeuropäische Schmalspurbahn geeigneten tschechoslowakischen Züge die Güter — insgesamt 9—10 Mio t im Jahr — weiter. Die kleine Grenzstation hat sich zu einem wichtigen Bahnknotenpunkt entwickelt.

Die einst kaum bekannten Dörfer Trebišov und Humenné haben ebenfalls eine Wiedergeburt erlebt. Neben Trebišov besteht heute das große Kraftwerk Vojany, das mit sowjetischem Brennstoff betrieben

SEITEN DES GOLDENEN BUCHES

wird. Nur in einem Jahr erzeugt es heute doppelt soviel Strom wie die ganze bürgerliche Tschechoslowakei 1937. Das Hemlon-Werk in Humenné produziert Chemiefasern auf der Basis sowjetischer Ölprodukte.

Die Tschechoslowakei galt schon immer als typisches Maschinenbau-land. Heute ist es auch ein Chemie-land, wobei die Chemie manchmal in den Vordergrund rückt. Seit drei

taten zu Ehren des Jubiläums. Die Kollektive der tschechoslowakischen Industriebetriebe unterstützen begeistert die Initiative der Maschinenbauer von Csepel, mit besonderem Eifer arbeiteten sie an Gütern, die für die UdSSR bestimmt waren. Ihre Devise hieß, die sowjetischen Aufträge hochqualifiziert und vorfristig auszuführen. Während des Freundschaftsmonats geht



Planjahr fünften wird sie im vor-
rangigen Tempo entwickelt.

Die Bauern der Republik erzielen Hektarerträge, die dreimal so hoch sind wie vor 10–15 Jahren. Dazu verhilft ihnen die Chemie, genauer gesagt, der Kunstdünger und die chemischen Pflanzenschutzmittel. Noch nie waren die tschechoslowakischen Farben und Lacke so leuchtend und unempfindlich, die tschechoslowakischen Autoreifen so strapazierfähig, die Verpackungs-materialien so schmuck und zugleich hygienisch.

In diesem Jahr beging die berühmte Drushba-Pipeline, über die die mit uns befreundeten Länder das sowjetische Erdöl bekommen, ihr 15. Jubiläum. Als die Tschechoslowakei in den 50er Jahren mit umfassender Chemisierung ihrer Volkswirtschaft begann, wußte sie, daß sie diese Aufgabe nicht allein zu bewältigen brauchte: Die RGW-Länder, in erster Linie die UdSSR, sollten die Republik mit Rohstoffen versorgen und ihr einen sicheren Absatzmarkt für die Erzeugnisse der Chemiebetriebe zur Verfügung stellen. So kam es auch.

Der laufende Freundschaftsmonat gilt dem 60jährigen Jubiläum des Roten Oktober. Schon Anfang des Jahres entfaltete sich im Lande eine Massenbewegung für Arbeits-

Das Autowerk von Kopřivnice lieferte 1977 ca. 2000 Tatra-LKW, darunter 300 Lastaufs Marke „Tatra-Arktik“, die auch bei 50° und 60° unter Null einsatzfähig sind. Foto CTK—TASS: Bei der Montage eines 15-t-Lastautos

der Wettbewerb zu Ende. Die Anfang d. J. übernommenen Verpflichtungen werden erfüllt.

Seit drei Jahrzehnten liefert das Rohrwalzwerk Thomutov seine Erzeugnisse in die UdSSR. In diesem Jahr sollte es 205 000 t nahtlose Großstahlrohre für die sowjetischen Besteller erzeugen. Die Belegschaft des Werkes beschloß, die Rohre mit einem Durchmesser von 720 mm bis zum 24. Dezember und die 530-mm-Rohre bis zum 15. Dezember in die Sowjetunion abzufertigen. Das Werk hält sein Wort.

Als die Oktober-Verpflichtungen übernommen wurden, fiel mir auf, daß sich die Belegschaften den künftigen Wettbewerb an die Lösung großer Aufgaben knüpfen.

Hier nur ein Beispiel. Die Bergbauingenieure von Ostrava konnten lange keine Methode finden, an ein Kohlenflöz heranzugehen. Es lagerte fast ein Kilometer tief und war kaum 50 cm mächtig. Es wäre beschwerlich und unrentabel gewesen,

diese Kohle manuell zu fördern, eine Mechanisierung für ein 0,5-m-Flöz war noch nicht erfunden. Das Flöz wurde als Reserve abgeschrieben.

So sollte es allerdings nicht lange bleiben. Der Bergmann von Ostrava L. Sakmar, Held der Sozialistischen Arbeit und Abgeordneter der Föderativen Versammlung der CSSR, überlegte sich gerade, welchen Beitrag seine Brigade zum Oktober-Wettbewerb leisten könne, als man ihm den „weißen Flecken“ auf der Karte des Kohlenreviers Ostrava-Karviná zeigte.

In Sakmars Brigade sind 100 Kumpels, ausgezeichnete, erfahrene Fachkräfte, die sich seit langem auf schwache Flöze spezialisieren.

Am Vorabend des Feiertages berichteten die Kohlearbeiter über ihren Sieg. Das schwierige Flöz wurde restlos ausgearbeitet und ergab über 12 000 t Anthrazit.

Zu Ehren des 60jährigen Jubiläums des Roten Oktober stiftete das Präsidium des Zentralkomitees des Verbands der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft ein Goldenes Buch der Freundschaft, in welches die besten Produktionskollektive und die Helden der Arbeit eingetragen werden sollen, weil sie mit ihrer Tätigkeit das brüderliche Band zwischen unseren Ländern und Völkern fester knüpfen. Die ersten Seiten dieses Buches sind schon ausgefüllt.

Im Verlaufe des jetzigen Freundschaftsmonats fanden ein tschechischer und ein slowakischer Kongreß der entsprechenden Organisationen des Verbandes der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft statt. Die Kongreßdelegierten zogen eine Bilanz aus ihrer fünfjährigen Arbeit. In den 70er Jahren gehört der Verband mit seinen über 2 Millionen Mitgliedern zu den größten Massenorganisationen der CSSR. Er hilft den Bürgern der CSSR, die Sowjetunion besser kennenzulernen, macht sie mit den praktischen Ergebnissen des kommunistischen Aufbaus in der UdSSR und den Plänen des sowjetischen Volkes vertraut.

Am 12. und 13. Dezember wird der 8. Gesamtnationale Kongreß des Verbandes tagen. Er soll ein neues umfassendes Programm annehmen, um die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren Völkern, die auf das gleiche Ziel zugehen, zu festigen.

G. USTINOW
Prag, im Dezember

DER REVOLUTIONSPLATZ

Wladimir SCHUBIN

Er hat viel gesehen, dieser Platz im Zentrum der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba. Er erinnert sich, wie im Februar 1974, als er noch nach dem Kreuz benannt war, Arbeiter und Studenten über ihn marschierten, die Haile Selassies Monarchie ins Wanken brachten; wie 60 000 Studenten und Oberklassenschüler im Dezember 1974 von hier aus in die Dörfer abgingen, um den unterdrückten Bauernmassen zu helfen; wie 100 000 Teilnehmer einer Kundgebung am 1. November v. J. dem revolutionären Äthiopien die Treue schworen und sich für die Freiheit der Völker im Süden Afrikas einsetzten, während die Delegierten der UdSSR, Vietnams, Kubas und anderer Länder sich auf einer internationalen Sonderkonferenz mit der äthiopischen Revolution solidarisch erklärten.

Auf diesem Platz sagte am 4. Februar d. J., nachdem ein Komplott gegen die Regierung vereitelt worden war, Mengistu Haile Mariam, der Vorsitzende des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats, die Offensive gegen die Reaktion an. Hier traten am 25. Juni Zehntausende Volksmilizionäre — Arbeiter und Bauern im Waffenrock — an, um das Regime gegen seine inneren und äußeren Feinde zu verteidigen. Am 12. September, am dritten Jahrestag des Sturzes der Monarchie, ließ der Vorsitzende des Rates von hier aus den Ruf an das Volk erheben, unter Führung einer von den marxistisch-leninistischen Ideen getragenen Partei eine Einheitsfront zu bilden.

Jetzt sind auf dem Platz im Zentrum, der jetzt den stolzen Namen Revolutionsplatz trägt, die Bildnisse von Marx, Engels und Lenin angebracht, weithin zu sehen, nach Anbruch der Dunkelheit von Scheinwerfern angeleuchtet.

„Ein revolutionäres Heimatland oder der Tod“ — das ist jetzt die Devise Äthiopiens. Beim Empfang unserer Delegation vom Sowjetischen Komitee für Afro-Asiatische Ländersolidarität sagte Genosse Legesse Asfau, Mitglied des Ständigen Komitees des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats, in der Ge-

schichte der Revolution sei ein kritisches Augenblick eingetreten. Im Norden seien die eritreischen Separatisten aktiver geworden, an ihren Aktionen nehme Militär einiger reaktionärer arabischer Staaten teil. Gegen Interventen werde im Osten und Süden, in den Provinzen Hararge, Bale und Sidamo, gekämpft. Im Westen operiere die monarchistische

Aurora, die amharisch gesungen werden. Sie klatschten stürmisch Beifall, als Youssouf Ahmed, der Vorsitzende des Komitees für Äthiopisch-Sowjetische Freundschaft und Minister für Verkehrs- und Fernmeldewesen, sagte, daß „die äthiopische Revolution als Bestandteil einer Weltbewegung viel von der Oktoberrevolution gelernt hat und darauf orientiert ist, in Theorie und Praxis den gleichen Weg zu gehen“.

In Gesprächen sagten unsere Freunde wiederholt, das Volk Äthiopiens sei fest entschlossen, die feindliche Einkreisung ebenso zu sprengen, wie es der junge Sowjetstaat seinerzeit tat.



Schützer der Revolution

Foto: A. Nikanorow

In der „Februarsschule“

Die Politische Schule „Yakatit-66“ (so heißt auf dem äthiopischen Kalender der Februar 1974, der Monat, in dem sich die Volksmassen zum offenen Kampf gegen die Feudalmonarchie erhoben) ist in einem Schloß Kronprinz Asfa Wossenass untergebracht. Dieser lebt im Westen, um ihn scharen sich die sogenannten Demokraten — lies: Banditen — von der „Demokratischen Union“, die bewaffnet gegen die Revolution kämpfen. Sie und die sonstigen konterrevolutionären Organisationen werden aber von der Volksmiliz und den Regierungstruppen geschlagen, zu denen jetzt als politische Leiter Absolventen der Politischen Schule, die neuen Schloßherren, gehören.

In einem schlicht eingerichteten Raum, in dem ein von einem äthiopischen Künstler gemaltes Leninbild hängt, empfing uns der amtie-

rende Schulleiter, Hauptmann Aide Ahmad (der Leiter selbst war gerade an der Front). Er erzählte, daß in den zwei Jahren, seitdem die Räume in Klassen umgewandelt und auf dem Hof zwischen den Blumenbeeten bescheidene Unterkünfte für die Hörer gebaut wurden, rund 5000 aktive Arbeiter, Bauern und Soldaten verschiedener Nationalität hier politisch geschult worden sind. Sie erwarben die wichtigsten politischen Kenntnisse, wurden in organisatorischer Arbeit unterwiesen und studierten die Geschichte der Revolutionen, vor allem der Oktoberrevolution. Auch wurden ihnen die Aufgaben erläutert, vor die sich Äthiopien gestellt sieht. Die etwa 500 Hörer aus verschiedenen Provinzen zeigten einen Wissensdurst, der uns nicht entgehen konnte. Ebenso wenig wie ihr Drang, dem Volk zu dienen und die Wahrheit über die Revolution unter den Volksmassen zu verbreiten.

Diese Wahrheit fürchten die Konterrevolutionäre, denen viele Absolventen der Schule zum Opfer gefallen sind, über alles. Im Oktober v. J. zerstörte eine Explosion das Hauptgebäude. Dabei verbrannten Zehntausende von Büchern.

Beim Besuch in der Februarsschule und bei unseren Gesprächen im Provisorischen Büro für Massenorganisationen und in der Informationszentrale der äthiopischen Revolution erkannten wir, wieviel Gewicht in Äthiopien auf die Gründung fortschrittlicher Massenorganisationen gelegt wird.

Ein Bauernland

Äthiopien ist vor allem ein Bauernland. Der Ausgang der Revolution hing und hängt noch jetzt weitgehend davon ab, für wen die Bauern sind. Um so mehr begrüßten wir die Einladung, nach der Stadt Fitche (Provinz Shoa) zu fahren, wo Angehörigen der Volksmiliz bei einer Feier Diplome ausgehändigt werden sollten.

Die Straße aus der Hauptstadt nach Norden schlängelt sich durch gebirgige Landschaft und erreicht nach einer Weile eine hügelige Ebene, deren Boden fruchtbar ist und auf der fast nie Dürre herrscht. Aber selbst die gabenreiche Natur hat dem äthiopischen Bauern kein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Jahrhunderte war er von Feudalherren geknechtet und mußte ihnen bis zu 75% seiner Ernte abliefern. Zwei Drittel des urbaren Landes gehörten der kaiserlichen Familie und

Feudalherren, 30% dem höchsten äthiopischen Klerus. Schwer trugen die Bauern an der Herrschaft der Feudalherren, von denen sie jederzeit von ihren Parzellen vertrieben werden konnten.

Obwohl das noch nicht lange her ist, sind die Wandlungen nicht zu verkennen. Nur zweimal sahen wir, daß sich alte Frauen bis zur Erde verneigten, wie sie es von jeher vor jedem Vertreter der Macht zu tun gewöhnt sind, als wir mit unseren PKWs und der Jeep mit den Wachen durch Dörfer kamen. Die Bauern haben sich aufgerichtet und sehen unverzagt in die Zukunft, denn ihr Traum vom Grund und Boden hat sich erfüllt.

Die Verstaatlichung des Grund und Bodens und seine Verteilung unter die Kleinbauern hat diese zu treuen Anhängern der Revolution gemacht. Die Lage der Landbevölkerung verbessert sich, die Ausbeutung gehört immer mehr der Vergangenheit an. In den meisten Gebieten sind Bauernverbände entstanden, Keimformen der neuen Macht im Dorf.

Das Fest in Fitche umfaßte außer der Überreichung der Diplome eine Parade und Ansprachen. Großen Beifall bei den Leuten, die aus dem ganzen Umkreis gekommen waren, fand eine Aufführung von Soldaten. Sie stellte die Festnahme des in die Berge geflüchteten Feudalherrn und die Fahndung nach einem Terroristen dar, der einen Revolutionär ermordet hatte.

Auch die Lösungen, die die Soldaten im Takt riefen, ließen erkennen, daß sie hohes politisches Bewußtsein haben und wissen, daß die Revolution jetzt ein schwieriges Stadium durchmacht. Diese Lösungen lauten: „Sofort das Volk bewaffnen!“ — „Mit den Feinden von draußen werden wir fertig, uns bekümmern die Vorgänge im Land“ usw. Wir haben uns davon überzeugt, daß das 30-Millionen-Volk entschlossen ist, die Errungenschaften aus der Revolution zu behaupten und die Unantastbarkeit seines Saates zu schützen.

Auf unserer Reise mit Mitgliedern des Verwaltungsrats, Hauptmann Kassaye Aragau und Obersergeant Gizeu Woldemariam, begleitete uns auch der Hauptverwalter der Provinz Shoa, der junge, energische Makonnen Jote. In Moskau hat man ihn als einen der besten Studenten der Tierärztlichen Akademie und Leiter der Landsmannschaft äthiopischer Studenten in guter Erinnerung. Mit genauer Kenntnis und einem Ver-

antwortungsgefühl für alles, was in dieser großen Provinz mit ihren fast 5 Millionen Einwohnern geschieht, erzählte er uns von den Erfolgen und Schwierigkeiten der Revolution, davon, wie im Raum Fitche lange die Bande des Feudalherrn Mamo Wossena ihr Unwesen trieb, wie die Einwohner aufatmeten, als sie geschlagen und der Räderführer hingerichtet war, den die Schuld am Tode vieler Mitglieder der Bauernverbände traf.

Genosse Makonnen erzählte voll Wärme von seiner Bekanntschaft mit den ersten Sowjetbürgern in Krasnodar, wo er eine Vorbereitungsfakultät absolvierte, und von den fünf Jahren seines Studiums in Moskau. Er wäre gern wieder einmal nach Moskau gefahren und versprach zu kommen, sobald die Konterrevolution endgültig niedergeschlagen sei. Vor kurzem kam die Schreckensbotschaft, daß ihn gedungene Mörder getötet haben.

In Äthiopien zitiert man oft Lenins Worte: „Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht.“ Den Terror der Rechten und der „Ultralinken“, die gleichermaßen mit der amerikanischen CIA verbunden sind, beantworten die Massen mit der Aufstellung der Volksmiliz und damit, in den Städten Komitees zum Schutz der Revolution zu bilden. Fast in allen Bezirken von Addis Abeba bestehen schon bewaffnete Trupps von Ordnungshütern.

Zwar wird die nächtliche Stille in der Hauptstadt manchmal noch durch MPI-Salven gestört, aber es ist in Addis Abeba doch merklich ruhiger als z. B. vor einem Jahr, bei meinem ersten dortigen Aufenthalt.

Die äthiopische Revolution hat bewiesen, daß sie sich zu verteidigen versteht. Immer seltener bringen die imperialistischen Propagandaorgane Nachrichten über angebliche Erfolge der „Befreiungsfronten“, reaktionärer separatistischer Gruppierungen, die sich gegen die wirklichen Interessen aller Völker und Völkerchaften Äthiopiens wenden.

Ein schonungsloser Kampf, der höchste Einsatzbereitschaft, Organisierteit und Opferwilligkeit fordert, ist in Nord, Ost und West sowie im Landesinnern im Gange. Die Revolution, die von den Werktätigen Addis Abebas begonnen wurde, geht unter Führung des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats im Lande weiter.

Addis Abeba—Moskau

NORD-SÜD-DIALOG: IN DER SACKGASSE

Artjom WLADIMIROW und Viktor ANTONOW

Die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gehört nach wie vor zu den aktuellsten Gegenwartsfragen. In seinem Interview für *Le Monde* im Juni d. J. betonte Leonid Breschnew, daß „die Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf der gerechten Basis von Gleichberechtigung und gegenseitigem Vorteil, von Nichtdiskriminierung den Interessen jedes Volkes sowie den Interessen der Festigung von Frieden und internationaler Sicherheit entspricht, obwohl das den Kapitalismus nicht vor Krisen schützt“.

Dieser Fragenkreis wurde sowohl auf der eigens zu diesem Zweck verlängerten und erst im September abgeschlossenen 31. als auch auf der laufenden, 32. UNO-Vollversammlung heftig diskutiert. Es ging vor allem um die Ergebnisse der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, die mehr als anderthalb Jahre lang in Paris regelmäßig tagte.

Der Westen laviert

Diese Konferenz wurde im Westen vorgeschlagen, als die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den Kampf um ihre Interessen im Welthandel aktivierten. In gemeinsamen Anstrengungen der sozialistischen Länder und der Entwicklungsstaaten in der UNO wurden programmatische Dokumente über eine Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen angenommen: die Deklaration über die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, das Aktionsprogramm, die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten u. a.

Als die Westmächte sich in der UNO und anderen internationalen Organisationen der geschlossenen Front der antiimperialistischen Kräfte gegenüberstehen, griffen sie zu Manövern. Sie versuchten, den Kampf um die internationalen Wirtschaftsprobleme in die Bahn der Pariser Konferenz zu lenken, beschränkten im voraus deren Teilnehmerzahl und hielten praktisch die meisten Entwicklungsländer aus den

Verhandlungen heraus. Zudem bauschten sie die Differenzen zwischen den Erdölexporteuren und den übrigen Entwicklungsländern auf und unternahmen nicht wenig, um die reaktionären, proimperialistischen Regimes zu aktivieren und die Entwicklungsländer zu Konflikten anzustacheln.

Diesen Ländern redete man ein, in einem ruhigen Dialog könnten sie von den imperialistischen Staaten eine viel größere „Hilfe“ erhalten.

Daß solche Hoffnungen illusorisch waren, lag von Anfang an auf der Hand. In der Erklärung der Sowjetregierung vom 4. Oktober 1976 hieß es, der Kurs auf die weitere und noch härtere Ausbeutung der Entwicklungsländer durch den Imperialismus bleibe unverändert, und es sei „nicht damit zu rechnen, seine Aufgabe mittels Gruppenverhandlungen zu erzwingen, selbst wenn dem Mechanismus dieser Verhandlungen der Schein einer Gleichberechtigung verliehen wird“. Das Leben zeigte, daß diese Einschätzung richtig war.

In Paris unterbreiteten die Delegationen von 19 Entwicklungsländern mehrere Vorschläge — über so akute Probleme wie die Herstellung eines gerechten Preisverhältnisses bei Rohstoffen und Industriegütern, die Revision der Welthandelsbedingungen zum Abbau der diskriminierenden Beschränkungen, die Erleichterung der Schulden der Entwicklungsländer an den Westen, den Zutritt dieser Länder zu den Märkten der Industriestaaten, die Anlegung eines Fonds für die Regelung der Rohstoffpreise und für den Schutz der Wirtschaft der Entwicklungsländer vor den Krisenerscheinungen, die Gewährung moderner Technologien an diese Länder, die Einführung einer Kontrolle über das Wirken der multinationalen Gesellschaften usw.

Die acht Delegationen, die auf der Pariser Konferenz den kapitalistischen Westen vertraten, wichen einer gründlichen Behandlung dieser Vorschläge aus, verlegten sich vielmehr auf politisches Lavieren und zogen die Verhandlungen in die Länge.

Während die Pariser Konferenz tagte, arbeitete der Westen an seinen Positionen. Diesem Zweck galten die vertraulichen Gipfeltreffen der wichtigsten kapitalistischen Staaten in Rambouillet (November 1975), Puerto Rico (Juni 1976) und London (Mai 1977).

Die Vertreter einiger Westmächte versuchten, die Entwicklungsländer und die sozialistischen Staaten gegeneinander auszuspielen. Entgegen der wirklichen Sachlage redeten sie immer häufiger davon, daß die sozialistischen Staaten der dritten Welt wirtschaftlich eine „gleichgroße“ Unterstützung schuldeten, und forderten diese Staaten scheinheilig dazu auf, „ihre Pflicht zu tun“ und den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ihre Rückständigkeit überwinden zu helfen.

Eine solche Fragestellung soll den Westen von seiner Verantwortung für das Elend der Völker in den Entwicklungsländern reinwaschen. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten haben mit dem imperialistischen Raubbau an den Reichtümern der Entwicklungsländer nichts gemein, sie bekämpfen stets die imperialistische Ausbeutung der Völker dieser Länder und fördern beträchtlich deren wirtschaftliche Entwicklung.

Die Versuche der Westmächte, die Lösung der auf der Tagesordnung der Konferenz stehenden Probleme hinauszögern, stießen auf Verurteilung in der dritten Welt. So stellte die V. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Colombo mit Sorge fest: „Auf der Pariser Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde kein Fortschritt erzielt.“

Pérez Guerrero, Ko-Präsident dieser Konferenz, betonte in einer Erklärung im Auftrag der 19 Entwicklungsländer, der Westen habe keine konstruktiven Vorschläge eingebracht, die den wichtigsten Interessen der Entwicklungsländer (Schutz ihrer Kaufkraft und ihrer Exporteinkünfte, Zutritt zu den Absatzmärkten, Erhalt der modernen Technologien) entsprächen.

Das geschlossene Vorgehen der Entwicklungsländer auf den Verhandlungen in Paris nötigte die Westmächte zu teilweisen Zugeständnissen. So stimmten sie im Prinzip dem Plan zu, einen gemeinsamen Fonds zwecks Stabilisierung der Rohstoffpreise und Erhöhung der Entwicklungshilfe anzulegen, und versprachen, den ärmsten Ländern eine Milliarde Dollar zu gewähren.

Aber alles in allem löste die Pariser Konferenz kein einziges der Schlüsselprobleme bei der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter, paritätischer Grundlage. Auf diese Weise beurteilten auch die Entwicklungsländer die Konferenzergebnisse.

Somit geriet der „Dialog“ zwischen dem kapitalistischen Westen und den Entwicklungsländern in eine Sackgasse.

Der Mißerfolg in Paris wirkte zweifellos ernüchternd auf jene Vertreter der Entwicklungsländer, die noch die Illusion hegten, die Ausbeutung ihrer Länder könne durch Kompromisse mit den imperialistischen Mächten „gütlich“, ohne den aktiven Kampf gegen die neokolonialistische Politik, beseitigt werden.

Die Probleme bleiben

Auf der verlängerten 31. UNO-Vollversammlung artete die Erörterung der Ergebnisse der Pariser Verhandlungen vom September 1977

entwurf der Entwicklungsländer enthielt den Aufruf, das UNO-System für alle Verhandlungen betreffend eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu nutzen, sowie den Hinweis, daß die UNO das geeignete und durchaus repräsentative Forum für solche Verhandlungen sei.

Wegen der heftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Westen und den Entwicklungsländern faßte die 31. Vollversammlung keinen Beschuß über dieses Problem und delegierte ihre Fragen an die 32. Vollversammlung. Daß die Diskussion auch auf ihr nicht ruhig ist, beweist der Umstand, daß fast 100 Delegierte der laufenden Vollversammlung zum Thema neue internationale Wirtschaftsordnung Stellung genommen haben. Nach Meinung ausländischer Beobachter käme jetzt eine Zeit ausgesprochener Konfrontation zwischen den Entwicklungsländern und den wichtigsten kapitalistischen Staaten in bezug auf die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

entschieden die Versuche zurück, die Wirklichkeit zu verzerrn und die sozialistische Welt ohne jeden Grund in das Schema „Reiche Länder — arme Länder“ einzubauen. Das hieße ja, zwischen den sozialistischen und den imperialistischen Staaten ein Gleichheitszeichen zu setzen.

In der UNO-Vollversammlung wurde erneut kategorisch erklärt: Es gibt keine Gründe, die sozialistischen Länder für die Folgen des Kolonialismus, für die verderbliche Auswirkung der noch immer bestehenden Ungleichheit in den Wirtschaftsbeziehungen auf die Entwicklungsländer und für die schwere Last der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die die jungen Staaten schwer bedrückt, verantwortlich zu machen.

Das größte Hindernis für eine radikale Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf demokratischer Grundlage ist die Position der Monopolkreise in den kapitalistischen Staaten. Es ist unrealistisch, zu glauben, daß sie infolge enger Gruppenverhandlungen diese Position aufgeben.

In der Erklärung der sozialistischen Länder wurde hervorgehoben, daß die Pariser Konferenz außerhalb des UNO-Rahmens stattfand, begrenzten Charakter hatte und ohne die sozialistischen Länder verlief, so daß sie ihre Beschlüsse nicht als bindend betrachten.

In der Erklärung der Sowjetregierung über die volle Beseitigung der Überreste von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid (der Wortlaut wurde als offizielles Dokument auf der 32. UNO-Vollversammlung verbreitet) hieß es, die Sowjetunion sei dafür, im UNO-Rahmen umfassende konstruktive Maßnahmen zu einer gerechten und demokratischen Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auszuarbeiten.

Zweifellos wird eine wirksame Lösung der aktuellen Probleme einer solchen Umgestaltung wesentlich vom Grad der Aktivität und Geschlossenheit der Entwicklungsländer im konsequenten Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung abhängen, ferner davon, wie sie den Versuchen entgegentreten werden, ihnen ein neokolonialistisches Modell der „neuen Wirtschaftsordnung“ aufzuzwingen, sowie von der weiteren Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungstaaten und den sozialistischen Ländern.

Standpunkt der sozialistischen Länder

Ein rationeller Weg zur Lösung der Probleme einer solchen Umgestaltung wurde in der Erklärung der Sowjetregierung vom 4. Oktober 1976 dargelegt. Als die 31. Vollversammlung wiederaufgenommen wurde, hieß es in einer Erklärung, die der Vertreter Bulgariens im Auftrag der sozialistischen Länder abgab, die demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die Beseitigung von Diskriminierung, Diktat und Ungleichberechtigung in ihnen seien ein Gebot der Stunde. Die internationale Entspannung biete neue Möglichkeiten dafür, das System der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung, das noch in der Epoche des Kolonialismus entstand, umzuwandeln.

Die sozialistischen Länder unterstützen den Kampf für eine neue internationale Wirtschaftsordnung, in dem die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer grundlegenden Veränderung der heutigen Beziehungen zwischen ihnen und den kapitalistischen Industriestaaten ihren Niederschlag finden.

Die sozialistischen Länder weisen



Zeichnung D. Agajew

in einen heftigen politischen Meinungsstreit aus. Die Westmächte beurteilten sie positiv, die Entwicklungsländer übten scharfe Kritik. Sie forderten zu neuen entschiedenen Anstrengungen auf, um in allen Fragen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu bestimmten Terminen praktische Resultate zu erzielen. Ein Resolutions-

SCHRITTWEISE INTEGRATION

Vitali LEWIN

Die Länder Lateinamerikas legen immer mehr Gewicht auf eine enge re regionale Wirtschaftszusammenarbeit.

In Santo Domingo hat die zweite Tagung des Komitees für Entwicklung und Zusammenarbeit der Karibikländer darüber sowie über Probleme debattiert, die mit einer Änderung des Systems der weltwirtschaftlichen Beziehungen zusammenhängen. In einem Kommentar zu den Ergebnissen der in Caracas abgehaltenen 3. Ratstagung des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (SELA) betonte Héctor Hurtado, der Finanzminister von Venezuela, das SELA befindet sich jetzt im Stadium konkreter Maßnahmen. Das zeugt vom Bestreben der Länder Lateinamerikas, ihrer Abhängigkeit von den US-Monopolen ein Ende zu bereiten und ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen.

Ein wichtiges Gremium, in dem die Probleme der Länder Lateinamerikas erörtert worden sind, war die 17. Tagung der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA) in Guatemala. Eine regionale Konferenz auf Ministerebene in Caracas konstatierte die Notwendigkeit der Planung bei der Lösung so dringender Probleme wie der Behebung von Not, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel sowie der Industrialisierung. Auf der turnusmäßigen Konferenz der Sonderkommission für Konsultationen und Verhandlungen (CECN) in Buenos Aires standen die Zollschränke für Waren Lateinamerikas in den USA zur Debatte, und schließlich hatten einige bilaterale Zusammensüchte lateinamerikanischer Staatschefs Fragen einer lateinamerikanischen Integration zum Thema.

Heute sind sich in Lateinamerika viele darüber klar, daß eine Lösung dieser Probleme mit einem Gesunden des weltpolitischen Klimas zusammenhängt. Wie die ECLA-Tagung feststellte, gibt der Prozeß der internationalen Entspannung Veranlassung zu glauben, daß sich die Ideale des Friedens, der Verständigung und Zusammenarbeit durchset-

zen werden. Dem günstigen Einfluß der Entspannung auf die Lage südlich des Río Grande ist jedoch mancherlei hinderlich. Die Vertreter Kubas, Panamas, Mexikos und einiger anderer Länder betonten auf der Tagung, ein Hauptfaktor der Situation auf dem Subkontinent sei nach wie vor die Herrschaft fremder, vor allem nordamerikanischer Monopole. Bisher haben sich die kapitalistischen Industrieländer nicht bereit gezeigt, gerechte Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern Lateinamerikas herzustellen, und gehen Vereinbarungen aus dem Wege, die ihre Kontrolle über deren Wirtschaft lockern könnten.

Infolgedessen ist eine Situation entstanden, die, dem argentinischen *Clarín* zufolge, „Ungewißheit hinsichtlich der wirtschaftlichen Aussichten Lateinamerikas überhaupt“ entstehen lasse. Auf der CECN-Konferenz wurden die folgenden besorgnisregenden Zahlen genannt: Der Jahreszuwachs des Bruttosozialproduktes dieser Region (mit Ausnahme Kubas) ist zwischen 1970—1974 und 1975 von 6,9 auf 2,6% gesunken, während die Lebenshaltungskosten zwischen 1971/72 und 1975 im Jahresdurchschnitt von 17 auf 61% gestiegen sind und 10—15 Millionen Personen keine Arbeit haben.

Héctor Hernández, der Vertreter Mexikos auf der ECLA-Tagung, hatte alle Ursache zu erklären: „Unsere Entwicklungsstrategie verlangt, daß wir sowohl unsere binenwirtschaftliche Politik ändern, damit die dringlichsten Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden können, als auch unsere außenwirtschaftlichen Verbindungen durch Aufhebung der Diskrimination und des Diktats.“

Solche Klagen werden jetzt in der Presse vieler lateinamerikanischer Länder sehr häufig laut. Sie zeugen davon, daß man über die einseitige Ausrichtung des Außenhandels Lateinamerikas auf die USA und ihre westeuropäischen Partner immer ungeholtener ist. In weiten Kreisen der Geschäftswelt, ebenso wie in politischen und in Regie-

rungskreisen kritisiert man die ständige Abhängigkeit von der Nachfrage und vom Angebot eigenwilliger Handelspartner, von ihrer Zoll- und Valutapolitik und ihrem außenpolitischen Diktat.

Die entstandene Lage wird immer folgenschwerer. Wie aus einem Bericht der ECLA hervorgeht, hatten 23 Länder Lateinamerikas (Kuba ausgenommen) 1976 ein Handelsdefizit von rund 5 Md. Dollar. Im gleichen Jahr wurden aus den Ländern dieser Region als Gewinne von Investitionen und andere Zahlungen über 7 Md. Dollar ins Ausland überwiesen.

Die Solidarität der Länder Lateinamerikas ist unerlässlich für die Lösung eines für sie so wichtigen Problems wie die Erhöhung des Hoheitsrechts über ihre Naturschätze. Auch hier wird nach allgemein annehmbaren Formen für die Zusammenarbeit gesucht. Eine hat unlängst der Präsident von Mexiko und sein kostarikanischer Kollege vorgeschlagen: Man solle eine lateinamerikanische Front zum Schutz der Rohstoffpreise und Naturschätze des Subkontinents gegen die Ausbeutung durch US-Monopole bilden.

In Lateinamerika wird immer mehr der Forderung zugestimmt, das Gebaren der Multis wirksamer zu kontrollieren und es den Interessen der Länder sowie den Entwicklungszügen der Region unterzuordnen. Präsident Carlos Andrés Pérez von Venezuela hat das Problem so umrisse: „Entweder vereinigen wir Lateinamerikaner uns um des eigenen Wohlergehens willen, oder die Multis vereinigen uns um ihres eigenen Wohlergehens willen.“

Anfang Mai konferierten in New York die Vertreter der lateinamerikanischen UNO-Mitgliedstaaten, die auch dem SELA angehören, und nahmen eine Urkunde an, in der die wichtigsten Grundsätze für das Verhältnis mit den Multis festgesetzt sind. Diese werden aufgefordert, die nationale Souveränität der betreffenden Länder zu respektieren und sich deren Gerichtsbarkeit unterzuordnen; den Interessen und Zielen der nationalen Entwicklung den Vorrang einzuräumen und sie zu fördern; das Nationalvermögen und die nationalen Kulturgüter zu achten; sich jeder Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zu enthalten. Besonders ist hervorgehoben, daß die Konzerne „nicht die Hilfe der Regierungen ihrer Länder in Anspruch nehmen dürfen, um be-

schränkende Maßnahmen zu ergreifen, die die Interessen ihrer Aufenthaltsländer schmälern könnten, und mit ihren Zweigstellen keine Abmachungen über künstliche Preise zu treffen, um mit deren Hilfe den Markt zu beherrschen".

Wichtig sind die in dem Dokument enthaltenen Forderungen, „sich an die Gesetze, Bestimmungen und Vorschriften zu halten, die die Staaten erlassen, um die Auslandsinvestitionen zu überwachen und zu regulieren"; „durch den Export ihrer Erzeugnisse Devisen ins Land zu bringen und durch Einschränkung des Imports zur Ansammlung von Devisen beizutragen"; „die Maßnahmen zu respektieren, die die Länder treffen, um Know-how zu bekommen".

Der letztgenannte Punkt richtet sich direkt gegen die Versuche der Auslandskonzerne, einen Modus für den Verkauf des Know-how einzuführen, der, wie die US-Zeitschrift *Business Week* schreibt, „an sich schon ein profitables Geschäft ist".

Auf der New Yorker Konferenz sind also — erstmalig in der Geschichte Lateinamerikas — die Grundsätze festgelegt worden, nach denen die Auslandsinvestitionen auf dem ganzen Subkontinent zu regulieren sind. Es wird sich zeigen, ob alle Länder, die das Dokument unterschrieben haben, gewillt sind, beharrlich und konsequent auf die Erfüllung der darin enthaltenen Forderungen hinzuwirken. Aber schon jetzt kann man sagen, daß beim Anbahnen einer Zusammenarbeit an der Lösung lebenswichtiger regionaler Probleme ein großer Schritt getan ist.

Ein Schwerpunkt unter ihnen ist die Ernährungsfrage. In den Schriftstücken der ECLA und der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft heißt es, daß 1975 in Lateinamerika über 50 Millionen unterernährt waren und daß diese Zahl bis 1985 auf 85 Millionen steigen werde, falls man keine Abhilfe schaffe. Angaben des SELA zufolge gehören zu den Bevölkerungsgruppen, die unter kalorienarmer Nahrung leiden, die Kinder im Schulalter, Kranke sowie Jugendliche und Erwachsene aus gering besoldeten Familien.

Bis unlängst führten die Regierungen der zum SELA gehörenden Länder einzeln Programme zur Lösung dieses Problems aus. Jetzt ist im Rahmen des SELA auf Initiative Venezuelas ein Aktionskomitee für Nahrungsmittelproduktion und -ver-

teilung gebildet worden, das seinen Sitz in Caracas hat. Es hat Programme für die Erzeugung, den Absatz und die Verteilung proteinreicher Nahrungsmittel aufzustellen.

Die 3. Ratstagung des SELA hat zur Bereinigung der Ernährungsfrage beschlossen, Arbeitsausschüsse zu bilden: in Uruguay für die Erzeugung von Fleisch- und Milchprodukten, in Argentinien für Getreide und Ölfrüchte, in Peru für Meeres- und Süßwasserprodukte. Die Tagung stellte fest, daß die neuen Ausschüsse die Integration beschleunigen und die Erfüllung der Pläne ermöglichen werden, die bei der Gründung des SELA aufgestellt wurden. Diese Pläne sollen die Deckung des Bedarfs der Millionen Lateinamerikaner fördern, die immer noch unterernährt sind und hungrig, sie sollen Lateinamerika von anderen Nahrungsmittelmärkten unabhängiger machen.

Im Rahmen des SELA bestehen neuerdings auch einige andere Arbeitsausschüsse: in Ecuador für den Bau von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden, in Mexiko für die Erzeugung von Düngemitteln und in Honduras für die Papierfabrikation.

Die Praxis lehrt, daß das Wirken des SELA den Integrationsprozessen keineswegs zuwiderläuft, die früher in Lateinamerika einsetzen. Es ist von Anfang an bemüht, einen regen

Kontakt mit den anderen Wirtschaftsvereinigungen der Region aufzunehmen. Gefährdet ist die lateinamerikanische Integration von anderer Seite, vor allem von den Handlangern des Imperialismus, die sie von innen her zu hintertreiben versuchen. Man weiß z. B. allgemein, daß es die chilenische Junta darauf anlegt, die Integrationsprozesse zu stören, und daß sie den gemeinsamen Bemühungen der Länder dieser Region entgegengewirkt, den Plünderungen der Multis Schranken zu setzen.

Die fortschrittlichen Kreise Lateinamerikas sehen ihre Hauptaufgabe darin, derlei negativen Tendenzen Widerstand zu leisten und die Beziehungen zwischen den Ländern des Subkontinents im Sinne größerer Solidarität und Einheit sowie einer rechtsgleichen Zusammenarbeit auszudehnen. Die jüngste ECLA-Tagung hat z. B. in ihrem Hauptreferat den Handel und die Wirtschaftsverbindungen Lateinamerikas mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern sowie ihre Beziehungen zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe speziell ins Auge gefaßt und Befriedigung darüber geäußert, daß sich gute Kontakte mit den sozialistischen Ländern anbahnen. Auch enthält das Dokument die Aufforderung, diese Kontakte noch enger zu gestalten.

BIOGRAPHISCHES



**Panayotis
Papaligouras**

1917 auf Korfu geboren. Hat in Athen und Genf die Rechte studiert. Ab 1946 wurde er auf der Liste bürgerlicher Rechtsparteien

AUSSENMINISTER IN DER ENDE NOVEMBER GEBILDETEN GRIECHISCHEN REGIERUNG IST PANAYOTIS PAPALIGOURAS

mehrmals ins Parlament gewählt und bekleidete eine Anzahl von Regierungsposten. Von 1952 bis 1954 war er stellvertretender Handelsminister und dann Minister, 1954 und 1955 Minister für Koordination, 1956—1958 Minister für Handel und Industrie und 1961—1963 wieder Minister für Koordination. Vor dem Obristenputsch, im April 1967, war er Verteidigungsminister. Unter der Militärdiktatur war er Verfolgungen ausgesetzt.

Nach deren Sturz im Jahre 1974 leitete Papaligouras eine Zeitlang die Bank von Griechenland und wurde im November

des gleichen Jahres als Abgeordneter von der Partei Neue Demokratie Mitglied der Regierung Karamanlis, u. zw. Minister für Koordination und Planung.

Papaligouras setzte sich für den baldigsten Beitritt Griechenlands „als vollberechigtes Mitglied“ zur EWG ein. Zugleich befürwortete er eine engere allseitige Zusammenarbeit Griechenlands mit den sozialistischen Ländern, in erster Linie mit der UdSSR.

In dem nach den Novemberwahlen gebildeten neuen Kabinett Karamanlis ist Papaligouras Außenminister.

EXPERIMENTE AN MENSCHEN

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Das Verfahren gegen Richard Helms, der von 1966 bis 1973 Chef der CIA war, ist allem Anschein nach endgültig eingestellt worden. Die Anklage gegen ihn war schwer: Er war überführt, den Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wissenschaftlich belogen zu haben, ihm sei nichts davon bekannt, daß sich die CIA 1973 in die Angelegenheiten Chiles eingemischt hätte. Später kam ans Licht, daß sie für den Putsch und den Sturz des legitimen chilenischen Präsidenten Salvador Allende 8 Mio Dollar ausgegeben hatte.

Nach langem Hin und Her, in das auch das Weiße Haus verwickelt wurde, griff man zu dem juristischen Trick, Helms die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht abstreiten zu lassen und ihn daraufhin von Aussagen zu dispensieren. Das am 4. November gefällte Urteil lautet auf 2000 Dollar Geldstrafe und zwei Jahre Gefängnis mit Bewährungsfrist. Von Reportern befragt, nannte Helms das Urteil einen Verdienstorden.

Ja, er ist stolz darauf. Doch die hiesige Presse ist in um so größerer Verlegenheit, zu erläutern, wie sich das großspurige Gerede von einem unvoreingenommenen Verfahren mit der auffallenden Tatsache verträgt, daß die Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Länder totgeschwiegen werden. Die endlosen Erklärungen, daß die Sicherheitsinteressen über das Gesetz gingen, können nicht über das im Fall Helms zutage getretene Faktum hinwegtäuschen, daß der CIA von amtlicher Seite freie Hand zu Wühlakten und zu noch so gesetzwidrigen Operationen gelassen worden war.

Oberst Whites Tagebuch

Die gleiche Absicht, Spuren zu verwischen, zeigt sich in einem anderen die CIA betreffenden Fall, damit zusammenhängend, daß

Rauschgifte, auch so starke wie LSD, zur Hirnwäsche verwendet werden. Die Sache kam rein zufällig ans Licht — die Akten über diese „Tätigkeit“ der CIA waren vor einigen Jahren auf Veranlassung von Helms vernichtet worden. Der Senat führte 1975 und 1976 eine Untersuchung durch, bei der Unterlagen, aus denen unmißverständlich hervorging, daß umfangreiche Experimente mit Rauschgiften gemacht wurden, in der Finanzabteilung der CIA entdeckt wurden. Die Untersuchung war aber kurz und oberflächlich.

Die Geschichte wiederholte sich im vergangenen Oktober, als im Kapitol die Beteiligung der Forschungszentralen vieler Hochschulen an den gesetzwidrigen Experimenten erörtert wurde. „Obwohl der Kongreß schon drei Tage darüber debattiert“, schreibt die *New York Times*, „weiß noch niemand, in welchem Umfang bedeutendste Universitäten zu den Bewußtseinskontrollexperimenten herangezogen wurden, die die CIA in den 50er und 60er Jahren vornahm.“

Fast unbeachtet ist auch das kürzlich in einem kleinen College bei San Francisco gefundene Tagebuch Oberst George Whites geblieben, der bei der CIA und im Büro für Rauschgiftbekämpfung hohe Posten innehatte und die Ausführung des Programms für Rauschgiftexperimente an Menschen leitete. Dieses lief, wie aus dem Tagebuch erhellte, 1943 an. Später wurden in New York und San Francisco Absteigequartiere gemietet, in die mit der CIA verbundene Rauschgifthändler und Prostituierte nichts ahnende Leute führten. Rauschgifte und andere Präparate waren den dort reichlich vorrätigen Zigaretten und Spirituosen zugesetzt. Heute ist nicht mehr festzustellen, wie viele Menschen durch diese Absteigequartiere Whites gegangen sind. Jedenfalls besagt das Tagebuch, daß die Operation über 20 Jahre dauerte.

Die unkontrollierte, massenhafte Verwendung von Nervenpräparaten konnte für Hunderte einen tödlichen Ausgang haben. Die CIA hält noch viel geheim, es steht aber fest, daß ihr Zivilangestellter Frank Olson in New York aus einem Hotelfenster sprang, nachdem er eine Dosis LSD geschluckt hatte. Tödlich ging für Harold Blauer, einen Tennisprofi, ein Experiment mit Nervenpräparaten aus. Bekannt ist ferner, daß



Aus „Daily World“ (USA)

ziemlich viele, die in den Händen der CIA waren, mit plötzlichen rätselhaften Erkrankungen in Krankenhäusern eingeliefert wurden. Unlängst schrieb die *Washington Post* über einen gewissen James Thornwell, der arbeitsunfähig wurde, nachdem er während seines Militärdienstes drei Monate lang unter Verwendung von Narkotika verhört worden war.

Die gesetzwidrigen Experimente waren groß aufgezogen. Die CIA be-

faßte sich sogar mit Opiumlieferungen nach den USA, wovon beim Kongreß vorliegende Aktenstücke zeugen. In einem Bericht des Repräsentantenhauses heißt es: „Daß die CIA mit der geheimen Kontrolle über den Rauschgiftvertrieb beauftragt wurde, ist nachgerade komisch, weil sie ja den Lieferanten unter die Arme griff. Faktisch erleichterte sie die Rauschgiftlieferungen nach dem USA, verkroch sich aber immer hinter den Geheimhaltungsbestimmungen und behauptete, alles geschehe im Interesse der Landessicherheit.“ Über das Programm schrieb Oberst White, die CIA habe Interesse an „bestimmten Fakten und Informationen über die Verwendung und Wirkung Halluzinationen auslösender Präparate gehabt. Die Versuche wurden an darüber informierten und uninformierten Menschen in Kliniken und ambulant angestellt.“

Mordexperten

Whites Tagebuch läßt tief blicken. Erstens begannen die Experimente an Menschen mit Narkotika und anderen Präparaten nicht im kalten Krieg, sondern viel früher. Zweitens wurden sie mit Gesunden angestellt, die nichts davon ahnten. Sprecher der CIA behaupteten jedoch bisher, nur hoffnungslos Krebs- und Geisteskranke sowie Freiwillige seien ihnen unterzogen worden.

Whites Tätigkeit war aber nur ein Bruchteil des langjährigen Programms für die Entwicklung von Mitteln zum Einwirken auf das Bewußtsein und Verhalten von Menschen gegen deren Willen.

Die Hauptarbeit wurde aber nicht in Whites Absteigequartieren geleistet. Wie der jetzige CIA-Direktor, Admiral Stansfield Turner, vor dem Senatsausschuß angab, wurden die geheimen Versuche mit einer Bewußtseins- und Verhaltenskontrolle bei 80 Stellen — Colleges, Universitäten, Krankenhäusern, Gefängnissen und pharmazeutischen Firmen — angestellt. Laut *New York Times* ließ man sich das 25 Mio Dollar kosten. Das Blatt schreibt: „Die Forschungen liefen unter dem Codenamen Blauer Vogel, später Artischocke und noch später MK-Ultra und MK-Delta. Mit jeder Namensänderung wurden die Arbeiten an der Verhaltenskontrolle ausgedehnt, bis so gut wie kein Bereich übrig war, der der Forschung nicht unter-

zogen worden wäre, angefangen von der Technik der Verhöre bis zu Mitteln, die das Bewußtsein ausschalten, und von LSD bis zur Bakterienkriegsführung.“

Es war in der Tat ein weites Feld, aber besonders befaßte man sich mit Anwerbemethoden. Admiral Turner erklärte im Senat, die CIA habe sich dafür interessiert, „was einen Menschen, der in eine äußerst schwere Lage geraten ist, nötigen kann, ein Agent der USA zu werden“. Und weiter: „Wir wollten die Stimmungen und Gefühle der Menschen kennen, die wir als Spione anwerben wollten.“

Auch die Vernichtungsmethoden waren nicht vergessen. Ein Mörder durfte keine Spuren hinterlassen. Ein Expert, dessen Name in den Akten unlesbar gemacht worden ist, schlug z. B. vor, Leute in kleinen Räumen umzubringen, in denen das Kohlendioxid aussondernde Trockenkneise läge. Andere empfahlen eine Unterkühlung unter den Gefrierpunkt oder tödliche Dosen Röntgenstrahlen.

Aber auch auf die einfachen Methoden wurde nicht verzichtet, z. B. auf das Erdrosseln mit einem Kissenbezug oder Handtuch. Obwohl technisch gut ausgerüstet und obwohl geübte Spezialisten verfügbar sind, zieht es die CIA also doch unwiderstehlich zu ganz gewöhnlicher Kriminalität.

Sie sparen nicht

Das Geld dazu bekam die CIA über speziell dafür gegründete Privatkörperschaften. Zwei von diesen — die „Geschikterstiftung für medizinische Forschungen“ in Washington und die „Joshua-Maisy-Stiftung“ — bestehen noch jetzt, während die dritte, die „Gesellschaft zur Erforschung der menschlichen Existenz“, wenn Mitteilungen zu glauben ist, 1965 verboten wurde. Die CIA zahlte auch für Kontrakte anderer Regierungssämler, z. B. des Spionagedienstes von Heer, Flotte und Luftwaffe. Sie hatte aber auch direktere Verbindungen zu diesem Dienst. So wurde Oberst James Monroe, der sich mit den einschlägigen Problemen bei der Luftwaffenspiionage beschäftigt hatte, 1955 Manager und Kassierer der dritten genannten, angeblich verbotenen Körperschaft.

Der Oberst, der jetzt in Kingsland (Texas) wohnt, sagte folgendes: „Wir haben tatsächlich viel mit

Rauschgiften experimentiert, und manche Experimente scheinen mir für Verhöre wirklich eine gewisse Bedeutung gehabt zu haben.“ Von Zeit zu Zeit seien der damalige CIA-Direktor, Allen Dulles, und sein Stellvertreter Richard Helms von den Resultaten in Kenntnis gesetzt worden.

Von der Verteilung der Rollen bei der Ausführung des gesetzwidrigen CIA-Programms ergibt sich also folgendes Bild. Die „Gesellschaft zur Erforschung der menschlichen Existenz“ unter Harold Wolff und Lawrence Ninkle von der Cornell-Universität befaßte sich hauptsächlich mit der höheren Nerventätigkeit und dem menschlichen Gehirn, um Methoden zur Gedächtnis- und Bewußtseinskontrolle zu entwickeln. Dafür wurden allerlei Beruhigungsmittel und Alkohol benutzt. Experimentiert wurde sowohl an Patienten als auch am Personal des Krankenhauses in Providence (Rhode Island). Zum gleichen Zweck benutzte man das Psychiatrische Institut der kanadischen McGill-Universität in Montreal, nur wurde dort der Nachdruck auf ein „Verwischen des Gedächtnisses“ gelegt. Einer der Experimentierenden berichtet von einem Versuch an 20–30 Schwestern des Krankenhauses in Providence. Man brachte sie für etwa eine halbe Stunde in stockdunklen und schalldichten Räumen unter. Nach einigen Monaten wurde bei einer von ihnen Schizophrenie festgestellt, und sie wurde in einer Anstalt eingeliefert. Der „Experimentator“ schrieb darüber, solche Versuche hinterließen bei manchen einen unverwischbaren Eindruck. Zu den Mitteln, mit denen auf die menschliche Psyche gewirkt werden soll, zählte man auch die Neurochirurgie und den Elektroschock.

Die Sache ist schon sehr weit gediehen. Jedenfalls heißt es in einem Aktenstück der CIA: „Die Brutalität der Einwirkungsmethode selbst, eine eventuelle Unheilbarkeit der Folgen und somit Schädigung des Objekts machen es erforderlich, daß solche Experimente von hochqualifiziertem Personal vorgenommen werden.“

Die meisten Experimente mit LSD und anderen Präparaten wurden unter Leitung des namhaften Pharmakologen Carl Pfeiffer an Häftlingen im Bundesgefängnis Atlanta und in New Jersey ausgeführt. Ähnliche Arbeiten leistete die Forschungsabteilung der Kriegsmarine. Ihre Ver-

suchskaninchen waren Patienten des Gefängnislazarets in Lexington (Kentucky). Am New Yorker Krankenhaus Mount Sinai arbeiteten im Auftrag der CIA Harris Isdel und leitend Harold Abramson, an der Kalifornischen Universität in Los Angeles Luis West. Laut Pfeiffer gab man in Atlanta 80–100 Häftlingen LSD ein, sie seien aber „über die Art des Versuchs genau informiert worden“. Pfeiffer macht jedoch aus seiner Ansicht kein Hehl, daß es in Kriegszeiten durchaus gerechtfertigt sei, LSD ohne Kenntnis des Objekts einzugeben.

Allem Anschein nach bemühte sich die CIA um eine eigene Experimentierbasis, um die sorgfältig getarnte Tätigkeit de facto zu legitimieren. Wie ließe es sich sonst erklären, daß die Geschikterstiftung 3 Mio Dollar für den Bau eines Hauses in der medizinischen Zentrale der Universität Georgetown bereitstellte? In einem unlängst aufgefundenen Aktenstück steht, daß die CIA beabsichtige, „bei der betreffenden Universität“ eine gerichtsmedizinische Abteilung einzurichten, damit der Bedarf der Stiftung „und der mit ihr verbundenen Körperschaften unter eingehender Kontrolle, legal und unter entsprechendem Schutz“ gedeckt werden könne.

Alle diese Angaben sind leider nur fragmentarisch, was nicht zu vermeiden ist. Die in den letzten Monaten gefundenen Akten betreffen nur einen Bruchteil der Geheimoperationen, die mit den verbrecherischen Experimenten an Menschen zusammenhängen. Privat räumen CIA-Beamte ein, daß es Dutzende Programme wie die aufgezählten gibt.

Die Spuren verwischt

Darauf versteht sich die CIA: Aktenstücke sind vernichtet, die Namen von Auftragnehmern, Forschungsinstituten und anderen Stellen unkenntlich gemacht. Die Hilflosigkeit des Senats, die bei den früheren Verfahren so kräftig zutage trat, sieht einer nach Vorschubleistung aus, noch dazu wissentliche. Er bekam in den Jahren 1975 und 1976 „mangelnde Dokumente“ nichts heraus, und jetzt läßt er zu, daß die Hauptvollstrecken und -organisatoren der Verbrechen sich der Verantwortung entziehen. Wie wäre sonst der Entscheid zu erklären, das Verfahren

gegen Sidney Gottlieb, der einen großen Teil der Verantwortung für die Experimente mit der Hirnwäsche trägt, als Gegenleistung für versprochene Aussagen einzustellen?

Wenn die CIA Handlungsfreiheit hat, so zeugt das davon, daß Washington entgegen den Gesetzen des eigenen Landes die Rechte der Persönlichkeit nicht respektieren will. Bekanntlich sind der CIA z. B. Operationen gegen amerikanische Staatsbürger auf dem Boden der USA verboten. Wie wir sehen, hält sie das Verbot nicht ein. Das Nürnberger Gericht über die Hauptkriegsverbrecher hat entschieden, daß medizinische Experimente zum Wohl der Menschheit anzustellen sind und daß jedes Experiment mit Einwilligung und restloser Informiertheit der betreffenden Person über die Art und die eventuellen Folgen vorzunehmen ist. Die Regierung der USA hat diese Grundsätze 1953 in aller Form akzeptiert. Dieses Jahr aber sind Frank Olson und Harold Blauer an LSD gestorben.

Der Verdacht verdichtet sich, daß sich die CIA nicht damit begnügt hat, mit Narkotika und anderen Präparaten zu experimentieren. Man erwähnt beispielsweise, wie schnell sich Rauschgifte zu Anfang der 60er Jahre unter der Jugend verbreiteten und daß sich die Sache zu einer wahren Epidemie auswuchs. In jenen Jahren erlebte die Antikriegsbewegung in den USA einen Aufschwung, und die Jugend war der energischste Teil dieser Bewegung. Repräsentanten der Jugend legten die Verbreitung der Rauschgifte der CIA und dem FBI zur Last. Heute ist diese Anklage mit Tatsachen erhärtet worden.

Sprecher der CIA behaupten, die verbrecherischen Experimente seien eingestellt. Das ist kaum glaubhaft. Warum? Man denke nur an folgende Tatsache: Vor verhältnismäßig kurzer Zeit schenkte die Geschikterstiftung der Universität Georgetown 40 000 und der Harvard-Universität 4000 Dollar und stellte außerdem 10 000 Dollar für „besondere Forschungen“ bereit. Wofür dieses Geld wohl verwendet worden sein mag...

New York, im Dezember

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich habe gehört, daß unser Land weniger Kaffee einführt. Warum eigentlich? Für die sowjetischen Menschen ist Kaffee ja keine Extravaganz, sondern etwas Unentbehrliches.

Uno ANTS
Tartu, Estnische SSR



Es diskutiert
Felix MICHAL-
TSCHENKO,
Leiter der
Abteilung Agrar-
und Forstwirtschafts-
märkte beim
Konjunktur-
forschungsinstitut
des Außenhandels-
ministeriums
der UdSSR

Ich möchte vorausschicken, daß unser Land ebenso wie die meisten anderen auf der nördlichen Halbkugel Kaffee importieren muß und folglich von der Konjunktur auf dem Kaffee-
weltmarkt abhängt. Auf diesem sind in den letzten beiden Jahren einschnei-
dende Veränderungen eingetreten.

Hatten die wichtigsten Kaffee-Exportländer bis Mitte der 60er Jahre einen Kaffeeüberschuß, so überflügelte darauf die Nachfrage allmählich das Angebot, besonders seit zwei Jahren. 1975 gingen in Brasilien infolge von Bodenfrösten zwei Drittel der Kaffeebäume ein. Auf Brasilien aber, das die weitestverbreitete Kaffeesorte Santos erzeugt, entfällt ungefähr ein Drittel des Kaffee-
weltmarkts. Zugleich ist der Kaffee-Export Angolas, des zweitgrößten Kaffee-Exporteurs Afrikas, infolge der Kampfhandlungen und der von ihnen verursachten Zerstörungen stark zurückgegangen. Erschwert wurde die Lage durch Börsenspekulanten und westliche Nahrungsmittelmonopole, die bei anderen Kaffee-Exporteuren eilige die Kaffeebestände aufkaufen, um sie zu überhöhten Preisen abzusetzen. Deshalb kostete gegen Mitte 1977 die Tonne ungerösteter Kaffee etwa fünfma-

soviel wie 1965. Westliche Geschäftsleute nehmen an, daß sich die relativ hohen Kaffeepreise noch die zwei Jahre halten werden, die gebraucht werden, um den Ertrag im früheren Umfang wieder zu erzielen.

In den kapitalistischen Ländern hat man wegen dieser Sachlage die Preise im Einzelhandel erhöht. In den USA beispielsweise stieg der Preis einer Tasse Kaffee in einer Gaststätte in den letzten zwei Jahren auf das Dreifache. Wegen des hohen Kaffeepreises haben sich viele westliche Kaffeetrinker auf billigen Kaffee-Ersatz aus Zichorie, Gerste, Weizen, Soja, Maroni und sogar Löwenzahnwurzeln umstellen müssen.

Wie stand es mit den Kaffeeankäufen unseres Landes in dieser ungünstigen Importsituation? Obrigens bin ich mit Ihrer kategorischen Feststellung nicht einverstanden, daß Kaffee bei uns etwas Unentbehrliches sei. Bohnenkaffee trinken bei uns längst nicht alle, ja nicht einmal eine Mehrheit wie in Ungarn, der DDR oder Polen, wo er übrigens viel feurer ist.

Trotzdem haben wir in den letzten Jahren, ungeachtet der allmählich steigenden Preise, mehr Kaffee als früher angekauft: 1975 60 000 t oder dreimal soviel wie 1960 und 50mal soviel wie 1950.

Das Heraufschneiden des Weltmarktpreises hat uns jedoch gezwungen, den Import etwas einzuschränken. Voriges Jahr führten wir 44 300 t ein. Sie werden zugeben, daß die Verringerung der Ankäufe um ein Viertel angesichts der fünffachen Weltmarktpreise kaum eine Einschränkung des Imports genannt werden kann. Ich bitte Sie auch zu bedenken, daß wir 1976 zwar um 16 000 t weniger einführten, aber um 28 Mio Rubel mehr zahlten. Die Differenz zwischen dem höheren Weltmarktpreis und dem Einzelhandelpreis zahlte der Staat. Die Kaffee Preise aber sind bei uns seit den 50er Jahren immer die gleichen.

Bei Verhandlungen mit den Kaffeeländern setzen sich unsere Außenhandelsstellen für eine Preisstabilisierung ein, die im Interesse sowohl der Exporteure als auch der Importeure läge.

NZ

POST

Ich meine, die bürgerliche Propaganda verfolgt damit, daß sie der Öffentlichkeit das Fehlen von Bürgerrechten in den sozialistischen Ländern einzuflüsteren sucht, nur den einen Zweck, der Bourgeoisie die Lebensverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft bemächteln zu helfen. In dieser Gesellschaft gibt es keine wahre Freiheit und kann es auch keine geben, weil dort eine Minderheit, die Bourgeoisie, herrscht. Bezeichnend ist ferner, daß die bürgerlichen Ideologen behaupten, der Kampf eines Menschen gegen die anderen sei das natürliche Verhalten des Individuums in der Gesellschaft. Die Folge ist die Unterdrückung des einen durch den andern. In der sozialistischen Gesellschaft gibt es nichts dergleichen.

Mit den besten Wünschen

Giuseppe MEINI, Jungarbeiter
Pontedera, Italien



Welcher Unterschied besteht zwischen der Neutralitätspolitik und der Politik der Nichtpaktgebundenheit?

M. KRINTSCHUK

Grodno, Belorussische SSR

Die außenpolitische Neutralität eines Staates (z. B. der Schweiz, Schwedens und Österreichs) bedeutet, daß er sich aus Kriegen anderer Länder heraushält, ihnen keine militärische Hilfe leistet und sich in Friedenszeiten nicht an Militärblöcken und -bündnissen beteiligt. Es ist vorgekommen, daß einzelne kapitalistische Länder ihre Neutralität (oder „Nichteinmischung“) bei einem bestimmten internationalen oder internen Konflikt erklärten, aber nur, um ihre Vorschubleistung, ja faktische Beihilfe für reaktionäre Kräfte oder einen Aggressor zu tarnen (die

„Nichteinmischung“ der Westmächte bei den Okkupationen Hitlerdeutschlands in Österreich und der Tschechoslowakei vor dem zweiten Weltkrieg, beim faschistischen Putsch Francos in Spanien von 1936 usw.).

Die Politik der Nichtpaktgebundenheit ist die Außenpolitik einer großen Staatengruppe Europas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Charakteristisch für diese Politik ist, daß sie sich an keinerlei Militärblöcken und -gruppierungen, weder an aggressiven noch an defensiven, beteiligen. Diese Politik richtet sich gegen den Imperialismus, den Krieg und den Kolonialismus, sie hält sich an die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, fördert die Entspannung und den Weltfrieden. Die betreffenden Staaten halten Konferenzen ab. Die letzte, fünfte tagte im August 1976 in Colombo unter Teilnahme von 86 Ländern. Die sechste soll 1979 in Havanna stattfinden.

Das Sowjetvolk kennt den Wert des Friedens. Der Krieg gegen den Faschismus hat es 20 Millionen Menschenleben gekostet. Sie wurden hingegeben, damit sich die Kriegsschrecken nicht wiederholen. Deshalb verurteilen wir die imperialistischen Kräfte, die das Wettrüsten betreiben und beschleunigen. Vergebens wollen sie uns damit schrecken. Wir kämpfen für Frieden und haben das mit unserer neuen Verfassung bekräftigt. Wir vergessen aber nicht, daß die Kriegsgefahr noch nicht gebannt ist, und ziehen die nötigen Konsequenzen daraus.

Nasar KUSNEZOW

Kriegsveteran
Nikolajew, Ukrainische SSR

Bei uns rüsten alle zum 100. Jahrestag der Befreiung von der 500jährigen Türkenherrschaft. Dabei gedenken wir voll Dankbarkeit der tapferen damaligen Feldherrn Stoletow, Skobelew, Radetski, Totleben und Dragomirow. Unvergänglich ist meinem Volk auch die Befreiung vom Hitlerjoch, die uns das Sowjetvolk gebracht hat. Die Dankbarkeit für die sowjetischen Menschen — unsere patriotische und internationalistische Pflicht — wird bei uns von Generation zu Generation vererbt.

Nejko PETKOW
Charmanli, Bulgarien

Was ist ein Clearing-Abkommen?

P. MICHEJEW

Nowosibirsk, RSFSR

Es wird von Staaten oder ihren Landesbanken geschlossen und sieht einen Verrechnungsmodus in ihrem Außenhandel miteinander vor, bei dem Bargeld nicht im Spiele ist, d. h.

Waren und Dienstleistungen eines Landes gegen Waren und Dienstleistungen eines anderen ohne Umrechnung in Geld ausgetauscht werden. Das erste Abkommen schlossen die Schweiz und Ungarn 1931. Die UdSSR macht in ihrem Außenhandel weitgehend von diesem Zahlungsverkehr Gebrauch.

PS

Der Durchschnitt
hat's in sich



Herr Ruffenacht, Staatssekretär beim französischen Ministerium für Industrie, behauptet, daß alle Franzosen „gleichermaßen für die Teuerung verantwortlich“ seien. Das hieße also, auch diejenigen, die den Riemen immer enger schnallen müssen. Vom Standpunkt der nackten Statistik ist es doch so: Wenn einer vier Hühner hat und der andere keins, dann hat im Durchschnitt jeder zwei.

„Ehre, wem
Ehre gebühret“

Wie Lauffeuer ging die Nachricht durch Parsberg in Bayern, daß aus der Galerie mit den Fotos der Ehrenbürger das Konterfei Konstantin Hirls verschwunden sei, der unter Hitler Reichsarbeitsführer war. Einige Tage später fand es der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Wolfgang Sieler bei seiner Morgenpost. Er schickte es an die Staatsanwaltschaft weiter und forderte die Parsberger auf, die Öffentlichkeit von dem Ärgernis zu befreien und das Foto des „prominenten Nazis“ in die Mülltonne zu werfen. Die Aufforderung blieb ungehört. Eine Woche später hing der Herr Arbeitsführer wieder in der Galerie der Ehrenbürger.

Lotteriegewinn
mit Kehrseite

Mrs. Mae Ross aus dem Staate Alabama gewann in der Lotterie ein Auto. Dennoch ist sie nicht zu beneiden, denn ihr wurde sofort die monatliche Beihilfe von 109 Dollar entzogen, so daß sie für den Wagen kein Benzin kaufen kann. Was sie mit Wäschewaschen verdient, reicht ja kaum, um ihre drei Kinder zu ernähren.

Großzügiges
Geschenk



Die Behörden Südafrikas haben den Bewohnern des Bantustans Bophuthatswana anlässlich der Ausrufung seiner „Unabhängigkeit“ ein großzügiges Geschenk gemacht: ein neues Gefängnis mit 1000 Plätzen. Als der Hauptminister von Bophuthatswana, Mangope, den Schlüssel in Empfang nahm, nannte er das Gefängnis eine „denkwürdige Gabe“.

Der kluge Mann

Harry Fountain, ein 75jähriger Einwohner von Boston (England), ist fest überzeugt, daß er das Jahr 2000 erleben wird. Sorgen macht ihm nur die galoppirende Inflation, und so hat er sich denn für 175 Pfund Sterling einen Grabstein bestellt und ihn

auch gleich an seiner künftigen Ruhestätte aufstellen lassen. Er glaubt nämlich, wenn die Teuerung so weiter zunehme, werde er sich an der Jahrtausendwende keinen solchen Grabstein leisten können.

Und die freie
Konkurrenz?



Kaum war der Weinkrieg zwischen Rom und Paris zu Ende, da brach in der EG ein Stahlkrieg aus. Opfer des italienischen Dumpings ist dieses Mal außer Frankreich auch die Bundesrepublik Deutschland. Sie legten bei der EG-Führung Beschwerde ein, in der es hieß, die Erzeugnisse der Hüttenindustrie, die ihr EG-Partner ausführt, brächten ihre eigenen einschlägigen Branchen in ernste Gefahr. Während eine EG-Kommission sich mit der Beschwerde beschäftigt, fragt man in Rom mit Recht, warum die Unzufriedenheit Italiens über die Unmenge billiger französischer und bundesdeutscher Waren unbeachtet bleibe, mit denen das Land überschwemmt wird.

Wohlbehütet

Fast vier Monate ist es her, daß der SS-Mörder Kappler nach der Bundesrepublik geflohen ist. Diese zeigt nicht die Absicht, Italiens Auslieferungsbehren nachzukommen. Da aber belastende Akten aus Italien eingeschickt worden sind, ging die Sache ans Gericht. Von dort kam der Bescheid, sie müßten erst ins Deutsche übersetzt werden. Das wird sonderbarerweise bis zum Frühjahr dauern. Dann soll ein ärztliches Gutachten über Kapplers Gesundheitszu-

stand eingeholt werden. Als ob das nicht gleichzeitig und ein bißchen schneller geschehen könnte! Nur falls er kerngesund ist, werde man — unter bestimmten Umständen vielleicht — ein Untersuchungsverfahren einleiten. Inzwischen wird der Herr — so die **Westfälische Rundschau** — wie ein Minister behütet, und das Haus, in dem er jetzt wohne, gleiche einer Festung.

Drastische Strafe

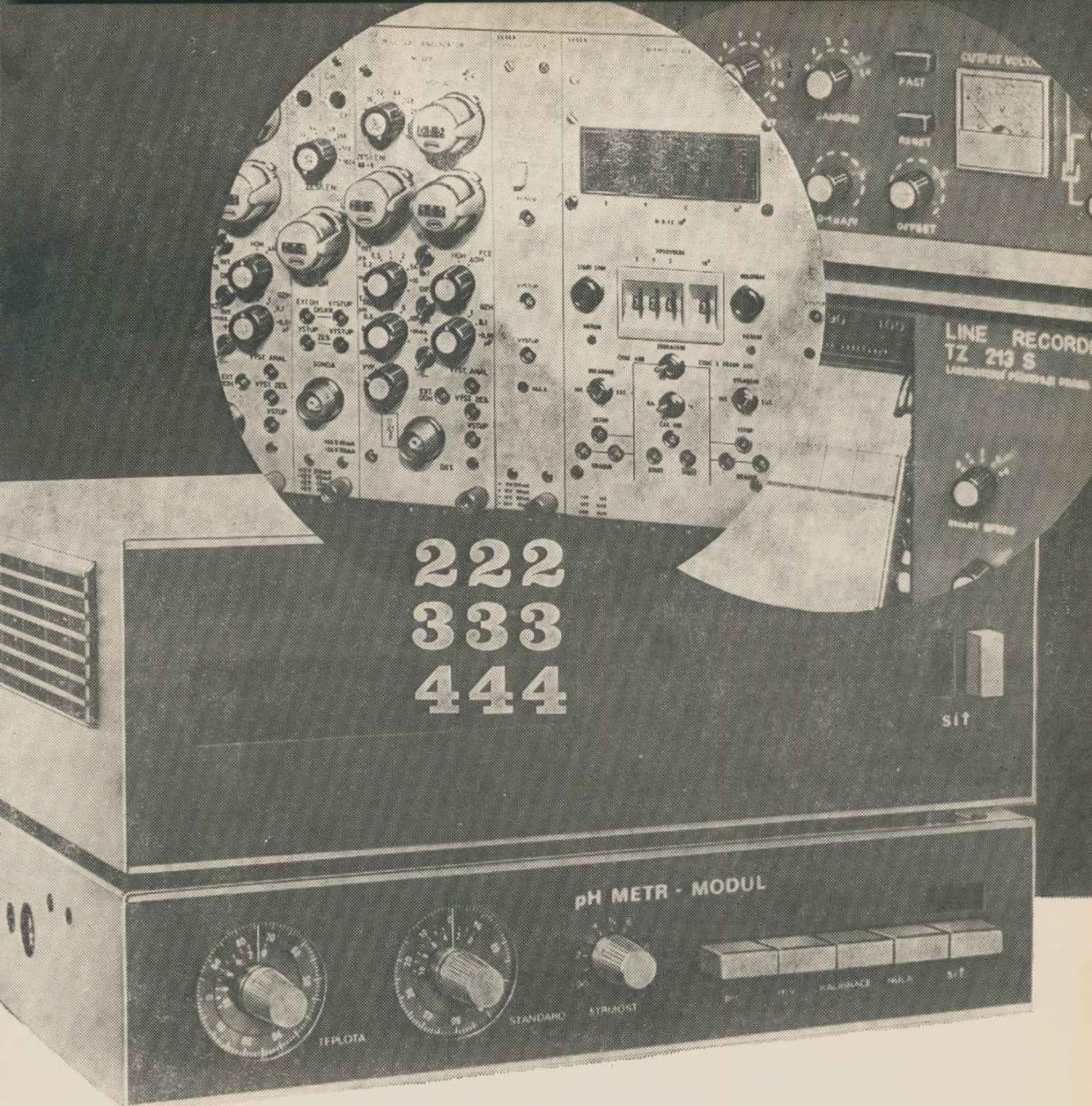
Die Behörden Israels haben sich noch eine Methode ausgedacht, die arabischen Bewohner des besetzten Teils der Halbinsel Sinai zu bedrängen. Nach einer Reuter-Meldung wurde ein Beduine für den Fang eines Hummers zu einer Strafe in Höhe von — zwei Kamelen verurteilt. Ein drittes Kamel mußte er dafür hergeben, daß er — so schien es wenigstens den israelischen Beamten — der Staatsgewalt Widerstand geleistet hatte.

Ideen muß man
haben



Das Energieproblem beschäftigt heute in den USA nicht nur Politiker und Wirtschaftsexperten, sondern auch das Verteidigungsministerium. Es hat eine eigene Lösung für das Problem vorgeschlagen, nämlich die 10 Tonnen geheime Dienstsachen, die täglich vernichtet werden, so zu verbrennen, daß damit die Heizung und Warmwasserversorgung des Gebäudes zu 25% bestritten wird.

Zeichnungen
W. Tschakiridis



PRÄZISE MASCHINEN FÜR PRÄZISE ARBEIT

Diese Maschinen, Apparate und Anlagen des tschechoslowakischen Maschinenbaus exportiert das Außenhandelsunternehmen KOVO:

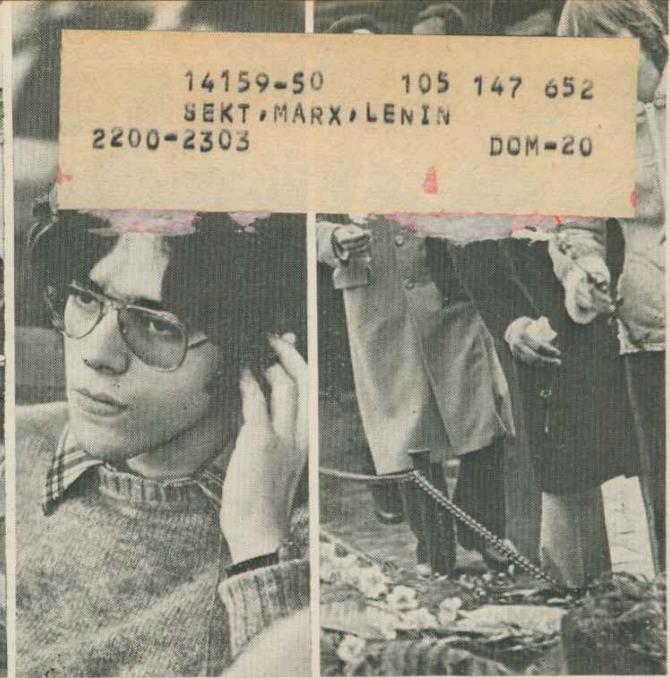
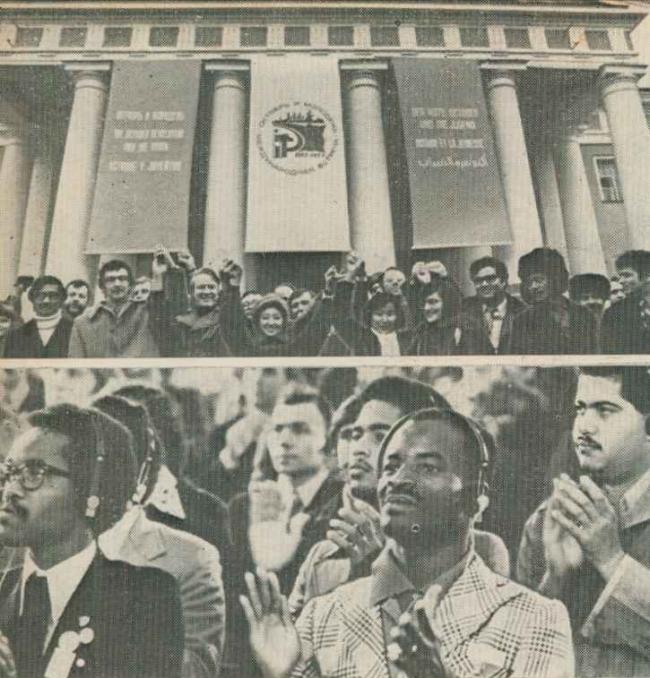
- Rechen- und Bürotechnik
- polygraphische Maschinen
- Pumpenaniagentechnik für flüssige Brennstoffe
- Labortechnik
- elektrische und elektronische Meßgeräte
- Regleranlagen
- Bauteilbasis für Elektronik sowie Lichtquellen
- Fernmeldeanlagen

Überzeugen auch Sie sich von der Qualität der Erzeugnisse dieser Industriezweige, die die Marke MADE IN CZECHOSLOVAKIA tragen.

Wir senden Ihnen Prospekte, Kataloge und die Zeitschrift KOVOEXPORT.

KOVO — Außenhandelsunternehmen
Jankovceva 2
170 88 Praha 7
Tschechoslowakei





DER OKTOBER UND DIE JUGEND

Zu dem unlängst in Leningrad abgehaltenen Treffen „Der Oktober und die Jugend“ hatten 163 Landes- und 7 Weltorganisationen Vertreter entsandt. In den Plenarsitzungen der im Rahmen des Treffens veranstalteten Konferenz „Die Oktoberrevolution, die moderne Welt und die Jugend“, in ihren drei Sektionen und in der Diskussion am Runden Tisch wurde eindringlich veranschaulicht, daß die Ideen der Okto-

berrevolution, die 60jährigen Erfahrungen des Sowjetstaates beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau und seine Friedenspolitik weltgeschichtliche Bedeutung haben.

Die Abgesandten der Weltjugend diskutierten über die wichtigsten Probleme, die die ganze fortschrittliche Menschheit beschäftigen, und wiesen darauf hin, daß die Jugend bei ihrer Lösung eine immer größere Rolle spielt.

Sie erörterten die Teilnahme der Jugend am Kampf für Frieden, internationale Sicherheit und sozialen Fortschritt. Das Leningrader Treffen hat dazu beigetragen, die Einheit der fortschrittlichen Weltjugend zu fördern.

Große Begeisterung löste die Grüßbotschaft Leonid Breshnev aus.

Die Gäste machten sich mit Leningrad bekannt, mit den Stätten, an denen sich 1917 weltgeschichtliche Ereignisse zutrugen. Sie gedachten auf dem Marsfeld der für die Revolution Gefallenen und besichtigten die Wohnung Lenins im Smolny und den legendären Kreuzer Aurora.

Fotos I. Gritscher



NEUE ZEIT

Индекс 70624

на немецком языке

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

State airline